

Harald Mahrer · Dietmar Halper (Hrsg.)

Die Volkspartei ~~REVOLUTION~~

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG **Politische Akademie der ÖVP**

Harald Mahrer · Dietmar Halper (Hrsg.)

Die Volkspartei ~~REVOLUTION~~

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2014 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung, Politische Akademie der ÖVP
Grafik und Satz: dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503605-8-5

Vorwort

Harald Mahrer
Dietmar Halper
Seite 11

Vorwort

Michael Spindelegger
Seite 13

Politik ohne Heiligenschein

Clemens Martin Auer
Seite 17

Wofür steht die ÖVP eigentlich?

Gernot Blümel
Seite 23

Über bürgerliche Europapolitik

Michael Borchard
Seite 31

Föderalismus neu denken

Magnus Brunner
Seite 37

Reformen suchen Partner

Christopher Drexler
Seite 45

Gleich, gut oder besser?

Asdin El Habbasi
Seite 51

Freiheit?

Aurelius Freytag
Seite 59

Brauchen wir noch Teilorganisationen?

Dietmar Halper
Seite 71

**Mehr sozialer Aufstieg statt noch
mehr Umverteilung**

Peter Haubner
Seite 75

Erfolg braucht echte Anliegen

Sebastian Kurz
Seite 83

Schluss mit der urbanen Abwärtsspirale

Peter Lehner
Seite 89

Stark, schwarz – weiblich?

Bettina Lorentschtsch
Seite 95

Werte und Wirklichkeit

Harald Mahrer
Seite 103

Die Partei nominiert, die Wähler wählen

Lukas Mandl
Seite 111

Weltoffen und unkonventionell

Josef Mantl
Seite 125

Hausgemachte Probleme endlich lösen

Walter Marschitz
Seite 131

Bürgerlich ist sozialer!

Peter McDonald
Seite 141

Ein neues Angebot legen

Christoph Neumayer
Seite 149

Für eine bessere ÖVP

Stephan Pernkopf
Seite 153

ÖVP – noch auf Kurs?

Georg Platzer
Seite 157

Die Zukunft ist ökosozial

Klemens Riegler-Picker
Seite 167

Liegt die Wahrheit in der Mitte?

Michael Strugl
Seite 173

Papiertiger oder Parteibewegung?

Andreas Würfl
Seite 179

Autorenporträts & Interviewpartner

Seite 185

Vorwort

Evolution statt Revolution: Das ist der programmatische Titel der vorliegenden Publikation über die Zukunft der Volkspartei. Die Volkspartei war als große gesellschaftliche Integrationspartei entscheidende Kraft für Österreichs Erfolgsgeschichte. Gerade die von der ÖVP konsequent betriebene EU-Integration Österreichs ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Heute ist die ÖVP nur mehr eine mittlere Partei. Ihre Fähigkeiten, unterschiedliche Milieus zu adressieren und politisch zu integrieren, haben massiv nachgelassen. Ihr Programm ist für Wählerinnen und Wähler diffus, ihr politisches Verhalten mitunter auch widersprüchlich geworden. Destruktiver Streit, der gezielt nach außen getragen wird, prägt ihre Wahrnehmung.

So darf es nicht weitergehen. Die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes eint die Sorge um Bedeutung und Zukunft der Volkspartei. Der Werte-Kern der ÖVP ist in weiten Bereichen aktueller denn je. Aber die Volkspartei muss ihre Performance dringend weiterentwickeln und sich reformieren. In mehreren Handlungsfeldern – von der Programmatik bis hin zur Personalrekrutierung, von den Strukturen bis hin zum stadtpolitischen Profil.

Das Projekt „Evolution“ versteht sich als Startschuss für eine fundierte Diskussion über die Zukunft der Volkspartei. Als Bestandsaufnahme, was ist – und was sein soll. Harte und offene Kritik prägt viele Beiträge dieses Buches. Nicht, um der Partei zu

schaden, sondern um sie weiterzubringen. Die Verantwortung, dass es mit der Volkspartei wieder bergauf geht, soll niemand nur an die Parteiführung delegieren. Diese Verantwortung teilen alle, die bürgerlich denken und handeln.

Sitzen bleiben und weiter jammern ist kein Programm für die Zukunft der ÖVP. Jetzt geht es darum, aufzustehen und gemeinsam neue Entwicklungen anzustoßen. Für die richtige Volkspartei-Evolution.

Dr. Harald Mahrer
Präsident
der Julius Raab Stiftung

Dr. Dietmar Halper
Direktor
der Politischen Akademie

Vorwort

Schon vor rund 2.500 Jahren hatte Heraklit von Ephesus festgestellt, dass die einzige Konstante im Universum die Veränderung ist. Die Welt ist einem steten Wandel unterworfen. Die fortschreitende Globalisierung, der rasante technische Fortschritt, aber auch die demografische Entwicklung führen zu markanten Umwälzungen im Zusammenleben der Menschen. Wir alle sind von diesen Veränderungen betroffen und müssen uns auf diese einstellen. Dabei gilt es den Blick nicht nur auf die Gegenwart und Vergangenheit zu richten, sondern die Zukunft im Auge zu behalten.

Das betrifft jedoch nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch Staaten und Organisationen wie Parteien. Ein altbekannter Sinnspruch lautet: „Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit.“ Vielmehr ist also langfristiger politischer Erfolg nur dann möglich, wenn nicht nur auf Veränderungen reagiert wird, sondern diese pro-aktiv mitgestaltet und in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

Dies gilt insbesondere für christdemokratische und konservative Parteien, deren Selbstverständnis darauf beruht, die Welt in ihrer zukünftigen Entwicklung zu beeinflussen. Dabei wird, im Unterschied zu so mancher absolutistischer Ideologie, nicht der Anspruch erhoben, auf revolutionärem Wege das Paradies auf Erden zu schaffen, sondern schrittweise Verbesserungen für das Gemeinwohl anzustreben. Konservativ sein im besten Sin-

ne des Wortes bedeutet nicht, die Zeit anzuhalten, sondern jene Werte und Grundlagen zu erhalten, die das Fundament eines stabilen Gemeinwesens sind. Denn nur wer starke Wurzeln hat, kann dem Wind trotzen und sich nach der Sonne ausrichten. Der Konservative steht in diesem Sinne, wie es so schön heißt, an der Spitze des Fortschritts.

Die ÖVP als staatstragende Partei hat dabei eine besondere Verantwortung. Österreich steht vor großen Herausforderungen, die nur mit einer entsprechenden Kraftanstrengung gemeistert werden können. Die Menschen spüren das auch und erwarten sich daher Reformen und Anpassungen. Die ÖVP sieht sich dabei als Anwalt der Veränderung und Motor dieser notwendigen Reformen, sei es bei der Sanierung des Staatshaushalts oder der Entfesselung der Wirtschaft. Gleichzeitig wissen wir auch, welche Werte wir bewahren und schützen wollen, denn Tatkraft und Fleiß, Weltoffenheit und Entdeckergeist, aber auch Verantwortungsbewusstsein und Zukunftssinn haben unser Land zu Freiheit und Wohlstand geführt. Diese Basis müssen wir erhalten und ausbauen.

Die ÖVP hat in ihrer Geschichte viel zum Erfolgsmodell Österreich beigetragen, von der Wiederauferstehung Österreichs und dem Abschluss des Staatsvertrages über den Raab-Kamitz-Kurs zum österreichischen Wirtschaftswunder und der Reformkraft der Ära Klaus und Schüssel bis hin zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, der ohne uns nicht denkbar gewesen wäre, und zum Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft. Keines dieser Ziele und keine dieser Ideen darf dabei Selbstzweck sein. Der

Anspruch einer Volkspartei muss sein, das Ohr am Puls der Menschen zu haben und auf ihre Lebensumstände und Bedürfnisse einzugehen. Jeder Schritt muss Richtung Zukunft gerichtet sein.

Aber die ÖVP muss daher immer wieder überprüfen, wo sie gerade steht und ob sie sich in die richtige Richtung bewegt. Es gilt, die jeweils besten Antworten auf die aktuellen Fragen der Zeit zu finden. So soll auch das vorliegende Buch mit seinen zahlreichen und vielfältigen Texten einen Beitrag zu dieser Diskussion liefern. Mit Spannung erwarte ich die folgenden Ausführungen, habe ich sie doch bis zur Herausgabe des Buches noch nicht begutachtet. Hier soll und darf es keine Denkverbote geben, denn wir brauchen frische Ideen und neue Gedanken.

Allen Persönlichkeiten, die sich als Autoren zur Verfügung gestellt haben, möchte ich an dieser Stelle für ihr Engagement und ihre Ausführungen sehr herzlich danken. Mit einer solchen Autorenschaft ist nicht nur die Mühe der Schreib- und Denkarbeit verbunden, sondern es ist auch ein Bekenntnis zur ÖVP und zum Glauben an ihre Zukunftsfähigkeit.

Dr. Michael Spindelegger
Bundesparteiobmann der ÖVP

Politik ohne Heiligenschein

Wie ist das Verhältnis der Volkspartei zu Religion und Kirchen?

Clemens Martin Auer

„Bravo! Bravissimo!“ könnte ein in der Mitte von Gesellschaft oder Politik stehender Katholik dem „neuen“ Papst Franziskus zurufen. Geradezu erfrischend sind seine ausführlichen Interviews oder das jüngste Schreiben „Evangelii Gaudium“: Ein optimistischer Appell an die Katholiken aller Art, lustvoll in das Weltgeschehen einzugreifen. Eine Ermunterung zum Aufbruch, die Bequemlichkeit aufzugeben und Politik und Kirche im Sinne eines besseren Platzes für Menschen bis zu allen Randgebieten grundlegend umzukrempeln.

„Bravo“ fällt einem wohlwollenden Wegbegleiter zum Zustand von Programm und Praxis der Volkspartei nicht sofort ein: Ein mehr lähmender, technokratischer Geist fernab vom programmatischen Anspruch, sich lustvoll und gestalterisch in das Weltgeschehen einzumengen, macht sich in den Führungsetagen der Bundespartei breit. Zugespitzt gesagt: In den letzten Jahren ist an programmatischen Aussagen nicht viel mehr als „Her mit dem Zaster“ in der Erinnerung hängen geblieben. Oder ist die programmatische Rhetorik, der kritische innerparteiliche Diskurs über die tiefgehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Krise unserer Zeit nur überhört worden? An den Wählerinnen und Wählern sind diese Diskurse wohl vorbeigelaufen, sonst würden mehr von ihnen einem christdemokratischen Programm und der daraus abgeleiteten politischen Praxis in der Wahlzelle das Vertrauen schenken.

Neue ethische Orientierung

Wer, wie dieser Papst, wirklich am Menschen Maß nimmt bei der Beurteilung dieses epochalen Wandels, in dem wir alle mitten drinnen stecken, darf nicht schweigend auf dem Sofa der Macht sitzen und im Kostüm des Technokraten sich lediglich um das ganz kleine Klein-

Klein des demokratischen Regierens kümmern! Die Schnelligkeit, die Qualität und die Quantität der Sprünge etwa des wissenschaftlichen, (kommunikations-)technologischen Fortschritts, der sozialen Verwerfung oder in der Entkoppelung von Produktion und Finanzkapital schreien geradezu nach einer neuen ethischen Orientierung, die in Programm und Praxis einer sich staatstragend gebenden Partei ihren Ausdruck finden müsste.

Der Papst meint in diesem Kontext: „Diese Wirtschaft tötet.“ Das ist echt ein starkes Wort! Was sagt aber eine christdemokratische Partei dazu? Hört sie weg, weil das katholische Milieu ohnehin durch den Säkularismus unserer Zeit eine Quantität negligeable ist? Oder widerspricht sie ihm, weil sie sagen könnte, sie habe eine dem Humanum, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit, der Solidarität geschuldete programmatische Antwort auf diesen epochalen Wandel?

Eine christdemokratische Volkspartei in Europa könnte in der Tat diese Provokation des Papstes aufgreifen, einen Augenblick lang die Unbequemlichkeit des Nachdenkens auf sich nehmen und sagen: Hallo, Heiliger Vater, als mächtige politische Gestaltungskraft fühlen wir uns gar nicht angesprochen von Ihrem negativen Befund über den globalen Finanzkapitalismus, von Ihrer radikalen Kritik an den von Neokonservativen gehuldigten wirtschaftspolitischen „Trickle-down“-Theorien aus den Zeiten von Reagan und Thatcher, von Ihrer Verurteilung der „Wegwerfkultur“, von Ihrem Bild eines Konkurrenzkampfs der (finanzwirtschaftlich) Mächtigen zulasten der Schwächeren, weil all das, was Sie hier zu Recht anklagen, nicht unserem ethischen Leitbild für eine gute und gerechte Gesellschaft entspricht! Wir setzen nämlich das programmatische Konzept einer Ökosozialen Marktwirtschaft in die Praxis um.

Ja, könnte eine inhaltlich so aufgestellte christdemokratische Volkspartei zu diesem Papst sagen, wir teilen Ihre Kritik am naiven Glauben an die „sakralisierten“ Mechanismen der unsichtbaren Hand des Marktes, und auch wir klagen die Globalisierung der Gleichgültigkeit ein. Und Ihr Satz „Die Finanzkrise, die wir durchmachen, lässt uns vergessen, dass an ihrem Ursprung eine tiefe anthropologische Krise

steht: die Leugnung des Vorrangs des Menschen!“ ist auch unser programmatischer Kernsatz bei der praktischen Bewältigung dieser derzeitigen Finanz- und Geldwirtschaftskrise.

Kein sozialpolitischer Gestaltungswille

Das sagt die Führungsetage dieser christdemokratischen Volkspartei aber alles nicht (mehr). Weil ihr handelndes Personal die eigenen Wurzeln der Ökosozialen Marktwirtschaft nicht pflegt, nicht entwickelt, nicht schärft, um den gigantischen wirtschaftlichen, technologischen und sozialen epochalen Wandel positiv zu gestalten. Und weil sie das alles auch nicht in der großen Rhetorik pflegt, haben die Wähler in einem rasant zunehmenden Maße kein politisches Vertrauen mehr.

Im Sinne des Jesuiten Jorge Mario Bergoglio vulgo Papst Franziskus, der auch die Pflicht zur intellektuellen Unterscheidung einmahnt, muss hier freilich festgehalten werden, dass in diesen Jahren der Finanzkrise die politische Praxis zumindest in Ländern wie Deutschland und Österreich dazu geführt hat, dass kaum jemand ernstliche geldwertige Vermögensverluste erdulden musste. Und das ist ein – zumindest in Österreich viel zu wenig gewürdigter – Verdienst an sich! Aber wie kommt es, dass diese Volkspartei auf der Basis ihres zumindest theoretisch immer noch existierenden Ökosozialen Programmfundaments sich von jedem sozialpolitischen Gestaltungswillen in dieser Republik abgemeldet hat? Die Parteiführung hat strategisch völlig übersehen, dass sie realpolitisch keines der großen sozialpolitischen Gestaltungsfelder mehr besetzt! Überall dort, wo letztlich auch mit Geld umgesteuert und im Sinne von Solidarität und Gerechtigkeit durch politisches Handeln für die Menschen etwas gestaltet werden könnte, trägt diese Volkspartei auf der gesamtstaatlichen Ebene keine politische Verantwortung mehr. Wo sind die tatkräftigen Bundespolitiker der ÖVP auf Regierungsebene aktiv in den Bereichen der Pensionssicherung, der Pflege, der Behindertenpolitik, der Sozialhilfe, in allen Feldern der Gesundheitspolitik, der Arbeitsmarktpolitik in einer gestaltenden Rolle beteiligt? Wo tragen sie operative Verantwortung? Nur das Thema der Familienpolitik wird mit verklärtem Blick

besetzt, aber mit Rezepten, die seit nunmehr 20 Jahren bewiesen haben, dass sie in der Praxis nicht zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in der österreichischen Gesellschaft führen.

Papst Franziskus geht einen Schritt weiter in seiner Analyse: Überall dort, wo es soziale Verwerfungen gibt, Ausgrenzung von den Chancen einer Gesellschaft existiert, die wirtschaftlichen Strukturen „verlorene Generationen“ junger Menschen erzeugen, die keinen Anschluss an den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand finden, bestehe potenzieller Unfrieden und Gewaltbereitschaft. In seiner bedingungslosen Option für die Armen hält er naturgemäß fest, dass die Armen dann nicht zu den Tätern gestempelt werden können, denen der Staat mit Macht und modernen Methoden der Unterdrückung und Kontrolle gegenüberreten müsse. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern von jenseits 30 % ist das tatsächlich eine Herausforderung an die sicherheitspolitische Doktrin Europas. Schon einmal gehört, dass sich die Europäische oder Österreichische Volkspartei in diesem Sinne programmatisch mit sicherheitspolitischen Doktrinen auseinandergesetzt hätte? Diese europäische Bedrohungslandkarte ist real und nur damit zu entschärfen, kluge und energische Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Auseinandersetzung über Solidarität

Natürlich könnte ein christdemokratischer Programmbeauftragter (wer wäre das eigentlich in der ÖVP?) aus Österreich in einer lauschigen Sommerakademie in Castel Gandolfo zu diesem Papst sagen: Ihr sozialpolitischer Appell an die Katholiken mag zwar in einem globalen Kontext zutreffen. Wir sind in der Problemlösung aber schon viel weiter, weil wir als Partei eine lange programmatische Tradition der Sozialen Marktwirtschaft pflegen. Unser Verständnis von Solidarität, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit zielt mit unserem gesamten Apparat an Sozialgesetzgebung auf die Beseitigung struktureller Ungerechtigkeit! Ja, auch wir tragen Ihr Verständnis von Barmherzigkeit in uns, aber das Sozialgesetzbuch will Strukturen ändern und geht weit über Caritas hinaus: In Österreich braucht zum Beispiel kein einzi-

ger Mensch aus wirtschaftlichen Gründen Angst zu haben, krank zu werden. Unser solidarisch finanziertes Gesundheitssystem trägt das Risiko der Kosten gemeinsam, und allein dieser Umstand ist ein ungemein großer Zugewinn an Freiheit für jeden einzelnen Menschen!

An diesem Punkt wäre dann eine tiefere Auseinandersetzung notwendig, wie die real existierende, alle Sozial- und Wirtschaftssektoren umfassende Solidarität in unseren geografischen Breiten gerade im Interesse des einzelnen Menschen nachhaltig gesichert werden kann. Also, was ist konkret zu tun, um Solidarität solidarisch zu sichern, damit einerseits niemand in seiner finanziellen Beitragsleistung überfordert wird und andererseits zumindest ein menschenwürdiges Existenzminimum in jedem Fall gesichert werden kann?

An einen Satz des gültigen Parteiprogramms soll in diesem Kontext erinnert werden: „Wir anerkennen, dass der Sinn menschlichen Strebens über materielle Lebensziele hinausgeht. Wir bekennen uns daher zu einer ganzheitlichen Sicht der Welt und des Menschen: Neben der sozialen, politischen und wirtschaftlichen besteht für uns eine kulturelle, ethische und religiöse Dimension des Menschen, die wir in unserer Politik berücksichtigen.“ Was heißt dieser Satz gemessen an der politischen Praxis in der Pensionsreform, der Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria, dem bildungspolitischen Notstand, von Gesundheitsreformen, Steuerreformen, Integration und Gleichbehandlung etc. etc.?

Politik braucht wirklich keinen Heiligenschein. Aber sie muss eine Ethik des politischen Handelns pflegen und in ihrer politischen Rhetorik kundtun. Dann werden die Wählerinnen und Wähler auch wieder das Gefühl bekommen, dass da Politikerinnen und Politiker mit klarer Orientierung und Überzeugungen am Werk sind, denen man gerne vertrauen kann.

Wofür steht die ÖVP eigentlich?

Über Reformpolitik aus Verantwortung

Gernot Blümel

„Wofür steht die ÖVP eigentlich?“ Seit ich zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei bestellt wurde, beschäftigt mich keine Frage so sehr wie diese. Nicht etwa, weil mir keine Antwort dazu einfällt. Sofort würde ich sagen: Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl, jene Grundprinzipien also, die in der Christlichen Soziallehre grundgelegt sind. Und ich würde neben der Quelle „christlich-sozial“ die zwei anderen Quellen nennen, aus denen sich die Grundwerte der ÖVP ergeben: „liberal“ mit den Werten Freiheit und Verantwortung sowie „konservativ“ – dazu später mehr.

Die Frage „Wofür steht die ÖVP?“ beschäftigt mich deswegen wie keine andere, weil sie mir so oft wie keine andere gestellt wird. Und zwar unabhängig davon, ob der Fragesteller Mitglied der ÖVP ist oder nicht, unabhängig davon, welchen Bildungsgrad er hat, und unabhängig davon, ob er es mit unserer Bewegung gut meint oder nicht.

Erheblicher Handlungsbedarf

Was bedeutet das für uns als politische Bewegung? Dass wir kein passendes Wertefundament haben? Sicher nicht! Dass wir keine eindeutigen Beschlüsse zu verschiedenen konkreten politischen Themen haben? Auch nicht! Dass wir nicht genügend kompetente und charismatische Personen in unserer Bewegung haben? Ebenfalls nicht! Was bedeutet es also? Es bedeutet: Wir haben erheblichen Handlungsbedarf.

Alle Beiträge in diesem Buch haben eines gemeinsam: Sie beschäftigen sich auf verschiedene Arten und über unterschiedliche Zugänge mit diesem Problem. Ich sehe dieses Buch als Startschuss für einen

Diskussions- und Strategieprozess, an dessen Ende die Beantwortung der Frage „Wofür steht die ÖVP eigentlich?“ keine Herausforderung mehr darstellen darf.

Im Folgenden möchte ich einige Überlegungen zu meiner Herangehensweise an diese Herausforderung zur Diskussion stellen, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit zu stellen.

Das Wesen des Konservativen ist die Reform

Bei meiner Antrittspressekonferenz, nach der Bestellung zum Generalsekretär durch den Bundesparteivorstand der ÖVP, habe ich mit folgendem Satz begonnen: „Konservativ liegt voll im Trend!“

So hat einmal ein Werbespruch gelautet. Es macht diesen Slogan nur noch überzeugender, dass er von einer Institution verwendet wurde, die keine historische Nähe zur ÖVP hat. Auch ich bin zutiefst überzeugt: Konservativ sein hat Zukunft!

Bei fast jedem Interview seither bin ich auf diesen Begriff angesprochen worden, meistens mit den Worten: „Wenn man im Duden nachschlägt, bedeutet dies das Festhalten am Althergebrachten. Ist es das, was Sie wollen?“

Genau diese Reaktion habe ich erwartet und genau diese Reaktion wollte ich provozieren. Denn das gibt mir in der Medienöffentlichkeit die Chance, zu erklären, wie ich den Kern unserer politischen Bewegung sehe.

Der Begriff des Konservativismus beruht in seiner Bedeutung darauf, das Bestehende „in seinem Zusammenhang“ zu erhalten. Dieser „Zusammenhang“ ist die Gesellschaft, in welcher eine Maßnahme gesetzt oder ein Gesetz beschlossen wird. Jeder weiß aber, dass sich die Gesellschaft mit der Zeit verändert. Um also eine gesellschaftliche Errungenschaft „in ihrem Zusammenhang“ bewahren zu können, muss diese ständig an den Fortschritt der Gesellschaft angepasst werden.

Für die tägliche politische Arbeit unserer Bewegung gilt daher der Leitsatz: Das Wesen der Konservativen liegt in der Reform! Wir müssen täglich daran arbeiten, jene Errungenschaften der Gesellschaft, die gut sind, durch Reformen fit für die Zukunft zu machen. Und wir müssen auch den Mut haben, jene Dinge, die ihre gesellschaftliche Legitimation verloren haben, hinter uns zu lassen. Denn wir sind eine Wertegemeinschaft, die das große Ganze im Auge haben muss, und nicht die Privilegien Einzelner.

Dieses Verständnis des Begriffes „konservativ“ geht auf Karl von Vogelsang zurück, einen der Begründer der Christlichen Soziallehre.

Das Konservative, das ich meine

Mir ist sehr wohl bewusst, dass in unserer heutigen Umgangssprache der Begriff „konservativ“ nur wenige positive Konnotationen hat. Es überwiegen dabei eher Assoziationen wie borniert, unflexibel, nicht modern, nicht aufgeschlossen für Neues usw. Will man heute vermitteln, dass das „Bewahren“ etwas Positives ist, muss man zweifellos eingehender und aufwändiger argumentieren.

Auch die Semantiken von „Bewahrung“ und „Erneuerung“ scheinen sich zu widersprechen. Dies ist jedoch im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungen keineswegs der Fall. Vogelsang behauptet sogar das Gegenteil. Nur durch die Bewahrung des Sinnes des Alten kann Kontinuität erhalten werden und können Reformen fruchtbar sein. Was meint er damit genau?

„Durch (...) Wechselwirkung von Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart kommt Leben, Tätigkeit, Entwicklung in den Staat, Neugestaltung nach der immanenten Idee und nach den praktischen Bedürfnissen jeder gegebenen Zeit. Das, und das allein ist konservativ“, so Vogelsang.

Dies klingt wie eine andere Formulierung von Goethes Zitat „Was du ererbst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“, mit welchem

er das Verhältnis von Herkunft und Zukunft, von Tradition und Fortschritt beschreibt.

Hegels Hilfe für die Konservativen

Vielleicht wird mit Hegels dialektischem Dreischritt von These, Antithese und Synthese am besten klar, was Vogelsang und Goethe meinen, nämlich das „Aufheben“ des geistigen Eigentums der Gesellschaft im dreifachen Sinn:

- ▶ „Negare“, also das, was nicht mehr der Zeit entspricht, soll fallen gelassen werden,
- ▶ „Conservare“, das, was bewahrenswert erscheint, soll weiter verwendet werden; durch Weglassen von Veraltetem und Bewahren von Bewahrenswertem kommt der geistige Inhalt zum
- ▶ „Elevare“, zur Erhöhung, also Verbesserung, Modernisierung, zur Reform und Erneuerung seiner selbst.

Das ist es, was Vogelsang darunter versteht, „konservativ“ zu sein.

Grundlagen für eine offen bürgerliche Bewegung schaffen

Was bringt uns die eben erläuterte ideologische Grundlage für die Lösung des am Beginn skizzierten Problems? Der Anspruch, dass das Wesen des Konservativen in der Reform liegt, ist gleichzeitig der Auftrag dafür, dass wir uns auch selbst und damit auch die Struktur unserer politischen Bewegung hinterfragen und an das Heute anpassen.

Überhaupt bin ich der Meinung, dass es vor allem an der Struktur unseres Arbeitens liegt, dass wir ein Problem haben, und weniger an den Inhalten. Der Perspektivenprozess von Josef Pröll hat gezeigt, wie weit unsere Bewegung imstande ist, sich inhaltlich zu öffnen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie beeindruckt ich von der damaligen Aufbruchsstimmung war. Die Tatsache, dass viele uns den

Vorwurf machen, dennoch nicht zu wissen, wofür wir stehen, macht klar, dass inhaltliche Arbeit allein nicht des Rätsels Lösung ist.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen eine neue Mitmachkultur in unserer Bewegung. Was ich damit meine, will ich im Folgenden erörtern.

Die Einladung zum Mitgestalten

Die ÖVP steht auf einem organisatorischen Fundament, das historisch gewachsen ist: Wir haben mit unseren Bündeln eine Breite wie keine andere Partei. Wir sind in Berufs- und Gesellschaftsgruppen verankert wie niemand sonst. Wir sind von der Stadt bis ins kleinste Dorf verwurzelt mit einer immer noch guten Struktur von ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären. Ich sehe das nach wie vor als eine Stärke und gehöre nicht zu jenen, die die Bündel abschaffen wollen.

Aber die Zeiten ändern sich. Um das festzustellen, braucht man nur einen Blick ins eigene Umfeld zu werfen. In meinem Bekanntenkreis gibt es beispielsweise Leute, die mal auf dem Land gewohnt haben, mal in der Stadt, die mal Arbeitnehmer waren und dann Unternehmer wurden – und in einem konkreten Fall jetzt nebenbei sogar noch Biobauern geworden sind. Und das alles mit Mitte 30. Wo sollen sich solche Menschen in unserer politischen Struktur einordnen? Allein dieses Beispiel zeigt, wie viel sich verändert.

Wir leben in einer Zeit, in der die Mobilität der Wählerinnen und Wähler so groß ist wie nie zuvor. Das Parteibuch wird nicht mehr automatisch von den Eltern an die Kinder weitergegeben. Bei der Nationalratswahl 1975 wechselten nur 3 Prozent der Wähler die Partei. Mitte der 1980er-Jahre lag dieser Anteil bei 16 Prozent. Bei der Nationalratswahl 2013 gab es einen Wechselwähleranteil von rund 30 Prozent. Im selben Zeitraum sank auch die Wahlbeteiligung von 93 Prozent bei der Nationalratswahl 1975 auf nur mehr 74,9 Prozent 2013.

Beide Phänomene – der Anstieg der Wechselwähleranteile wie der steigende Nichtwähleranteil – sind Konsequenzen einer zunehmend parteiungebundenen Wählerschaft. Das Internet kennt keine Bezirks-, Landes- oder Bundesgrenzen. Derzeit gibt es 3,2 Millionen österreichischer Facebook Accounts. Politisches Engagement findet nicht mehr so sehr in politischen Parteien statt, sondern oftmals nur für eine bestimmte Zeit, für eine bestimmte Person oder für ein bestimmtes Thema. Jede politische Organisation, die eine Zukunft haben will, muss lernen, sich auf diese Entwicklungen einzustellen. Parteien müssen heute wendiger sein. Und damit meine ich nicht, Positionen und Werte zu wechseln wie andere ihr Hemd. Wendiger heißt, wie sie auftreten, sich organisieren und wie sie im echten Leben stattfinden.

Ich will auf das starke Fundament der ÖVP-Struktur ein offenes Haus bauen, wo jeder willkommen ist, der ein Stück des Weges mit uns gehen will, bei einem unserer Anliegen, einem unserer Grundwerte oder für eine bestimmte Person.

Und es gibt bereits Beispiele, die zeigen, wie das funktionieren kann:

- ▶ Beim Projekt „Unternehmen Österreich 2025“ haben sich hunderte Experten und Manager für einen starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Österreich eingesetzt.
- ▶ Die Initiative „Mein Anliegen“ hat die Ideen hunderter Österreicherinnen und Österreicher gesammelt, um sie an die Politik heranzutragen.
- ▶ Bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht haben sich unzählige Menschen für ein konkretes politisches Thema engagiert.
- ▶ Insgesamt wurden für Kandidaten zur Nationalratswahl 1,7 Millionen Vorzugsstimmen vergeben (und mit fast 560.000 Stimmen haben unsere Wähler mit Abstand die meisten vergeben, vor der SPÖ mit ca. 440.000).

Das heißt, wir müssen neue Wege in der Kommunikation gehen, neue Angebote machen, in der ÖVP dabei zu sein und neue Formate schaffen, mit denen wir unsere Werte und Anliegen erlebbar machen.

Ich will daran mitwirken, die Partei attraktiv zu machen für Menschen, die mit Parteien eigentlich nie etwas zu tun haben wollten. Die ÖVP muss es schaffen, ihr starkes Fundament aus Bündeln und ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären zu nutzen und darauf im Stil einer offenen, modernen bürgerlichen Bewegung aufzubauen. Dann ist das die beste Grundlage, um in Zukunft auch wieder Wahlerfolge feiern zu können. Daran werde ich von heute an mit aller Kraft arbeiten. Darin sehe ich die Hauptaufgabe des Generalsekretärs unserer Bewegung.

Über bürgerliche Europapolitik

Zwischen nationalen Interessen und
bundesstaatlichen Perspektiven

Michael Borchart

Der kritische und politikwissenschaftlich versierte Geist – und derer gibt es in unseren beiden Ländern bekanntlich viele, die sich in Konferenzen, Seminaren, Kolumnen und in solchen Essays „ausleben“ – hat die bisweilen unangenehme Eigenschaft, sich zunächst die Überschrift eines Beitrages vorzunehmen, infrage zu stellen und sie dann nach allen Regeln der Kunst zu sezieren: Was ist bürgerlich? Was ist – in den Krisenzeiten – eigentlich Europapolitik? Was sind heutzutage nationale Interessen und was sind – in europäischen Dimensionen gedacht – bundesstaatliche Perspektiven? Jede einzelne dieser Fragen würde schon für sich genommen eine voluminöse Monografie bis zum Bersten füllen.

„Bürgerlich“ auf dem Prüfstand

Was ist bürgerliche Politik? In Deutschland – und es gibt Grund zu der Annahme, dass dies in Österreich nicht viel anders ist – begreifen sich unseren Forschungen zufolge viele Menschen gar nicht mehr als bürgerlich. Sie sehen sich nicht selten selbst viel lieber als „kleine Leute“ – in Deutschland sehen sich rund 70 % der Menschen selbst so. Das kann die Einschätzung der eigenen materiellen Lage umfassen, es kann aber auch das Gefühl zum Ausdruck bringen, das sich in dem Satz zuspitzt: „Die da oben, wir da unten“. In den Zeiten „neuer Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) in einer globalisierten und hoch technisierten und komplizierten Welt existiert eine große Sehnsucht nach Komplexitätsreduktion, nach Überschaubarkeit, aber auch nach Transparenz. Das Gefühl, nicht wirklich durchschauen zu können, was „in der Politik“ vor sich geht, weckt tiefes Misstrauen und führt in letzter Konsequenz zu Desinteresse und Gleichgültigkeit.

Der Begriff „bürgerlich“ wird zudem nicht nur positiv beurteilt. Der „Spießbürger“ schaut da gleich hinter dem Baum hervor. Und doch birgt dieser Begriff neben dieser negativen Konnotation noch immer auch positive und traditionelle Aspekte. Es sind Aspekte, die dann in Umfragen nicht selten auch mit den „bürgerlichen Parteien“ in Zusammenhang gestellt werden: Verlässlichkeit, Maß und Mitte, Bodenständigkeit, kaufmännische Kompetenz, ein vernünftiger Umgang mit dem Geld, Freiheit gepaart mit Verantwortungsbewusstsein etc. Wenn wir als bürgerliche Parteien allerdings gegen diese Erwartungen, gegen diesen Kodex verstoßen, nimmt man uns das besonders übel.

Enttäuschte Sehnsucht

Bürgerliche Politik, das ist nicht ausschließlich eine Frage der politischen Inhalte, sondern auch ein normativer Begriff, der Auswirkungen auf den politischen Stil hat. Je größer die Empfindung der Unsicherheit in einem Politikfeld ist, desto ausgeprägter ist die Sehnsucht nach den genannten politischen Tugenden. Selbst der glühendste „Europäer“ wird die Enttäuschung und das Gefühl vieler Menschen in Österreich, Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern nicht leugnen können, dass diese Tugenden in der Europapolitik missachtet worden sind. Heute haben viele Wählerinnen und Wähler quer durch Europa das Vertrauen in die Europäische Union verloren und sind empfänglich geworden für Vorurteile, die die Europäische Union als bürgerfern, elitär und undemokratisch charakterisieren. Die Akzeptanz und die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger mit der Union werden auf eine harte Probe gestellt.

Europapolitik in Zeiten der Krise

Das bringt die zweite Frage aus der sezierten Überschrift zum Vorschein: Was bedeutet Europapolitik in den Zeiten der Krise? Wir in den christlich-demokratischen und den bürgerlichen Parteien dürfen eine entscheidende Tatsache nicht unterschätzen: Was auch immer wir tun und sagen, wir werden politisch – als jene Parteien, die alle wesentlichen Entscheidungen zur europäischen Einigung verantwor-

tet haben – in den Augen der Bürgerinnen und Bürger unserer Länder auf Gedeih und Verderb mit Europa verbunden. Für die ÖVP und die CDU muss mit den Worten von Hans-Gert Pöttering, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, „das Eintreten für die Einigung Europas aus nationalem Interesse ein Markenkern bleiben, ein Teil ihrer Identität.“

Keine andere Parteienfamilie wird so eng mit der europäischen Integration und ihren Institutionen identifiziert wie die christliche Demokratie. Es gehört zu ihrem Selbstverständnis, als Motor und Taktgeber des europäischen Einigungsprozesses zu fungieren. Die ÖVP beruft sich in ihren Programmen ganz explizit auf die christlich-demokratischen Schöpfer des europäischen Einigungsprojektes und betont, dass die ökonomische Dimension der Integration wieder deutlicher mit der politischen Integration verbunden werden muss, die die ÖVP, so ihr Programm, im „Geist eines christlichen Humanismus“ mitgestalten möchte.

Kein Dialog mit Extremisten

Im Umkehrschluss bedeutet das: Würden die bürgerlichen Parteien aus den wachsenden europaskeptischen und populistischen Tendenzen den falschen Schluss ziehen und sich genau jenen Tendenzen und jenen „schrecklichen Vereinfachern“ annähern, dann legen sie die Axt an ihre eigene Identität und an ihre eigenen Traditionen. Einen Dialog mit Extremisten und Populisten darf es nicht geben. In Frankreich ist gegenwärtig zu beobachten, welche negativen Folgen es für eine Volkspartei zeitigt, wenn sie eine vorsichtige Annäherung mit vermeintlich „vernünftigen“ Repräsentanten der extremistischen Front National propagiert.

Ebenso gefährlich wäre es allerdings, vor dem Hintergrund des Europa-Images unserer Parteien, wenn bürgerliche Politik für Europa die Ängste und Sorgen der Menschen ignoriert. Es wird gerade im laufenden Europawahlkampf 2014 darum gehen, um ein Wort des früheren Bundeskanzlers und großen Europäers Wolfgang Schäuble auf-

zugreifen, für ein Europa zu werben und einzustehen, „das schützt und das nützt“. Dazu gehört auch und immer wieder, dass wir darauf verweisen, dass Europa eine Rechtsgemeinschaft ist, die verbindliche Regeln aufstellt und dass es gilt, diese Regeln auch einzuhalten. Die Eurowährungskrise ist nicht deshalb entstanden, um es zugespitzt zu formulieren, weil wir in Europa zu wenige oder die falschen Regeln aufgestellt haben, sondern weil wir diese Regeln missachtet haben. Es gehört zur Ehrlichkeit, wenn auch wir in Deutschland eingestehen, dass wir mit der Missachtung der Maastrichtkriterien einen Beitrag zur Aufweichung dieser Regeln geleistet haben. Dem Recht Geltung zu verschaffen, auch das gilt als eine hervorstechende Eigenschaft bürgerlicher Parteien.

Vorteile vermitteln

Es darf im Übrigen nicht allein den Hochglanzbroschüren, den Imagefilmchen und Sonntagsrednern überlassen sein, die Vorteile von Europa zu vermitteln. Hier kommt den parteinahen Institutionen wie der Politischen Akademie der ÖVP und der Konrad-Adenauer-Stiftung eine wichtige Aufgabe zu. Die Politikerinnen und Politiker, denen wir Podien bieten, sollten das Pferd vielleicht einmal von der anderen Seite aufziehen und den Menschen in Reden und Gesprächen intensiv und nachvollziehbar vermitteln – und unsere beiden Parteien, die ÖVP und die CDU, genießen hier noch immer ein hohes Maß an Anerkennung und damit auch Glaubwürdigkeit -, in welcher prekären Lage wir uns, nicht zuletzt auch ökonomisch, befinden würden, wenn es die Europäische Union, aber auch die Währungsunion nicht gäbe. Wer bedenkt, dass Österreich seit der Einführung des Euro mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001 in jedem Jahr überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, wer bedenkt, dass sich der Export der Alpenrepublik seit dem EU-Beitritt mehr als verdoppelt hat, der kann sich leicht ausrechnen, wie es um die österreichische Wirtschaft bestellt wäre, wenn sie diesen Schritt nicht getan hätte. Kaum ein anderes Land hat wirtschaftlich so von der Osterweiterung der Europäischen Union profitiert wie Österreich.

Diese Sichtweise des „was wäre, wenn“ birgt noch einen anderen Vorteil: Sie weist uns einen Weg aus der verhängnisvollen „Falle“ der Defensive und raus aus den Selbstzweifeln. Es mag sein, dass wir in einer mehr oder minder geschichtsvergessenen Zeit leben, aber warum verweisen wir nicht selbstbewusster darauf, dass es Parteien wie die ÖVP und die CDU waren, die in beinahe aussichtslosen Situationen nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Freiheit maßgebend mit aufgebaut haben? Politische Führung, die kraftvoll und beharrlich wirkt, das beweisen die immensen Sympathiewerte für Angela Merkel und die hohe Zustimmung in der Bevölkerung für ihren Kurs in der „Eurokrise“, weckt Vertrauen.

So banal es klingen mag: Die Europäische Union ist in ihrer Geschichte aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen. Ein gemeinsamer Beitrag des österreichischen Vizekanzlers und ÖVP-Obmanns Michael Spindelegger mit dem deutschen Europapolitiker Elmar Brok in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ macht deutlich, dass ein „Mehr“ an Europa nicht mit „Schönwetterintegration“ gleichzusetzen ist: In der Eurokrise manifestierte sich der konkrete Gestaltungswille der bürgerlichen Parteien.

Mittelweg finden

Das bringt uns schließlich zu den letzten Fragen aus der „sezierten“ Überschrift: Wie finden wir den richtigen Mittelweg zwischen nationalen Interessen und einer bundesstaatlichen Ordnung? Die Antwort ist ebenso einfach wie schwierig und ein Handlungsauftrag an die bürgerlichen Parteien: Ohne eine einfallreiche Politik, ohne deutliche Veränderungen hin zu mehr Handlungsfähigkeit und demokratischer Legitimation, ohne mutige Reformen wird es nicht gehen. Im Kern steht dabei ohne jeden Zweifel eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und Europa, „wenn nötig durch eine Vertragsänderung“ (Spindelegger/Brok). Das kann ein entscheidender Beitrag dazu sein, Europa für seine Bürger verständlicher und nachvollziehbarer zu machen. Nur wenn wir uns an dieses Mammutprojekt wagen, wird es uns gelingen, den europäischen Leitspruch

„Einheit in Vielfalt“ wirklich mit Leben zu erfüllen. Ohne verantwortungsbewusste bürgerliche Parteien und Politiker wird dieses Ziel indes nicht zu erreichen sein.

Literatur

Frankfurter Allgemeine Zeitung (28.06.2012):

Fremde Federn: Elmar Brok und Michael Spindelegger

Online: www.elmarbrok.de/wp-content/uploads/2012/06/brok-spindelegger-faz-28-06-2012.pdf [30.12.2013]

Föderalismus neu denken

Wo der Föderalismus in Österreich Zukunft hat und wie ihn die ÖVP weiterentwickeln muss

Magnus Brunner

Was im Großen für Europa gilt, ist im Kleinen auch innerhalb von Nationalstaaten richtig: Dezentrale Strukturen in Form eines funktionierenden Föderalismus sind die Voraussetzungen für Innovation, bestmögliche Anpassung an lokale Gegebenheiten, politisches Verantwortungsbewusstsein und fiskalische Disziplin.

Es gibt nicht den einen Föderalismus, sondern eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Konzeptionen und Ausformungen föderaler Ordnungen. Diese bewegen sich zwischen einem Wettbewerbsföderalismus, der die Eigenständigkeit der einzelnen Glieder betont und auch praktiziert, und einem unitarischen Föderalismus, der die Einheitlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Eine einzige „ideale“ Form des Föderalismus für alle Staaten gibt es nicht und wird es nicht geben. Gleichzeitig sind föderalen Ordnungen gewisse „Nebenwirkungen“ eigen, etwa die verstärkte Einforderung von Eigenverantwortung der Gliedstaaten und ihrer politischen Akteure sowie eine gewisse Vielfalt und Unterschiedlichkeit innerhalb des Gesamtstaates.

Föderale Ordnungen basieren auf dem Subsidiaritätsprinzip, das seine Wurzeln sowohl in der katholischen Soziallehre als auch im politischen Liberalismus hat und somit durchaus unterschiedlichen und konkurrierenden programmatischen bzw. staatsphilosophischen Schulen entspricht.

Föderalismus adäquat praktiziert führt zudem zu einem höheren Grad an demokratischer Kontrolle, indem er zusätzliche regionale „checks and balances“ einführt, die sowohl in Bezug auf eine Kontrolle der Gliedstaaten untereinander als auch zwischen Gliedstaaten und Bund funktionieren.

Für die österreichische Situation ist zu prüfen, ob die derzeitige Form der föderalen Ordnung noch ihre Aufgaben erfüllen kann und ob die einzelnen Institutionen und Organe im föderalen System den an sie gestellten Forderungen gerecht werden. Föderalisten und Zentralisten werden diese Frage momentan wohl negativ beantworten. Die „Erstarrung“ der föderalen Ordnung, die seit Jahrzehnten beklagt wird, ist zunehmend unzeitgemäß und inakzeptabel. Der Ruf nach einer Verwaltungsreform zeigt dieses Unbehagen und führt doch gleichzeitig auch in die Irre, weil Föderalismusreform nicht mit Verwaltungsreform gleichzusetzen ist, sondern sich beide ergänzen. Es geht nämlich eben nicht um die Frage der optimalen Steuerung des Vollzugs, sondern um das grundlegende Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und um die möglichst optimale Verteilung gerade auch legislativer Aufgaben.

Eines der wesentlichen Merkmale des Föderalismus ist die Unterschiedlichkeit der Rechtsordnungen und dahinter liegendem politischen Handeln der Gliedstaaten und des Bundes, die zu Innovationen und wechselseitigem Lernen sowie einem befruchtenden Wettbewerb führt.

Verantwortung gemeinsam tragen

Neben den institutionellen Anforderungen bedarf es insbesondere auch einer Bereitschaft der politischen Akteure im Föderalismus, Verantwortung tragen zu wollen, der Bereitschaft, sowohl eine eigenständige Politik zu betreiben als auch Kooperationen einzugehen, im Wettbewerb wechselseitig voneinander zu lernen sowie Aufgabe und Funktion des anderen auf den vier Ebenen der Föderation zu akzeptieren.

Föderalismus kann keine vollständige Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet garantieren, was im Übrigen auch in zentralistischen Staaten ein Märchen bleibt. Eine solche Einheitlichkeit ist mit dem Wesen des Föderalismus, der von der Unterschiedlichkeit des politischen Gestaltungswillens der Glieder lebt, nicht vereinbar. In diesem Sinne gibt es im Föderalismus

auch keine Lösungen, die den Bedürfnissen aller Akteure gleichermaßen entsprechen.

Die europäische Integration und die Globalisierung der Wirtschaft eröffnen kleinen Ländern vielfältige Chancen. Sie erzeugen aber auch einen Sog zu unnötig einheitlichen und zentralistischen Regelungen, den man nicht tatenlos hinnehmen kann. Die Gestaltung der Lebensverhältnisse in einer Region muss dort bleiben, wo man sie am besten kennt und maßgeschneiderte Lösungen möglich sind. Nur so kommt ebenso wie in der Wirtschaft befruchtender Wettbewerb um die jeweils beste Antwort auf neue Herausforderungen zustande. Ein solcher Wettbewerb ist für selbstbewusste und tatkräftige Länder und ihre Gemeinden ein großer Vorteil, den man weiter nutzen sollte. Arbeitsteilige Kooperationen mit anderen aus einer Position der Stärke heraus mitgestalten zu können, ist dabei wichtig.

Um eine wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch innovative Region sein zu können, muss man die zur Verfügung stehenden Freiräume tatkräftig und zugleich kostenbewusst nützen. Im Gegensatz zum Bund haben einige Bundesländer eine zurückhaltende Gesetzgebung, die nicht mehr als unbedingt nötig regelt. Hand in Hand damit geht eine schlanke und bürgernahe Verwaltung, zu der auch die Kleingemeinden einen wesentlichen Beitrag leisten. Ein solches Bundesland kann Trendsetter sein für kreative regionale Eigenständigkeit.

Steuerautonomie der Länder ist machbar

Eine Abgabenaufgabenautonomie der Länder ist als Zuschlagssystem zu Bundesabgaben (also beispielsweise eines Zuschlags der Länder auf die Einkommens- oder Körperschaftssteuer, die natürlich, um die Gesamtsteuerbelastung nicht zu erhöhen, entsprechend gesenkt werden müsste) denkbar. Dabei muss allerdings die Problematik der Doppelbesteuerung gelöst werden. Verschiedene andere Steuern, wie etwa die Umsatzsteuer oder Kapitalverkehrsabgaben, kommen aus EU-rechtlichen Gründen sowie aus Gründen der Praxistauglichkeit für eine „Verlängerung“ nicht in Betracht, die Grundsteuer etwa hingegen schon.

Eine beschränkte Steuerautonomie der Länder – das bestätigt auch ein lange vom Finanzministerium unter Verschluss gehaltenes Gutachten – ist durchaus machbar. Selbstverständlich dürfen daraus resultierende Probleme, wie beispielsweise ein höherer Verwaltungsaufwand für Unternehmen, keineswegs kleingeredet werden.

Die föderalen Einheiten in Österreich sind für knapp ein Drittel der gesamten Staatsausgaben verantwortlich, während sie aber nur knapp 5 % der gesamten Steuereinnahmen selber einheben.

Auch im Steuerbereich ist für einen effektiven Föderalismus wichtig, dass es Wettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften gibt. Das hat auch positive Effekte für die Bevölkerung eines Landes.

Eine teilweise Steuerautonomie der Länder würde einen wesentlichen Beitrag zu einem echten Föderalismus leisten, den bisherigen Pseudo-Föderalismus überwinden helfen und damit sowohl die Länder als auch den Gesamtstaat bestmöglich für die zukünftigen Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs fit machen.

Ein zukunftsfähiger Föderalismus im liberalen Sinn muss die Aufgabenbereiche, in denen Gliedstaaten eigenständig Entscheidungen treffen können, erhöhen: durch weniger Mischfinanzierung und durch eine klarere Trennung im Steuersystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Nur so wird politisches Handeln transparent, werden Entscheidungen einer politischen Ebene zurechenbar und es entsteht die Möglichkeit zu Wettbewerb zwischen föderalen Einheiten.

Diejenigen Bundesländer, die im Rahmen ihrer politischen Gestaltungsspielräume die wirtschaftliche Freiheit am wenigsten einschränken, profitieren im Vergleich der Bundesländer mit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung deutlich davon. Das gilt für Österreich und Deutschland gleichermaßen. Die beiden deutschen Südstaaten beispielsweise führen das Ranking zur wirtschaftlichen Freiheit in den deutschen Ländern an, die die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung nach dem Vorbild des alljährlich veröffentlichten „Economic Freedom

of the World“-Index des kanadischen Fraser-Instituts hat anfertigen lassen. Die Stiftung wertet dies als ein Indiz dafür, dass die Länder mehr finanzielle Autonomie im Standortwettbewerb brauchen.

Mutige Reformen ohne Scheuklappen

Es ist unbestrittenes Ziel aller Bemühungen, einen schlanken und bürgernahen Staat zu schaffen, der den Bürgern mehr Freiheit, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Lebensqualität bietet. Der Weg zu diesem Ziel erfordert mutige Reformen ohne Scheuklappen und Besitzstandswahrung.

Zu den Hausaufgaben nach der Finanz- und Wirtschaftskrise gehört die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, sie ist aber auch zugleich Fundament für dauerhaften Wohlstand und Voraussetzung für leistungsfähige Sozialversicherungen.

Durch den Vertrag von Lissabon werden einerseits Kompetenzen der EU-Organe gestärkt, andererseits die Möglichkeiten der nationalen Parlamente durch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Subsidiaritätskontrolle ausgeweitet.

Es geht also um eine neue Gestaltung in Europa insgesamt. Der Nationalstaat ist für die großen Probleme des Lebens zu klein und für die kleinen Probleme zu groß. So viel europa- und österreicheinheitlich wie nötig, so viel Bürgernähe, Föderalismus und Subsidiarität wie möglich. Das sollte das Ziel sein.

Die Finanzmarktkrise, die zur schweren globalen Realwirtschaftskrise geführt hat, hat bekannte systemische Probleme offengelegt. „Too big to fail“ ist eines jener Schlagworte geworden, die die Gefahren übertriebener Zentralisierung beschreiben.

Die Finanzierungslücke des Staates, die im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden ist, muss aus Rücksicht vor der jungen Generation vorrangig ausgabenseitig bewältigt werden. Aber auch,

um mehr Freiheit für den Bürger in der Gestaltung des täglichen Lebens herbeizuführen, ist eine Staats- und Verwaltungsreform ein unentbehrliches Instrument dazu.

Die Bundesländer haben sich in der Vergangenheit mit besonderem Engagement nicht nur auf Bundesebene für die Staats- und Verwaltungsreform eingesetzt, sondern auch intern Reformwilligkeit und -fähigkeit demonstriert.

Im Rahmen eines gelebten Föderalismus ist Subsidiarität einer der Hauptpfeiler. Wir wissen heute auch, dass Aufgabenerfüllung im Nahraum nicht nur bürgerfreundlicher, den jeweiligen Bedürfnissen besser anpassbar, sondern schlussendlich auch kostengünstiger ist. Das Thema Föderalismus erfährt in einer Zeit, in der die Staatsfinanzen wieder verstärkt hinterfragt werden müssen, vermehrt Bedeutung – nicht nur aus demokratiepolitischer Sicht, sondern auch als Element einer kostengünstigen Form der Durchführung von gemeinschaftlichen Aufgaben.

In der Phase einer Veränderungsdiskussion muss besonders auf die Gesamtbetrachtung hingewiesen werden – nicht nur Einzelmaßnahmen gilt es zu hinterfragen und zu bewerten, sondern deren Auswirkungen auf unser bundesstaatliches Gesamtsystem.

Die Strukturprobleme sind seit Langem bekannt. Ihre Beseitigung ist gerade von den Ländern immer wieder gefordert worden. Im Vergleich zur Schweiz beispielsweise äußert sich der Zentralisierungsgrad des österreichischen Bundesstaates darin, dass der Anteil der Beschäftigten beim Bund in Österreich 37 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beträgt, in der Schweiz dagegen nur 11 %.

Es zeigt sich an vielen Beispielen, wie wenig tiefgründig die Verwaltungsreformdiskussion auch von ausgewiesenen Experten geführt wird. Jedenfalls tragen die immer wieder dargestellten Schätzungen über Einsparungspotenziale wenig zur Rationalisierung der Diskussion bei.

Es wird wohl notwendig sein, die Diskussion über die Verwaltungsreform stärker von der akademischen auf die politische Ebene zu verlagern.

Die Zeit ist reif für eine umfassende Verwaltungsreform, die vor allem Doppelgleisigkeiten in der öffentlichen Verwaltung beseitigt. Unsere Schweizer Nachbarn können da durchaus als Vorbild dienen. Sie zeigen auf, dass ein starker Föderalismus die Voraussetzung für Effizienz und Bürgernähe ist. Und sie beweisen, dass eine reformierte Verwaltung auch zu mehr Freiheit für den Einzelnen führt.

Föderalismus bedeutet mehr Eigenverantwortung und Vielfalt

Die föderalen Strukturen Österreichs ermöglichen nicht nur eine Nähe der Behörden zu den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch eine viel bessere Beteiligung an der Verwaltung und Gesetzgebung sowie eine echte Teilhabe am Gemeinwesen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben außerdem in der Verwaltung einen direkteren Zugang zum Rechtsschutz. Zentralismus leidet daran, dass er die unterschiedlichen Verhältnisse und Vorstellungen, die in den einzelnen Ländern herrschen, nicht berücksichtigen kann. Das Unterfangen, sich über diese Unterschiede hinwegzusetzen, erzeugt ein Mehr an Aufwand, weniger Treffsicherheit und eine Einschränkung des Einzelnen.

Denn eigenverantwortliches Handeln ist in der Regel effizienter als bloß ausführende Tätigkeiten. Zahlreiche Studien belegen, dass dezentralisierte Staaten eine geringere Staatsquote aufweisen, aber in den einzelnen Politikbereichen trotzdem hohe Standards haben. Der Sinn des Föderalismus ist ja gerade, unterschiedliche Lösungen möglich zu machen.

Und die Erfahrung zeigt: Besonders die kleinen Länder sind oft die erfolgreichsten. Dezentralität und die Vielfalt kleinerer Einhei-

ten sind erfolgreich und gut für die Menschen. Und sie fördern die Freiheit des Einzelnen.

Menschen wollen Vielfalt statt Einfalt. Der Altbundespräsident von Deutschland, Roman Herzog, hat es auf den Punkt gebracht: „Ein Föderalismus, der keine Unterschiede zulässt, ist schon gedanklich ein Unding. Wir brauchen Mut zum Unterschied, damit Freiheit entsteht!“

Der Altbundespräsident hat recht. Die Heilserwartung an zentrale Lenkung ist ein Irrweg. Wir brauchen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, aber nicht die Gleichmacherei. Gleiche Chancen, aber nicht Nivellierung nach unten, individuelle Entwicklung und mehr Freiheit.

Reformen suchen Partner

Was uns auf dem Weg in die Zukunft hindert –
und was uns antreiben kann

Christopher Drexler

Seit geraumer Zeit wird der österreichischen Politik ein Mangel an Reformbereitschaft bzw. Reformelan vorgeworfen. Zuletzt kulminierte diese Kritik im Vorfeld der Nationalratswahlen. Sie blieb weiterhin ständige Begleiterin der Koalitionsverhandlungen. Auch der Koalitionspakt zwischen SPÖ und ÖVP wurde von vielen Kommentatoren – mich eingeschlossen – nicht zuletzt deswegen kritisiert, weil zu wenig Aussicht auf Reformen zum Ausdruck kam. Von unterschiedlichen Seiten wird der Politik – insbesondere aber den einstmaligen großen Parteien SPÖ und ÖVP – Mutlosigkeit, Reformunwilligkeit, Lustlosigkeit und mangelndes politisches Format vorgeworfen. Die Kritiker eint der Ruf nach Reformen. Die Botschaften, wie diese auszusehen hätten, gehen aber der Einfachheit halber weit auseinander. Es stellt sich also die Frage, wie eine erfolgversprechende Reformpolitik gestaltet werden könnte, vor allem aber, wie sie überhaupt begonnen werden soll.

Notwendige Reformagenda

Wenn man die Kritik der letzten Jahre zusammenfasst, kann man wohl recht rasch zu einer ersten Reformagenda kommen. Es geht zuallererst darum, die Staatsfinanzen zu ordnen, eine nachhaltige Konsolidierung des Budgets zu schaffen. Dies hängt unmittelbar mit einer nachhaltigen und somit langfristig verlässlichen Reform des Pensionssystems und einer ebenso qualitätsvollen Antwort auf die Frage der Finanzierung der Pflege zusammen. Weiters sollte wohl die zermürende und unerquickliche Bildungsdiskussion in ein zukunftsfähiges Bildungsmodell münden oder aber bis auf Weiteres sistiert werden. Ergänzend ließe sich noch das unendliche Thema einer vernünftigen Verwaltungsreform bzw. überhaupt eine Neuorganisation des Staatswesens hinzufügen. Beherrzte Politiker könnten

sofort anpacken und entlang dieser Agenda den Versuch unternehmen, tatsächlich Politik zu betreiben. Warum geschieht es nicht? Warum ist auch das aktuelle Regierungsübereinkommen wohl eher eine mediokre Beschreibung mannigfaltiger Problemlagen und weniger eine Handlungsanweisung dafür, Österreich fit für die Zukunft zu machen?

Voraussetzungen für Reformen

Der Antwort darauf nähert man sich am besten, wenn man überlegt, was die Voraussetzungen für echte Reformen in der Politik sind. Es braucht zuallererst eine demokratische Mehrheit, vielfach auch eine Verfassungsmehrheit. Zweitens braucht es Entschlossenheit an der politischen Spitze, Mehrheiten auch einzusetzen. Das klingt einfacher, als es tatsächlich ist. Mehrheiten sind regelmäßig nur noch durch Koalitionen zu gewinnen. Koalitionen bedeuten Kompromiss und der wird vielleicht oft zu schnell gefunden, als dass noch zumindest Rudimente entschlossenen politischen Handelns übrig bleiben. Dennoch kann es funktionieren, wie uns das Beispiel der steirischen Landespolitik zeigt. Hier soll nicht außer Acht bleiben, dass die Herausforderungen auf bundespolitischer Ebene ungleich komplexer sein mögen und die Anzahl der Akteure größer ist. Aber es ist dennoch bemerkenswert, was Franz Voves und Hermann Schützenhöfer in den vergangenen drei Jahren in der Steiermark zustande gebracht haben. Bei einem Budgetvolumen von jährlich rund 5 Milliarden Euro hat man bis dato zirka 700 Millionen Euro strukturell konsolidiert, es wurde eine Verwaltungsreform mit einer Halbierung der Organisationseinheiten im Amt der Landesregierung erledigt, eine Gemeindestrukturreform im Landtag beschlossen, die größte Verfassungsreform seit 1945 mit einer Abschaffung des Proporzsystems sowie einer Verkleinerung von Landtag und Landesregierung umgesetzt und dergleichen mehr. Dies war nur durch einen engen Schulterchluss von SPÖ und ÖVP und eine zunehmend vertrauensbasierte Zusammenarbeit möglich. Freilich, man stand am Anfang der Legislaturperiode mit dem Rücken zur Wand und das Wahlergebnis bedeutete praktisch eine Pattsituation. Aber man hat etwas daraus gemacht!

Wenn man sich nun die Frage stellt, warum dies auf Bundesebene nicht funktioniert, sollte man sich aus Sicht der ÖVP davor hüten, alle Schuld bei potenziellen Partnern zu suchen. Es wäre zu kurz gegriffen, der SPÖ und ihrem derzeitigen Parteivorsitzenden allein die Schuld zu geben. Werner Faymann gerät zwar nicht in Verdacht, ein charismatischer Staatsmann oder gar ein Reformpolitiker mit Ambition und Format zu sein, er stellt wohl eher kurzfristig auf die Schlagzeile und nicht langfristig auf den Nachweis der Qualität seines politischen Handelns ab, aber die ÖVP macht es ihm auch zu leicht, den vermeintlich bewährten Weg des Mittelmaßes weiterzugehen.

Zweckbündnis für Klientelpolitik

Gerade die ÖVP hat nämlich ein Problem, sich als politische Speerspitze für Reformen aufzustellen. Sie ist auf Bundesebene zunehmend nur noch als loses Zweckbündnis von Fachorganisationen für Klientelpolitik wahrnehmbar. Der große Entwurf, eine einigende Erzählung über ihr politisches Wollen, ist ihr abhandengekommen. Wie kann eine moderne bürgerliche Politik aussehen, die auch tatsächlich für Erfolge an Wahltagen sorgen könnte? Die ÖVP vermag keine Antwort darauf zu geben.

Die Situation wird nicht gerade leichter, wenn man die Suche nach möglichen Partnern auf den Rest des politischen Spektrums ausdehnt – ganz abgesehen davon, welche Konstellationen überhaupt imstande sind, Mehrheiten zu erzeugen. Leider muss man die Freiheitlichen auf Sicht a priori aus allen Partnerschaftsgedanken ausschließen, da sie sich in ihrem ungeschlachten Doppelpassspiel zwischen Modernitätsverweigerung und Radikalpopulismus selbst aus dem Spiel nehmen. Die Grünen wiederum bringen das Kunststück zustande, in ihrem Staatsvertrauen die Sozialdemokratie zu überflügeln und eine beinahe unerträgliche Tugendhaftigkeits- und Allwissenheitsattitüde zu kultivieren. Auch der esoterisch angehauchte Wohlfühl(neos)liberalismus kann als tragfähige Basis einer der Zukunft zugewandten Partnerschaft noch nicht überzeugen. Eine weitere Parlamentsfraktion

lässt sich mangels erkennbaren politischen Substrats und wegen einer gewissen Unübersichtlichkeit bezüglich des jeweilig aktuellen Status der personellen Struktur nicht wirklich fassen.

Neuerfindung der ÖVP

Mithin bleibt die politische Verantwortung für einen Weg Österreichs in die Zukunft an SPÖ und ÖVP haften. Was kann nun die ÖVP dazu beitragen, die Weichen in Richtung Reformen und Zukunft zu stellen? Die ÖVP muss sich zuallererst selbst als verlässlicher Reform-Partner definieren und möglicherweise neu erfinden. Sie muss rasch daran gehen, die Grundzüge einer modernen bürgerlichen Politik zu formulieren, und den Kern einer unabdingbaren Reformagenda definieren.

Moderne bürgerliche Politik mit Erfolgsaussichten auch in urbanen Räumen könnte wie folgt kurz skizziert werden: gesellschaftspolitisch liberal, ein wenig links der Mitte; wirtschaftspolitisch, wiederum liberal, ein wenig rechts der Mitte! Um diesen kurz und knapp formulierten politischen Kern ließen sich vernünftige Positionen zu allen anstehenden Herausforderungen entwickeln. Es geht darum, eine neue Positionierung der Österreichischen Volkspartei zu schaffen und dann mit einem solide gemauerten politischen Fundament in einen Verhandlungsprozess mit der SPÖ einzutreten. Das mag auf den ersten Blick aufgrund der Erfahrungen der gerade erst abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen wenig verlockend erscheinen, aber es ist – im engsten Wortsinn – notwendig. Natürlich wird sofort der Einwand aller berufenen Bedenkenräger und Staatsnotare erschallen, was denn dies nun solle, aber es gilt, den Versuch zu unternehmen.

Es muss kein unmögliches Unterfangen sein, mit der Sozialdemokratie eine Reformagenda zu verhandeln. Strategisch gäbe es Vorteile für beide Seiten. Eine graduelle gesellschaftspolitische Wanderung des neuen Paktums nach links könnte näher bei den Lebensrealitäten vieler Menschen zu stehen kommen und müsste der SPÖ doch auch ganz gut zu Gesicht stehen. Eine wirtschaftspolitische Wanderung in die entgegengesetzte Richtung würde dem Land guttun und jenen

Protagonisten in der Sozialdemokratie, deren ökonomische Expertise nicht ausschließlich aus der Mottenkammer der Prinz-Eugen-Straße stammt, insgeheim wohl bekommen. Andererseits würden auch in der ÖVP viele aufatmen, denen eher der Sinn nach marktwirtschaftlicher Vernunft als nach konservativer Geisterbeschwörung steht. Den Versuch gilt es zu unternehmen, wie viele Widerstände auch immer aufkeimen mögen!

Gleich, gut oder besser?

Über Bildungspolitik, die Zukunft schafft

Asdin El Habbassi

Wir leben in Österreich in einem Land mit einem guten Bildungssystem, keine Frage. Wir haben grundsätzlich ein gutes Angebot an überwiegend öffentlichen, aber auch privaten Schulen. Wir haben einen guten Mix aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, wir haben gute Mittelschulen und gute höhere Schulen. Wir haben gute Lehrer, gute Vortragende und gute Schüler. Das alles ist gut, aber zu wenig.

Denn wir leben in einer Gesellschaft, die sich schnell verändert. Wir nutzen heute oft flächendeckend Technologien, die vor wenigen Jahren noch gar nicht existiert haben. Unsere Lebenserwartung steigt – und damit auch die Anzahl der Jobs, die wir in unserem Leben haben. Wir sind konfrontiert mit einem globalen Wettbewerb, einer flexibleren Arbeitswelt.

Und dennoch haben wir, etwas überspitzt, den gleichen Fächerkanon, die gleichen Schulräumlichkeiten, die gleichen Schulversuche – schlicht seit Jahrzehnten das gleiche Bildungssystem. Und seit Jahrzehnten die gleiche Bildungsdiskussion. Eine Diskussion über Etiketten wie Gesamtschule, Ganztagschule, Differenzierung. In dieser Diskussion wirkte die Österreichische Volkspartei, mangels eines bildungspolitischen Gesichts und einer klaren Vision, mitunter wie ein treibendes Schiff ohne Steuermann, hilflos den ideologischen Wellen der Gleichmacher, Leistungsgegner und Systemerhalter ausgesetzt – und nicht in der Lage, klar Kurs Richtung Zukunft aufzunehmen.

Die Lösung des Dilemmas? Die Volkspartei muss Bildung wieder zum klaren Zukunftsthema Nummer eins machen, ihr ein „Gesicht“ geben und mit einem klaren bürgerlichen Kurs die Debatte prägen.

Wodurch aber zeichnet sich bürgerliche Bildungspolitik aus?

Eine Bildungspolitik, die Zukunft schafft, kann unmöglich all die neuen Anforderungen mit dem gleichen System erfüllen, das bisher gut war. Ich denke, bürgerliche Bildungspolitik steht für den Anspruch, nicht alles gleich, sondern Gutes besser zu machen. Das Bildungssystem sollte dabei den Menschen mit seiner individuellen Entwicklung in den Mittelpunkt stellen und auf Werte wie Vielfalt, Leistung, Freiheit und Chancengerechtigkeit bauen. Dazu nachfolgende Gedanken.

Bildungsreformen brauchen den Blick auf das große Ganze

Immer wieder fokussieren sich Bildungsdebatten auf gewisse Schulstufen, Schultypen oder konkrete Einzelfragen, ohne das große Ganze im Auge zu behalten. Wie jedes Uhrwerk oder komplexe System beinhaltet Bildungspolitik Rädchen und Einflussfaktoren, die im Zusammenhang betrachtet werden müssen und vor allem aufeinander abgestimmt sein sollten. Bildungspolitik der Zukunft betrifft also nicht nur Schule, sondern spannt den Bogen von der frühkindlichen Erziehung über Schule, Hochschule hin zur Erwachsenenbildung. Und dann stellen sich grundsätzliche Fragen: Wie weit soll und kann das Bildungssystem auch Betreuung und Erziehung übernehmen? Soll differenziert und individuell gefördert und gefordert werden oder sollen alle die gleiche Bildung erhalten? Was ist Pflicht und wo gibt es Wahlfreiheit? Wollen wir ein reines Ausbildungssystem oder breite Bildung? Welche Aufgaben haben und welche Ausbildungen brauchen Lehrkräfte in Zukunft? Lassen wir Raum für unterschiedliche Lehrmethoden und -konzepte oder bauen wir auf Standardisierung? Entsprechen die Einrichtungen, Strukturen und Lehrinhalte noch den Anforderungen der Zukunft?

Diese und ähnliche Fragen sind grundlegend für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik – und warten darauf, eine bürgerliche Antwort zu bekommen.

Bürgerliche Schule braucht Vielfalt und Differenzierung

Differenzierung ist wohl eine der beliebtesten Worthülsen in der Bildungsdebatte. Der Begriff lässt die verschiedensten Interpretationen zu und wird von allen ideologischen Richtungen gerne genutzt. Die Definition birgt aber großen Sprengstoff. Konservative verstehen naturgemäß unter einem differenzierten Schulsystem eher die Koexistenz von Gymnasium und Hauptschule. Linke Ideologen nutzen dieselbe Formulierung, um die Abschaffung der Leistungsgruppen und die Möglichkeit, in der Neuen Mittelschule mittels Teamteaching auf individuelle Bedürfnisse von Schülern einzugehen, zu umschreiben. Aber warum Schule nicht neu denken? Ein bürgerlicher Ansatz wäre, eine Vielfalt von Konzepten zuzulassen und den Menschen mit seiner individuellen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. Die Idee, dass ein Einser-Schüler immer und überall top ist oder ein Kind wegen einer Schwäche prinzipiell in eine Förderklasse oder gar einen anderen Schultyp gehört, ist nicht länger haltbar.

Warum sich nicht von verschiedenen, oft sehr vorurteilsbehafteten Etiketten der Unterstufe wie Hauptschule & Co trennen?

Warum nicht ein vielfältiges Angebot mit unterschiedlichsten Schul- und Unterrichtskonzepten von der AHS-Langform bis zur fünfjährigen Mittelschule anbieten? Warum nicht gewisse Standards in Form einer mittleren Reife und inneren Differenzierung einführen und den Rest dem Wettbewerb der Ideen und Konzepte überlassen?

Dabei kann Differenzierung nach Leistung, Begabungen und Interessen im Groben zwei Ausformungen annehmen. Diese würden sich gegenseitig gut ergänzen.

1. Äußere Differenzierung, vor allem im urbanen Bereich durch Schwerpunktschulen oder -klassen (z. B. musische, neu sprachliche, naturwissenschaftliche oder spezielle pädagogische Konzepte): Damit könnten Bildungseinrichtungen mit attraktiven Profilen in den Wettbewerb treten, ähnlich wie das z. B. auch bei Universitäten oder Fachhochschulen der Fall ist. Wichtig ist

dabei, dass nicht die abgebende, sondern die aufnehmende Einrichtung die Eignungsvoraussetzungen feststellt. Das würde z. B. Volksschullehrern den Druck nehmen, durch ehrliche Notengebung die Zukunft ihrer Schützlinge zu verbauen.

2. Verpflichtende innere Differenzierung in Form von Leistungs- oder Fördergruppen (z. B. für Hauptfächer) in allen Schultypen: Warum sollen nicht unterschiedlichste Schüler in einem Klassenverband unterrichtet werden, aber je nach Niveau entweder gezielt gefördert und gefordert werden? Zum Beispiel kann ein sprachlich talentierter Schüler gemeinsam mit anderen aus dem Jahrgang einen fordernden Englischunterricht besuchen, Schwächen in Mathematik durch einen auf sein Niveau angepassten Förderunterricht ausmerzen und Turnen und Geschichte im normalen Klassenverband haben. In der Oberstufe kann dieser individuelle Ansatz durch ein echtes Modulsystem mit Pflicht- und Wahlmodulen verstärkt und eine Vorbereitung auf eine spätere Hochschulausbildung noch verbessert werden.

Ein solches System respektiert den Menschen als Individuum, erleichtert es, Begabungen und Talente zu fördern und verhindert eine frühe Schubladisierung in gut & schlecht. Das wiederum führt zu echter Chancengerechtigkeit für junge Menschen.

Eine solche Schule braucht aber auch Standards und Freiräume.

Bessere Schule braucht Freiräume

Egal, ob Stundentafel, Raumangebot oder die Möglichkeit für Schulleiter, das Lehrpersonal selbst zu bestimmen: Eine bessere Schule braucht mehr Freiräume.

In der Privatwirtschaft, aber auch in der Erwachsenenbildung ist es selbstverständlich, dass ein Institut sich seine Teams bzw. das Lehrpersonal selbst auswählt. Es ist üblich, dass nach Leistung bezahlt und dass Personal nach Eignung bestmöglich eingesetzt wird. Überall wo Kopfarbeit geleistet wird, ist es auch normal, dass man Zeitfenster

flexibel gestaltet. Warum sich nicht von den 50-Minuten-Einheiten lösen und den Schulen einfach Stundenkontingente zur Verfügung stellen, die sie frei einsetzen können? Das würde Lehrern für Projektarbeiten und auch fächerübergreifendem sowie vernetztem Lernen den notwendigen Freiraum geben und völlig neue pädagogische Konzepte ermöglichen.

Egal, ob Status quo, Ganztagschule, neue Unterrichtsformen oder weitergehende Schulreform: Neben den zeitlichen muss man auch über bauliche Rahmenbedingungen nachdenken. Zeitgemäße Arbeitsplätze und Unterrichts- bzw. Aufenthaltsräumlichkeiten sind für eine bessere Bildung dringend notwendig und sollten auch Teil jedes Reformkonzeptes sein.

Aber Freiräume sind auch in etwas abstrakterer Form wichtig. Wenn es etwa darum geht, den Lehrenden von dem unnötigen bürokratischen und nicht-pädagogischen Aufwand zu befreien. Warum nicht wie sonst auch mehr Mut zur Arbeitsteilung zeigen? Warum nicht darüber nachdenken, ob standardisierbare Prüfungen und Tests wie etwa in Mathematik nicht von einem eigenen Korrekturpersonal übernommen werden könnten? Oder warum nicht eigenes Personal für Gangaufsichten oder Psychologen, die statt dem Klassenlehrer bei Streitigkeiten in einer Klasse gerufen werden?

Das sind gewagte Gedanken, sie könnten aber möglicherweise wichtige Freiräume für die ureigene pädagogische Arbeit schaffen.

Ein gutes Bildungssystem braucht besseres Schnittstellenmanagement

Unser Bildungssystem ist voll von Schnittstellen zwischen verschiedenen Schul- und Bildungseinrichtungen. Diese sind unvermeidbar, nicht immer unproblematisch und daher, deren Gestaltung, für ein gutes Bildungssystem unerlässlich.

Eltern, die auf Lehrer Druck ausüben, um ihrem Kind einen Eintritt ins Gymnasium zu ermöglichen, oder Schüler, die ein Jahr an der HAK

oder HTL verbringen, um dann mit Erfüllung der Schulpflicht im 9. Jahr die Schule abzubrechen, sind in der Praxis keine Seltenheit. Aber auch Universitäten und Arbeitgeber beklagen die Unvergleichbarkeit und geringe Aussagekraft von Zeugnissen. Die dahinterliegenden Probleme sind sehr unterschiedlicher Natur und gerade deswegen lohnt sich eine nähere Auseinandersetzung mit ihnen.

Es stellt sich vor allem die Frage, inwiefern das Bildungssystem direkt oder indirekt Probleme schafft.

Beim verpflichtenden Kindergartenjahr und dem Eintritt in die Volksschule sind vor allem die Sprachkenntnisse ein kritischer Faktor, der wohl nur über entsprechende Förderung angegangen werden kann.

Anders sieht die Sache beim Übertritt von der Volksschule in die Unterstufe, aber auch von der Oberstufe an eine Hochschule aus. Da geht es vor allem um Bildungsstandards, Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Durchlässigkeit, aber auch um die Frage, ob die abgebende oder aufnehmende Einrichtung die Aufnahmekriterien festlegen bzw. beeinflussen kann. Das ist meiner Ansicht nach eine wesentliche Frage, die in den oberflächlichen Bildungsdebatten der letzten Jahre kaum diskutiert wurde.

Die Schnittstelle von Sekundarstufe I zu II, also der Übergang von den diversen Unterstufenformen zu den weiterführenden Schulen, bietet vielfältige Problemquellen. Beginnend bei der neunjährigen Schulpflicht, über fehlende Abschlüsse und Zeugnisse und Kapazitätsprobleme bei den höheren Schulen gibt es hier eine Menge an Verbesserungspotenzial.

Hier könnte vor allem ein Paradigmenwechsel von der Schulpflicht hin zu Bildungspflicht ein Ansatz sein – also das Erreichen gewisser Bildungsstandards oder das Ablegen einer (mittleren) Reifeprüfung, die das Ende der Bildungspflicht bedeutet. Etwas gewagter wäre vielleicht die Idee, überhaupt über eine Änderung der Bildungsarchitektur der Unterstufe nachzudenken und eine fünfjährige Unterstufenform einzuführen.

Daraus lässt sich ableiten, dass gerade in Kombination mit einem vielfältigen, differenzierten Schulangebot gute Standards und ein durchdachtes Schnittstellenmanagement enorm an Bedeutung gewinnen. Die Kombination der verschiedenen Faktoren wird maßgeblich für die Qualität des Bildungssystems sein.

Bessere Bildungspolitik denkt vor und macht Nägel mit Köpfen

Fazit: Der Österreichischen Volkspartei stünde es gut an, sich wieder mit Ideen und Reformvorschlägen aktiv in der Bildungspolitik einzubringen.

Viele der angerissenen Ideen bedürfen keiner großen Systemreform und könnten rasch umgesetzt werden. Eingebettet in ein Gesamtkonzept wären sie ein wichtiger Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung und Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft und damit den Zukunftschancen künftiger Generationen. Wir müssen nur anpacken und sie umsetzen.

Freiheit?

Die ÖVP muss Antworten auf die drohende Verbotsgesellschaft geben – eine liberale Kritik in Freundschaft

Aurelius Freytag

Ob der Volkspartei wohlgesinnt oder nicht: Wem Freiheit ein zentraler Wert ist, den wird ihr Wiener Grundsatzprogramm, wo es sich mit Freiheit befasst, nicht enttäuschen: „Die Menschen können ihre Lebensziele innerhalb der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung nur in Freiheit verwirklichen. (...) Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen vor Eingriffen des Staates. (...) Wir treten gegen jede staatliche Bevormundung und unnötige Kontrolle auf. (...) Wir gehen von einer Gesellschaftsordnung aus, die dem Einzelnen die bestmögliche Entfaltung ermöglicht (...).“ Eine ausschließlich liberal positionierte Partei kann Freiheit nicht entschiedener fordern. Schwer zu glauben, dass der aktuelle Generalsekretär der Partei eines solchen Parteiprogramms in seiner (nur fünf Jahre alten) Diplomarbeit schreibt, der Liberalismus bringe „Ignoranz (...) dem Wesen des Menschen entgegen“, denn in ihm sei, wie Karl von Vogelsang „treffend“ beschreibe, „das göttliche Gesetz, die allwaltende Richtschnur, verloren gegangen.“ Folgt also dem Blick auf die Praxis die Enttäuschung? Ist der sich mit göttlichem Gesetz verwechselnde Antiliberalismus des Marktwirtschaftsgegners Karl von Vogelsang weiterhin Richtschnur in der Volkspartei?

Wider den Paternalismus

Was aber will liberales Denken? Heute oft, aber nicht überall „weniger Staat“; sicherlich nicht von Anfang an weniger Staat an sich, aber einen wesentlich anderen Staat als zuvor. Liberalismus ist nicht Anarchismus. Die Entwicklung des Liberalismus als mächtiger politischer Strömung ab dem späten 18. Jahrhundert verlangte nach gegenüber dem Absolutismus sowohl reduzierter als auch weiterentwickelter Staatlichkeit. Eines seiner Kernelemente ist Freiheit durch den Staat;

weder anstatt des Staates noch durch nichtstaatliche Organisationen. Seine erste zentrale Forderung war die nach einer Verfassung, also nach einem genuin staatlichen Instrument. Die Forderung ist nicht Freiheit statt Staat, sondern Freiheit statt Paternalismus, Freiheit statt willkürlicher Herrschaft und Gewaltausübung. Der Liberalismus verlangt nicht das Ende aller staatlichen Macht, sondern die rationale Rechtfertigung aller obrigkeitlichen Gewalt, die sich im Angesicht des Gebots diskursiver rationaler Rechtfertigung nicht mehr auf Tradition, Verleihung, Gnade oder göttliches Gesetz berufen darf. Und aus dem Gebot der rationalen Rechtfertigung folgen ein Gebot der obrigkeitlichen Selbstbeschränkung sowie das Verbot, dass obrigkeitliche Gewalt die Freiheit des Einzelnen nicht einschränken darf, wo diese die Freiheit anderer nicht begrenzt oder ernsthaft gefährdet. Dieses Verbot richtet sich allerdings auch und ganz wesentlich gegen staatlichen Paternalismus und jede andere illegitime staatliche oder parastaatliche Gewalt und Herrschaft. Die Freiheit von obrigkeitlichen Eingriffen ist beständig bedroht; gerade auch im modernen Wohlfahrtsstaat mit technisch umfassenden Möglichkeiten der Informationsgewinnung und -verarbeitung und auch angesichts wohlmeinender, links-bürgerlich paternalistischer Forderungen vom Veggieday der deutschen Grünen bis zur dänischen Fettsteuer.

Kritik in Freundschaft

Mein Blick vom Programm der Volkspartei auf deren aktuelle Praxis in Sachen der Freiheit ist, wie ich hier ausführen werde, ein mehrfach enttäuschter. Diese auf die Volkspartei gerichtete Kritik bedeutet nicht, dass es in der Volkspartei um die Sache der Freiheit auffällig übler als bei anderen österreichischen Parlamentsparteien stünde. Deutlich mehr bedroht ist diese von einer Partei, welche den Begriff kurioserweise trotzdem in ihrem Namen führt. Die an Paranoia grenzende Trübung der politischen Wahrnehmung, mit der Sozialdemokraten einen in Österreich angeblich grassierenden Neoliberalismus verfolgen, beweist fundamentale Missverständnisse über das Wesen und den Wert der Freiheit. Aus der Perspektive der Freiheit nicht minder bedenklich ist, dass der aktuelle Parteivorsitzende der SPÖ und Bundeskanzler als quasi staatssozialistisches Ziel der Politik defi-

niert, „dass man miteinander wieder etwas verdient, was man auch verteilen kann“. Der Paternalismus bei den Grünen mag sich schicker gewandt, oft Sympathisches wollen und andere Lebensbereiche als der konservative Obrigkeitsstaat erfassen, aber das bei in Summe festerem Griff auf die Gesellschaft als während einer Regierung der Volkspartei.

Doch eine ernsthafte Rüge von Teilen der Volkspartei ist notwendig; in der Hoffnung auf Reform und bessere Entwicklung. Damit stehe ich nicht allein da. Ein wesentlicher und politisch besonders begabter Teil derjenigen, welche die Volkspartei von innen reformieren wollten, hat sich inzwischen entweder in die private Karriere abgespalten oder bildet den Kern einer Konkurrenzpartei. Die oben zitierten Sätze des Grundsatzprogramms der Volkspartei würden sie wohl alle noch immer unterstützen. Doch wurde ihre Hoffnung auf ein Aggiornamento der Volkspartei tief und nachvollziehbar enttäuscht. Andere Reformwillige könnten die Partei modernisieren oder drohen ihr auch verloren zu gehen, wenn man sie nicht lässt. Ohne ernsthafte Selbstkritik wird die Volkspartei ihren reformbereiten Flügel zur Gänze verlieren und immer weniger Volkspartei, sondern bloß noch konservative Splitterpartei sein.

Ständische Platzhirsche

Die politische Strömung des Liberalismus ist historisch komplex und mannigfaltig. Sie ist in ihrer Mannigfaltigkeit auch nur in Teilen kommensurabel. Stark vereinfacht wendet der Liberalismus sich geschichtlich aber letztlich gegen zwei Gegner, gegen den bevorzughenden Polizeistaat und gegen die feudale und korporatistische Gesellschaft. Und er ist auf die Durchsetzung von zwei Zielen zur Überwindung dieser Gegner gerichtet: auf die Herbeiführung der Staatsbürger- und der Marktgesellschaft, zweifellos also anderes, als zum Beispiel die in großen Teilen überholten Enzykliken *Rerum Novarum* und *Quadragesimo Anno* verlangen. Es ist eine falsche Engführung, den Liberalismus auf seine wirtschaftsliberalen Wurzeln zu reduzieren. Aber nicht minder falsch wäre es, diese auszuklammern und den Liberalismus auf sein verfassungsrechtliches Programm zu

beschränken. Die Durchsetzung der Marktgesellschaft ist ein wesentlicher Teil der liberalen Ideen zur Überwindung paternalistischer Bevormundung und der Schranken einer stratifizierten Gesellschaft.

Für lange Jahre blieb die Zweite Republik ein demokratischer und korporatistischer Ständestaat. Unter Josef Klaus und, noch mehr, Bruno Kreisky wurde die Gesellschaft sozial etwas mobiler. Wirtschaftspolitik bedeutete aber weiterhin, durchaus im Konsens zwischen den Großparteien, eher Schutz vor Wettbewerb denn Schutz des Wettbewerbs. Rohstoffgewinnung, Grundstoffindustrie und Energieerzeugung waren verstaatlicht; ebenso wesentliche Teile der Kreditwirtschaft. Elektronische Medien, Telekommunikation, Post und Bahn waren Gegenstand staatlicher Monopole unter vielen anderen – wie zum Beispiel auch Tabakwaren und deren Vertrieb. Die Preise für eine Reihe von Lebensmitteln waren unter Konsultation der Sozialpartner gesetzlich festgesetzt u. v. m. Man muss sich das in Erinnerung rufen, um anzuerkennen, wie weit wir in den letzten Jahren, letztlich auch durch die früheren Großparteien, vorangekommen sind – vor allem unter dem Druck der Anpassung an die EU, die verhindert, dass wir in alte marktferne Zeiten wieder zurückfallen.

Die Gewerbeordnung und andere Berufsordnungen in Verbindung mit dem System beruflicher Selbstverwaltung durch Kammern mit Pflichtmitgliedschaft wirken aber weiterhin als Innovationsbremse, worin Platzhirschentum und Mittelmaß Kreativität behindern. Die Regierung, wie sich aus dem aktuellen Regierungsprogramm ergibt, und ebenso die Länder, wie deren Deregulierungs-Länderpaket 2011 zeigt, sind sich durchaus dessen bewusst, dass die Gewerbeordnung an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Der Weg zum Werk scheint aber noch ein langer zu sein, und der Entrümpelung der Gewerbeordnung wird erheblicher Widerstand der einschlägigen Innungen und Fachgruppen entgegengesetzt. Das führt dazu, dass der Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung des Grundrechts auf Erwerbsfreiheit immer wieder Regelungen der Gewerbeordnung aufheben muss, die unter dem Vorwand des Kundenschutzes tatsächlich dem Konkurrenzschutz bestehender Unternehmen dienen. Entfesselung der Wirtschaft sieht zweifelsohne

anders aus. Man konstatiert dies auch an anderen Beispielen geplanter Maßnahmen, wie der massiven Einschränkung des Gewinnfreibetrags und der Anhebung des Mindeststammkapitals für GmbHs zwecks Generierung von Körperschaftsteuereinnahmen.

Bürgerrechte und Datenkraken

Zur eminenten Gefahr für bürgerliche Freiheiten werden zunehmend öffentliche und private Datensammlungen. Indem Bürger selbst immer mehr Daten in öffentliche und private Datensammlungen einspeichern oder durch deren Übermittlung solchen Datensammlungen zugänglich machen, durch verschiedene Instrumente der Überwachung, seien es spezifisch polizeiliche oder strafprozessuale Ermittlungsinstrumente, seien es die sich rasch verbreitenden öffentlichen Überwachungskameras, und durch die Vernetzung von Datenbanken wird ein immer größerer Teil des öffentlichen und privaten Lebens der Bürger erfasst und aufbewahrt. Und diese Daten werden für kaum kontrollierbare Zwecke genutzt. Durch hoch entwickelte Software wie Gesichtserkennung, Spracherkennung oder die automatisierte Analyse von Kommunikationsinhalten und -strukturen können die gespeicherten, inzwischen enormen Datenvolumina immer rascher und effizienter nach den Spuren individueller Bürger durchsucht werden.

Mit dem Maß der öffentlichen Datenerfassung der Bürger steigen die Gefahren des Paternalismus in der Politik, wobei die notwendige Kontrolle der Behörden durch das Amtsgeheimnis erheblich behindert wird. Es gibt erhebliche Defizite im Schutz des Einzelnen hinsichtlich der staatlichen und privaten Erhebung und Verwendung persönlicher Daten. Erfreulich ist, dass nach dem Regierungsprogramm 2013 bis 2018 das Amtsgeheimnis in seiner derzeitigen Form beseitigt und ein neuer Auskunftspflichtanspruch geschaffen werden soll, der nicht mehr unter einem formellen, sondern einem materiellen Gesetzesvorbehalt steht. Das heißt, dass mögliche Einschränkungen bereits inhaltlich verfassungsrechtlich zu bestimmen sind. Ebenso erfreulich ist, dass die Persönlichkeitsrechte von durch strafrechtliche Ermittlungen betroffenen Personen besser gewahrt werden sollen.

Wegen des neuen, zu Recht hoch angesehenen, von der Volkspartei nominierten Justizministers, dem Grundrechtsschutz in behördlichen Verfahren und daraus folgende Beweismittelverwertungsverbote ein ernstes und kompetent vertretenes Anliegen sind, darf man auf eine angemessene Umsetzung hoffen. Wenn man den neuen Justizminister lässt.

Paternalismus statt Toleranz

Die zentrale Forderung des klassischen Liberalismus ist nicht Freiheit statt Staat, sondern Freiheit statt Paternalismus, wie schon oben gesagt. Denn, nach den Worten Thomas Jeffersons, „[I]t does me no injury for my neighbour to say there are twenty gods, or no god. It neither picks my pocket nor breaks my leg.“ 232 Jahre nach Erscheinen dieser klassischen Begründung der Toleranz bleibt sie angefochten. Nach zähem Widerstand der Volkspartei wurde im Dezember 2009 das Eingetragene Partnerschaft-Gesetz zur Ermöglichung weitgehend eheähnlicher gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beschlossen.

Damit in Zusammenhang wurde das Personenstandsgesetz geändert, und zwar nach dem Willen der ÖVP derart, dass Wertungsunterschieden zwischen Ehe und Eingetragener Partnerschaft staatlich sanktioniert Ausdruck verliehen werden sollte. Während nämlich für die staatliche Ehevertrauung angeordnet ist, dass sie durch mündliches Eheversprechen „in einer Form und an einem Ort“ vorgenommen werden kann, „die der Bedeutung der Ehe entsprechen“, wurde für die Eingetragene Partnerschaft bestimmt, dass in Anwesenheit der Partnerschaftswerber in den Amtsräumen der Bezirksverwaltungsbehörde eine Niederschrift aufzunehmen ist. Jeder feierliche Ton sollte in den einschlägigen gesetzlichen Regelungen offenbar vermieden werden. Die Zeremonie, die das Personenstandsgesetz anders als die Eheschließung nicht bedeutend nannte, blieb außerhalb der Bezirksverwaltungsbehörde verboten (auch wenn diese Anordnung zum Beispiel vom Magistrat der Stadt Wien ignoriert wurde).

Michael Spindelegger begründete die Ungleichbehandlung so: „Und es ist ja so, dass am Standesamt zur schönen Jahreszeit besonders gerne geheiratet wird – das führt automatisch zum Kontakt zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren. Ob das so gut ist, sei dahingestellt.“ Der Staat solle also den „Kontakt zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren“ verhindern. Mit welcher Begründung? Zu wessen Vorteil? Man will es besser gar nicht wissen. Man gönnt sich halt noch kleine Gemeinheiten aus dem Hinterhalt, schaltet das Gehirn aus und rümpft die Nase.

Selbstverständlich kam es, wie es hatte kommen müssen. Der Verfassungsgerichtshof hob die diskriminierende Regelung, welche Zeremonien zur Begründung Eingetragener Partnerschaften in die Räume der Bezirksverwaltungsbehörden verbannte, ohne Übergangsfrist auf.

Niemand hat von der Volkspartei erwartet, dass sie bei der Öffnung der staatlichen Ehe für homosexuelle Partnerschaften oder der rechtlichen Institutionalisierung einer eigenen Form homosexueller Partnerschaften vorpreschen wird. Gelassenes Zulassen hätte gereicht. Das ist das eine. Das andere aber ist ein tiefgreifendes Missverständnis darüber, wozu der Staat seine obrigkeitlichen Mittel gebrauchen darf. Nämlich nicht zur privaten Gängelung von Menschen, die niemandem ein Leid antun, keinem, wie Jefferson vor einem Vierteljahrtausend sagte, ein Bein brechen oder die Geldbörse aus der Tasche ziehen.

Wer zum Zweck der Durchsetzung eigener Vorurteile und privater Vorlieben nicht davor zurückschreckt, paternalistisch mit staatlicher Macht selbst noch ins Privat- oder Familienleben einzudringen, der wird auch nicht erfolgreich gegen andere paternalistische Zugriffe redlich und erfolgreich eintreten können. Denn ihm fehlt ein rationales Kriterium für die Unterscheidung, wofür obrigkeitliche Gewalt eingesetzt werden darf und wofür nicht, oder er ist diesbezüglich unglaubwürdig oder unredlich. Wie sollte man jedoch bei Fehlen eines solchen glaubwürdigen Unterscheidungskriteriums noch zurückweisen, wenn Eva Glawischnig laut darüber nachdenkt, ob man nicht

besser Kaugummiautomaten auf den Straßen verbieten sollte, oder Astrid Rössler in Salzburg die Entsorgung von Lebensmitteln untersagen und auf die Einhaltung des Verbots den Müll von Supermärkten durchsuchen will?

Status statt Bildung

In einem Aufsatz aus dem Jahr 1928 erkannte der große amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey in der Schul- und Bildungspolitik den Lackmустest für die Liberalität einer Gesellschaft. „Ich werde erst dann glauben, dass uns mehr an Freiheit liegt als daran, unsere eigenen Überzeugungen anderen aufzuzwingen, um sie unserem Willen zu unterwerfen“, schrieb Dewey, „wenn ich sehe, dass die Hauptabsicht unserer Schulen (...) darin besteht, die Fähigkeiten zu unnachgiebiger und kritischer Beobachtung und Beurteilung zu entwickeln.“ Bildungsinhalte sind so das eine.

Das andere und wohl noch wichtigere Thema ist die Frage der Vergemeinschaftungen oder Trennungen im Bildungssystem. Der amerikanische Philosoph Michael Walzer konstatierte vor inzwischen mehr als 30 Jahren, dass diese Frage die meistumstrittene im Bildungsreich ist.

Die vom Liberalismus geforderte Staatsbürger- und Marktgesellschaft verlangt gleiche Chancen für alle, nicht gleichen Status und auch nicht die Verwirklichung der gewährten Chancen für alle. Dem Bildungssystem kommt dabei eine zentrale Funktion zu: Wenn Bürgern schon in der Jugend keine gleichen Chancen gewährt werden, dann ist die Staatsbürgergesellschaft an ihrem Stamm amputiert. Der Liberalismus kann daher auch nicht akzeptieren, wenn ein Bildungssystem wesentlich dazu dient, den Status der Elterngeneration an die Kindergeneration weiterzugeben.

Lösungen sind nicht einfach. Klar ist, dass das jetzige statusreproduzierende System der Trennung in Gymnasien und Mittelschulen Aufgaben des Bildungssystems nicht adäquat löst. Ein besseres System als das heutige muss wohl dahin gehen, das Zweiklassenschulsystem

aufzuheben, Schulen zu fördern, die sich besser und individueller besonderer Begabungen und spezifischen Nachholbedarfs annehmen, und insgesamt mehr Autonomie von Schulen bei gleichzeitiger Durchlässigkeit zwischen Schulsystemen zuzulassen. Das ist nicht leicht, aber man muss sich jedenfalls das Ziel der Gewährung gleicher Chancen vor Augen halten. Mit Dewey wünsche ich mir nicht nur die Vermittlung der Fähigkeit zur kritischen Beobachtung und Beurteilung in den Schulen, sondern auch der Schulen – anstelle von Denkverboten.

Technokratie im Küchenkabinett

Trotz vielerlei Gefährdungen der gegen Eingriffe des Staates schützenden negativen Freiheit, von denen ein kleiner Ausschnitt weiter oben beschrieben wurde, ist die Gefährdung der Sicherheit des privaten Genusses nicht das Signum des Anfangs des dritten Jahrtausends. Die vielleicht größere Gefahr besteht in einem Verfall der öffentlichen politischen Sphäre. Erfolgreiche Politik ist heute vielfach technokratisches Management öffentlicher Aufgaben bei eingeschränkter öffentlicher Diskussion. Dieses Fehlen öffentlicher Diskussion ist aber nicht bloß ein von den politischen Repräsentanten verschuldeter Mangel, es ist auch eine Folge der Bequemlichkeit und des Versagens der Bürgerinnen und Bürger.

Es entspricht wohl der Logik des Systems der Regierungstechnokratie, dass die wesentlichen Entscheidungsvorgänge immer mehr in intransparenten Küchenkabinetten der jeweiligen Regierungschefs und zentralen Regierungsmitglieder getroffen werden. Der Zustand der jetzigen ÖVP-Bundesführung, die sich aus einem personellen Reservoir speist, das wohl noch nie so ideologisch und von der Herkunft vergleichbar eng war, ist symptomatisch.

Die Volkspartei ist hier Symptom einer breiteren Krise. Liberales Denken fordert weiterhin vielfach weniger Staat; etwa angesichts eines statussichernden Sozialstaates, der hypertroph die Probleme der 1960er-Jahre mit den Methoden der 1970er-Jahre löst, aber Mittel der Wirtschaft aufzehrt, die Bildung verkommen lässt und vor neuen

Problemen wie der Pflegebedürftigkeit im Alter kapituliert; oder angesichts der Bedrohung des Privatlebens der Bürger durch öffentliche Datensammlung; oder angesichts vielfacher Tendenzen zu einem wohlmeinenden Paternalismus nach dem skandinavischen Modell der 1970er-Jahre. Liberales Denken verlangt aber auch eine demokratische Rückgewinnung der Öffentlichkeit und Republik, insofern mehr staatliches Engagement der Bürger angesichts einer tiefgreifenden gouvernementalen Krise in Europa und den USA am Beginn des dritten Jahrtausends; also weniger staatliche Obrigkeit und an dessen Stelle einen modernen Staat, in dem die Bürger Regierungsfähigkeit zurückerlangen.

Ihre Antworten auf die drohende Verbotsgesellschaft muss die Volkspartei in vielen Bereichen noch entwickeln. Es täte ihr gut, diesbezüglich auf ihre liberale Tradition, die sich im Wiener Grundsatzprogramm deutlich niederschlägt, und nicht nur auf ihre konservative Tradition zurückzugreifen, sich auf dieser historischen Basis den Fragen unserer Zeit und Zukunft zu stellen und ihre innerparteiliche Diskussionskultur zu fördern.

Die Langfassung dieses Beitrages finden Sie auf www.jrs.at.

Literatur

Blümel, G. (2009):

Der Personenbegriff in der Christlichen Soziallehre und -philosophie unter der besonderen Berücksichtigung von Vogelsang, Lugmayer und Messner.

Wien: Universität Wien

Ryan, A. (2012):

On Politics. A History of Political Thought from Herodotus to the Present.

London: Liveright Publishing Corporation

Die Presse (11.01.2014):

Faymann: „Die SPÖ hat manche vernachlässigt“.

Online: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1544560/Faymann_Die-SPO-hat-manche-vernachlaessigt [16.01.2014]

Nipperdey, T. (1983):

Deutsche Geschichte 1800 – 1866. Bürgerwelt und starker Staat.

München: C.H. Beck Verlag

Wehler, H. U. (1987):

Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815 – 1845/49.

München: C.H. Beck Verlag

Österreichische Bundesregierung:

Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre

2013 bis 2018.

Online: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=53264> [16.01.2014]

Österreichischer Verfassungsgerichtshof (2013):

Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 27.11.

AZ G 49/2013-7.

Online: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT_20131127_13G00049_00/JFT_20131127_13G00049_00.pdf [16.01.2014]

Jefferson, T. (1785):

Notes on the State of Virginia, Query XVII.

anonymously published

Österreichischer Verfassungsgerichtshof (2013):

Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 19.6. AZ G 18, 19/2013-8.

Online: http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site2/attachments/5/4/1/CH0006/CMS1378799228981/ep_ort_g_18-19-2013.pdf
[16.01.2014]

Die Presse (30.04.2008):

Spindelegger: Josef Pröll ist eine geniale Figur.

Online: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/380504/print.do> [16.01.2014]

Profil (19.08.2013):

Eva Glawischnig: Verkürzen wir den Zivildienst auf 6 Monate.

Online: <http://www.profil.at/articles/1333/576/364372/evaglawischnig-verkuerzen-zivildienst-monate> [16.01.2014]

Salzburger Nachrichten (25.07.2013):

Rössler: Keine Lebensmittel im Müll der Märkte.

Online: <http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/politik/sn/artikel/roessler-keine-lebensmittel-im-muell-der-maerkte-68047/>
[16.01.2014]

Dewey, J. (2003):

Philosophien der Freiheit.

In: Dewey, J.: Philosophie und Zivilisation.
Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Brauchen wir noch Teilorganisationen?

Überlegungen zum Primat der Gesamtpartei

Dietmar Halper

Die Diskussion über Sinn oder Unsinn unserer Teilorganisationen ist so alt wie die ÖVP. Mein mehrfach geäußertes Bekenntnis zu unseren Teilorganisationen ist dokumentiert. Für mich gehören sie zur politischen DNA der Volkspartei. Durch die sechs Teilorganisationen ist die ÖVP schon nach ihrem Bauplan als Integrationspartei aufgestellt und definiert sich ganz automatisch über den Ausgleich der Interessen. Und wenn eine Partei ihre politischen Inhalte in so breitem Konsens erarbeitet, sind diese Inhalte am Ende auch tauglich und gut für ein breites Spektrum unserer Gesellschaft. So viel zur Idealvorstellung, wie wir als ÖVP Politik machen.

Gerade weil ich diese Meinung vertrete, nehme ich mir das Recht heraus, einmal laut darüber nachzudenken, ob nicht der Sinn unserer Teilorganisationen in der Partei inzwischen zum Selbstzweck verkommen ist. Wenn das so ist, ist zumindest auf diesem Papier die Legitimationsfrage zu stellen.

Eigene Interessen

Ich erlebe bei Gesprächen zu diesem Thema seit Jahren ein spannendes Phänomen: Der Nutzen der Teilorganisationen für die Gesamtpartei wird kritischer gesehen, je näher an der berühmten „Parteibasis“ die Gesprächspartner angesiedelt sind. Bürgermeister ohne besondere Nähe zu einer Teilorganisation, Gemeinderäte, Parteimitglieder ohne politische Funktion oder reine Sympathisanten beantworten diese Frage oft mit einem klaren Nein. Je mehr man in den Teilorganisationen selber diskutiert oder je mehr die Parteimitglieder – durch ein Mandat oder als angestellte Mitarbeiter – ein Einkommen aus der oder durch die Partei haben, desto klarer wird die Frage mit „Ja“ beantwortet. Warum?

Weil vom Blickwinkel der Kritiker aus gesehen die Teilorganisationen öffentlich meist nur dann in Erscheinung treten, wenn es darum geht, sich von der Gesamtpartei zu emanzipieren oder seine eigenen Interessen durchzusetzen. Damit werden die Teilorganisationen als Schadenverursacher wahrgenommen, die sich nicht so verhalten, wie es ihre Zuschreibung im Bundesparteiorganisationsstatut der ÖVP fordert: Im § 6 heißt es dort unmissverständlich: „Die Teilorganisationen haben den Vorrang der Gesamtpartei zu wahren und für die Ziele der ÖVP einzutreten.“ Es gilt also das Primat der Gesamtpartei. Dieses Primat ist oft nicht mehr sichtbar. Mir ist klar, dass die Zentrifugalkräfte in einer vielschichtig aufgebauten Organisation wie der ÖVP sich verstärken, wenn die Umfragewerte für die Bundespartei sinken. Aber diese Zentrifugalkräfte werden nicht dazu führen, dass die Teilorganisationen stärker werden, sondern sie schwächen die Partei insgesamt und damit alle ihre Teile und Gliederungen.

Eigenbild der Teilorganisationen umstellen

Derzeit sehen es Teilorganisationen zu oft als ihre Aufgabe, die politischen Interessen ihrer Zielgruppen in der Partei durchzusetzen. Das heißt, die Teilorganisationen bündeln den Großteil ihrer Energie, um nach innen zu wirken. Es geht um die Durchsetzung von Personal, um das Abschleifen von Gesetzesentwürfen, um das Verhindern missliebiger Regelungen oder das Erreichen von Vorteilen – oft im Innenverhältnis. Das alles sind durchaus legitime politische Interessen und Ziele, die zum Handwerk der Politik gehören. Aber wir dürfen die Teilorganisationen nicht auf dieses Wirken nach innen beschränken.

Ich höre schon den Aufschrei der Landesgeschäftsführer der Teilorganisationen. Sie sagen: „Das stimmt gar nicht! Wir sind Tag und Nacht bei ‚unseren‘ Menschen. Wer wenn nicht wir kümmert sich um die Mitglieder der Partei? Immerhin sind 95 Prozent aller ÖVP-Mitglieder vorrangig Mitglied bei einer Teilorganisation!“ Das ist auch richtig und die zweite Seite der Medaille. Das ist die Sicht all derer, die den Nutzen der Teilorganisationen positiv bewerten. Und dieser Nutzen ist zweifellos vorhanden: die Verbindung zu Zielgruppen und

Mitgliedern sowie die Interessenvertretung in verschiedenen Bereichen. Bei einigen Teilorganisationen und in einigen ihrer Teile ist das stärker entwickelt, in anderen Teilen schwächer.

Strahlkraft nach außen

Ich wünsche mir hier, die Energie weniger nach innen zu investieren und mehr auf die Sichtbarkeit nach außen zu setzen. Die Legitimationsfrage der Teilorganisationen stellt sich dort besonders, wo sie im politischen Leben außerhalb der eigenen Partei nicht mehr aufscheinen. Die Teilorganisationen müssen eine Vision, ein Leitbild entwickeln und Strahlkraft nach außen. Das kann man erreichen, indem man versucht, sich auf Kosten anderer Teile der Partei zu profilieren. Oder man kann versuchen, neue Wege in der eigenen Teilorganisation zu gehen und unbequeme Fragen zu stellen, wie „Welche große politische Perspektive haben wir in den letzten zehn Jahren entwickelt?“, „Braucht es unsere Teilorganisation noch oder sind wir Selbstzweck geworden?“ oder „Wie viel politische Kraft haben wir in die Besetzung von Funktionen gesteckt und wie viel in politische Initiativen?“. Und hier gibt es für jede Teilorganisation ein großes Betätigungsfeld. Aus verschiedenen Gesprächen ein Auszug der Ideen: Der Bauernbund könnte sich fragen, warum er sich nur auf agrarische Themen konzentriert und nicht die „Teilorganisation für den ländlichen Raum“ wird. Der ÖAAB könnte sich die Frage beantworten, was er sein will, Ast der christlichen Gewerkschafter, Sammelplatz für alle leistungsbereiten und eigenverantwortlichen Dienstnehmer, die ihr Leben partnerschaftlich mit ihren „Chefs“ organisieren, oder Becken für alle, die sonst keinen Platz in der ÖVP haben? Die Junge ÖVP könnte sich fragen, warum sich noch niemand um die Generation 14+ kümmert: Die Schülerinnen und Schüler, die bei der nächsten Nationalratswahl bereits wahlberechtigt sein werden. Der Wirtschaftsbund könnte sich fragen, ob ein modernes Wirtschaftsverständnis nicht Unternehmer, Freiberufler, Landwirtschaft und Arbeitnehmer in Summe umfasst. Der Seniorenbund könnte sich fragen, was er für die Menschen in der Generation 50+ tut, und die Frauenbewegung könnte intensiv über einen Tausch diskutieren:

tausche Teilorganisation gegen Quote. Wäre es nicht wichtiger für Frauenanliegen, wenn Frauen in alle Teile der Partei, in alle Teilorganisationen eingebunden wären, mit einer Mindestquote 1:2. Dann bräuchte es auch keine Frauenbewegung im jetzigen Sinn mehr.

Keine ÖVP ohne Teilorganisationen

Die Frage „Brauchen wir noch Teilorganisationen?“ stellt sich für mich insofern nicht, als man auch nicht die Frage stellen kann: „Brauchen wir in Österreich noch Bundesländer?“ Denn die Beantwortung dieser Frage mit „Nein“ würde als Konsequenz die Errichtung eines quasi neuen Staates bedeuten. Das wäre die Abkehr vom föderalen Prinzip in unserer Bundes-Verfassung, eine verpflichtende Volksabstimmung unter allen wahlberechtigten Staatsbürgern über diese Frage wäre die Folge.

Also: Wir brauchen die Teilorganisationen, denn ohne sie ist die Österreichische Volkspartei nicht zu denken. Aber über Kompetenzen, Rechte, Pflichten, Aufgaben und Zielsetzungen der Teilorganisationen kann diskutiert werden.

Literatur

Der Standard (15.09.2011):

„Wir sind nicht die Democrazia Cristiana“

Online: <http://derstandard.at/1315006479514/OeVP-Wir-sind-nicht-die-Democrazia-Cristiana> [26.01.2014]

Mehr sozialer Aufstieg statt noch mehr Umverteilung

Materielle Ergebnisgleichheit erzeugt keine Gerechtigkeit.

ÖVP steht für mehr Chancengerechtigkeit.

Peter Haubner

Je gleicher die Gesellschaft, desto glücklicher die Menschen, hat SPÖ-Programmkoordinator Karl Blecha formuliert. Damit hat er nur das alte sozialistische Credo auf den Punkt gebracht: Gleichheit ist der Weg zu einer guten, gerechten und daher glücklichen Gesellschaft. Je mehr materielle Gleichheit es in der Gesellschaft gibt, desto besser für alle. Dieser Grundsatz der (Neid-)Genossenschaft ist leider kein ideologisches Einzelproblem von gestern. Er genießt auch heute über die Grenzen der politischen Linken hinaus Sympathien.

Gleichheitsgefühle

Friedrich Breyer und Wolfgang Buchholz haben in ihrem Buch „Ökonomie des Sozialstaats“ aufgearbeitet, warum das so ist. Ihren Erkenntnissen nach herrscht in unserer Gesellschaft auf der gefühlsmäßigen Ebene und bei vordergründiger Betrachtung die Sichtweise vor, dass „Gleichheit“ etwas prinzipiell Gutes sei. Auch Ökonomen wünschten sich ja eine „gerechte“ Gesellschaft, in der ökonomische Ungleichheiten nicht allzu groß seien. Hinter dem Gleichheitsziel stehen jedoch ethisch-moralische Motive, die vielfach allerdings ziemlich unreflektiert bleiben, konstatieren die Wissenschaftler. Weiters dominiere die Meinung einer „natürlichen Gleichheit der Menschen“. Die Gleichheit vor dem Gesetz sei ohnehin allgemein akzeptiert. Vor diesem Hintergrund erscheine das Anstreben von Gleichheit im ökonomischen Bereich nur konsequent. Mit der Gleichheit werde auch die Erwartung verbunden, dass sie positive Wesenszüge der Menschen begünstige, während Ungleichheit Neid oder Entsolidarisierung fördere.

Gleich ist nicht gerecht

Stimmt es wirklich, dass eine materiell möglichst gleiche Gesellschaft eine gerechtere Gesellschaft ist? Keineswegs, denn zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit gibt es vielfältige Zielkonflikte, wie die Wissenschaftler aufzeigen:

- ▶ So gelten Menschen prinzipiell als ungleich, da sie unterschiedliche Fähigkeiten und Präferenzen haben. „Die Umverteilungspolitik läuft Gefahr, alles über einen Kamm zu scheren und gerade damit Ungerechtigkeiten zu schaffen. Ungleiches gleich zu behandeln ist ungerecht. Wenn ein Individuum ein höheres Vermögen hat, weil es in den vorangegangenen Perioden fleißiger, sparsamer oder wagemutiger war, scheint es unfair, gerade ihm etwas wegzunehmen, um etwa dem Verschwender oder dem Bequemen ein besseres Leben zu ermöglichen“, so Breyer und Buchholz.
- ▶ Dazu komme, dass Situationen und Handlungen, die zu Ungleichheit führen, von den Individuen gemäß ihrer Präferenzen selbst gewählt sind. Dies gilt sowohl für den Arbeitseinsatz als auch für das Risikoverhalten für unternehmerische Investitionsprojekte.
- ▶ Als drittes Gegenargument führen Friedrich Breyer und Wolfgang Buchholz an, dass der Marktprozess zwar zu ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilungen führt, die Aneignung materieller Güter aber auf einem Tausch von Eigentumsrechten und damit auf einem fairen Prozess beruht.

Programmierte Fehlentwicklungen

Wir sehen: Mehr Gleichheit heißt nicht automatisch mehr Gerechtigkeit. Es gibt viele Gründe, das politische Paradigma der materiellen Ergebnisgleichheit infrage zu stellen. In der politischen Praxis zeigt sich immer wieder: Überall dort, wo im Namen der Gerechtigkeit Gleichmacherei betrieben wird, sind Fehlentwicklungen programmiert.

Beispiel Bildungssystem: Ein gerechtes Bildungssystem ist allen Mitgliedern der Gesellschaft verpflichtet und hat die Aufgabe, allen die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten, damit sich jeder angemessen entfalten kann. Ein Bildungssystem, das der Ungleichheit bzw. Diversität der Menschen in ihren Begabungen und Talenten nicht durch eine entsprechende Differenzierung entgegenkommt, sorgt allerdings nicht für mehr Gerechtigkeit. Bildungspolitische Nivellierungsbestrebungen schaffen somit Ungerechtigkeit, weil sie Ungleichheit gleich behandeln.

Beispiel Sozialpolitik: Ein weiteres Beispiel für Fehlentwicklungen ist die Umverteilungsdebatte, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder verstärkt ausgebrochen ist. Die Ideologie dahinter ist so offensichtlich wie falsch: Der Staat schafft Gerechtigkeit, indem er den „Reichen“ etwas wegnimmt und es den „Armen“ gibt. Dies soll durch die Besteuerung von Vermögen erfolgen. Das ist allerdings ungerecht. Wer schon einmal für sein Geld Steuer bezahlt hat, sollte es nicht noch einmal tun müssen. Die zwei- oder mehrfache Besteuerung von Substanz ist definitiv ungerecht und schädigt zudem Österreichs Betriebe massiv.

Gleiches Österreich

Dass „Reichensteuern“ – die es erfreulicherweise nicht ins aktuelle Regierungsprogramm geschafft haben – auf Zustimmung stoßen, hat nicht nur mit der weit verbreiteten Neidkultur zu tun, sondern mit dem kritiklos akzeptierten Gleichheitsdenken. Dabei sind in kaum einem anderen Land der Welt die ökonomischen Ungleichheiten so gering ausgeprägt wie in Österreich. Dies zeigt der Gini-Koeffizient regelmäßig. Bei den real verfügbaren Einkommen der Haushalte geht die berüchtigte „Einkommensschere“ nicht auseinander. Österreich ist nämlich bei der Umverteilung im internationalen Vergleich schwer zu schlagen: Während das untere Drittel der Haushalte durch den Umverteilungsprozess rund die Hälfte seines Markteinkommens dazuverdient, wird dem oberen Drittel mehr als ein Viertel des ursprünglichen Einkommens abgenommen und an das untere Drittel verteilt.

Sozialer Aufstieg als Leitmotiv

Die entscheidende Frage für die ÖVP ist: Schwimmt sie mit im allgemeinen Gleichheitsmainstream und macht sie sich zum Handlanger der Umverteilungsfetischisten – oder setzt sie der Gleichmacherei ein anderes, ein besseres gesellschaftspolitisches Leitmotiv entgegen? Ein Leitmotiv, das Dynamik, Leistung und Gerechtigkeit umfasst? Ein Leitmotiv, das uns als ganze Gesellschaft nach vorne bringt?

Die Antwort darauf ist aus meiner Sicht klar: Die ÖVP muss sich zur Leitidee des sozialen Aufstiegs bekennen und diese Idee in der praktischen Politik umsetzen. Sozialer Aufstieg ist eines der wirkmächtigsten Motive für persönliche und gesellschaftliche Veränderung. In der Sozialen Marktwirtschaft ist es eine Selbstverständlichkeit, sich durch eigene Leistung und eigene Anstrengungen weiterzuentwickeln, „nach oben“ zu kommen.

Sozialer Aufstieg in der Praxis

Was heißt die Leitidee des sozialen Aufstiegs für die politische Praxis?

Österreichs Bildungssystem muss chancengerechter werden. Der entscheidende Hebel für mehr Chancengerechtigkeit ist die frühkindliche Bildung in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Sie wirkt sich positiv auf die Leistungen der Kinder und deren Schullaufbahn aus. Vor allem Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern haben mehr Chancen auf höhere Bildung – und damit auf sozialen Aufstieg.

Im Bildungssystem muss die Idee des sozialen Aufstiegs selbst als Grundlage des Erfolgs unseres Gesellschaftsmodells zeitgemäß vermittelt werden. Das ist auch mit Blick auf junge Menschen mit Migrationshintergrund wichtiger denn je. Das Motto „Integration durch Leistung“ bringt auf den Punkt, dass die Verbesserung des eigenen sozioökonomischen Status in der Verantwortung des Einzelnen liegt – und dass entsprechende Erfolge auch anzuerkennen sind. Österreich soll als Zuwanderungsstandort nicht wegen seines Sozialstaates, sondern wegen seiner Aufstiegschancen attraktiv sein.

Österreich braucht auch eine bessere Wirtschaftsbildung. Wer ökonomische Zusammenhänge nicht versteht, kann sie für seinen sozialen Aufstieg nicht nutzen. Wer Armut und Wohlstand als Nullsummenspiel versteht – wie das die politische Linke wider alle Fakten suggeriert –, wird immer nur auf den allmächtigen Vater Staat warten – und nicht selbst aktiv werden, um seine wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Eigenverantwortung statt Anspruchsschraube

Die Phänomene der „Vollkaskogesellschaft“ und der „Anspruchsdemokratie“ machen deutlich, dass die Ansprüche an staatliche Leistungen zum eigenen Wohlergehen weiter gestiegen sind. Die Kernkompetenz linker Sozialpolitik liegt darin, Menschen zur Nutzung aller Ansprüche zu ermuntern und die Ansprüche an den Staat weiter hinaufzuschrauben. Ergebnis ist nicht nur eine Überforderung des Sozialstaates, sondern auch der Leistungsträger, die ihn finanzieren. Die Idee des sozialen Aufstiegs in der Sozialpolitik zu vertreten heißt, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu betonen und die Chancen für Aufstieg zu verbessern. Individueller Wohlstand kann und darf hingegen niemals das Ergebnis staatlicher Wohlfahrt sein.

Armut nicht nur lindern, sondern bekämpfen

Die Idee des sozialen Aufstiegs muss auch integraler Bestandteil einer offensiven Wohlstandspolitik sein. Wir machen uns viele Sorgen über die Linderung von Armut, denken aber zu wenig darüber nach, wie wir sie bekämpfen können – wie sich arme Menschen (wieder) Wohlstand erarbeiten können. Das ist die beste Strategie gegen Armut, statt Alimentierung, die abhängig macht und deaktiviert. Dazu muss der politische Diskurs über und für Wohlstand aus seiner Verteidigungsposition befreit werden. Nicht wer für, sondern wer gegen Wohlstand ist, hat Erklärungsbedarf. Armutspolitik ist gut – Wohlstandspolitik ist besser.

Um die Idee des sozialen Aufstiegs zu forcieren, muss es insgesamt mehr Möglichkeiten für sozialen Aufstieg geben. Die bietet nur ein

erfolgreicher, von bürokratischen Fesseln und unbotmäßiger Steuerlast befreiter Wirtschaftsstandort Österreich mit im internationalen Wettbewerb erfolgreichen Unternehmen. Die größtmögliche Abwesenheit von Zwang und Regulierung ist ein wesentlicher Motor für eine positive Entwicklung. Liberalisierung und Privatisierung sind keine Mittel zum Selbstzweck oder zum sinnlosen „Ausverkauf“ von Unternehmen, sondern wichtige Instrumente für mehr wirtschaftliche Leistungskraft als Grundlage für breiten sozialen Aufstieg.

Aufstieg statt Abhängigkeit

Noch mehr Gleichheit im Sinne materieller Ergebnisgleichheit kann jedenfalls kein Ziel bürgerlicher Politik sein. Der Gleichheitsgrundsatz hat für die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz unbedingte Gültigkeit. Er bedeutet aber nicht die Herstellung von materieller Gleichheit mit staatlichen Mitteln. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein Leben in Freiheit und Eigenverantwortung unter Nutzung seiner Talente zu gestalten. Das ist die Grundlage für sozialen Aufstieg, von dem der Einzelne wie die ganze Gesellschaft profitieren. Diese Leitidee muss die Politik der ÖVP prägen.

Wir brauchen eine integrierte bürgerliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Menschen neue Chancen auf Aufstieg und Wohlstand eröffnet, statt Abhängigkeit zu fördern. In dieser Konzeption hat auch Umverteilung ihren Platz. Aber nicht als ideologisches Instrument der Gleichmacherei, sondern als Unterstützung für die persönliche Weiterentwicklung der Menschen. Die Existenz von Umverteilungsmechanismen hat schließlich Auswirkungen auf das Verhalten der Individuen: Wenn sie gegen Verlustgefahr abgesichert sind, steigt auch ihre Bereitschaft, riskantere Projekte zu wagen. Das ist für Wachstum und Wohlstand unverzichtbar.

Für die Zukunft (der ÖVP) gilt: Die Grenzen für Umverteilung und soziale Absicherung haben wir erreicht. Bei den Chancen, sozialen Aufstieg zu fördern und zu fordern, stehen wir noch am Anfang.

Literatur

Breyer, F.; Buchholz, W. (2009):
Ökonomie des Sozialstaats.
Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag

Erfolg braucht echte Anliegen

Sebastian Kurz im Gespräch mit Harald Mahrer und
Dietmar Halper über die Zukunft der Volkspartei

Sebastian Kurz

Mahrer/Halper: Eine provokante Frage gleich zu Beginn: Braucht es eine Partei wie die ÖVP im österreichischen Parteienspektrum noch? Und wenn ja, warum?

Kurz: Die Frage ist, über welches Bild der ÖVP man spricht. Zugegeben, die ÖVP stand vor allem medial schon mal besser da. Aber klar ist auch, eine Partei wie die ÖVP braucht es auf jeden Fall. Es geht dabei nicht um jene ÖVP, die in der medialen Darstellung als überholt gilt, sondern es braucht die ÖVP, die Verantwortung übernimmt, die für ihre Grundwerte eintritt, nachhaltig auf deren Basis agiert und gleichzeitig neue Entwicklungen und Möglichkeiten einbezieht. Die Grundwerte, die die ÖVP ausmachen, haben seit ihrer Gründung ungebrochene Gültigkeit und sind für Österreich wichtiger denn je: Familie und Freiheit sowie Leistung und Nachhaltigkeit sind im Alltag unserer Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil. Klares Ziel ist es, dass die Gesellschaft diese Werte auch wirklich leben kann. Die Aufgabe der ÖVP ist es, die Grundwerte, die uns verbinden, im 21. Jahrhundert als Partei zu leben und zeitgemäße Antworten zu formulieren. Für die ÖVP sind es aber keine leeren Worthülsen, sondern ganz konkrete Anliegen – das hebt uns entscheidend von anderen Parteien ab: Wir wollen einen Staat, der transparent und sparsam ist, wir wollen, dass die Leistung der Menschen geschätzt wird und der Freiraum für sie besteht, Entscheidungen für ein selbstbestimmtes Leben zu treffen. Es braucht also eine Partei, die diese Werte überzeugend vertritt und auf diesem Weg Österreich nachhaltig prägt, und daher braucht es die ÖVP auch weiterhin.

Mahrer/Halper: Die Wichtigkeit einer Strukturreform der ÖVP wird unter Fachleuten nicht einheitlich gesehen. Ist es wichtig, an der Struktur der Partei etwas zu ändern, oder ist der Fokus auf Inhalte entscheidend?

Kurz: Die Wählerinnen und Wähler treffen ihre Entscheidung am Wahltag weder allein wegen Inhalten noch wegen der Struktur einer Partei. Sie treffen sie aufgrund des Gesamtpakets. Erfolgreich ist eine Partei dann, wenn sie echte Anliegen hat, Personen, die diese authentisch vertreten, und eine Struktur, die sie vor Ort trägt. Gerade vor Ort ist die ÖVP als Partei mit den meisten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stark. Wir haben echte Anliegen und engagierte Personen, die sich dafür einsetzen. Sie sind das Gesicht der ÖVP in der Gemeinde oder im Bezirk. Diese Personen vertreten auch unsere Werte und Überzeugungen in ihrer täglichen Arbeit, gleichzeitig binden sie die Bürgerinnen und Bürger an die ÖVP, stärker als vieles andere. Damit das in breiterem Rahmen möglich wird, liegt es an der Partei, den Fokus auf zeitgemäße und verständliche Inhalte und Beteiligungsformen zu legen. Sie müssen sich auf das Wertefundament zurückverfolgen lassen, denn es ist die Motivation und das Ziel unserer politischen Arbeit. Ein ganz wichtiger Punkt dabei ist die gemeinsame Erarbeitung von Inhalten mit Mitgliedern, Funktionärinnen und Funktionären. Als Partei, die sich auf den Einsatz einer starken Struktur verlassen kann, haben wir eine besondere Verantwortung. Hier liegt es an uns allen, überzeugende Botschafter unserer Anliegen zu sein.

Mahrer/Halper: Nachfrage: Strukturreform – wie beurteilst du die Gefahr von „Reibungsverlusten“ oder Kollateralschäden?

Kurz: Als bürgerlicher Mensch habe ich grundsätzlich kein Problem mit Veränderung, sehr wohl aber mit Stillstand und Verkrustung. Strukturen müssen sich entwickeln, verändern und an neue Zeiten angepasst werden. Unsere Strukturen als Partei sind in einer Zeit entstanden, als die Lebensrealität der Menschen eine andere war als heute. Damals war jemand meist sein ganzes Berufsleben durchgehend nur Bauer, Wirtschaftstreibender oder Angestellter. Heutzutage sind

diese linearen Strukturen und Lebensgeschichten die Ausnahme und nicht mehr die Regel. Jemand, der etwa aus einem landwirtschaftlichen Hintergrund kommt, ist auch mal eine Zeit lang angestellt, mal selbstständig. Genau dieser Wandel ist eine Herausforderung für die momentane Parteienstruktur – und auch für die Politik generell. Die Aufgabe der ÖVP ist es, Strukturen flexibler und durchlässiger zu machen, um so auch die Lebensrealität widerzuspiegeln. Das bedeutet aus meiner Sicht auch, dass wir uns Gedanken über zusätzliche Angebote machen sollten, wie man sich für die ÖVP engagieren kann. Damit wir auch all jene Menschen politisch einbinden können, für die eine klassische Parteimitgliedschaft kein attraktives Angebot ist. So können wir das volle Potenzial an Engagement nutzen.

Mahrer/Halper: Der große Vorteil der ÖVP – Integrationspartei mit vielen Teilen der Gesellschaft in einer Partei – ist gleichzeitig auch ein Nachteil: verwaschene Linie, Ringen um Kompromisse schon im Innenverhältnis. Wie kann man das lösen?

Kurz: Die Politik steht seit jeher vor dieser Aufgabe, das ist kein neues Phänomen. Jede Partei muss hier für sich einen Lösungsweg erarbeiten, der zu ihr passt. Als ÖVP haben wir mit unseren Grundwerten einen gemeinsamen Nenner und eine gute Ausgangsbasis für gemeinsame Lösungen. Dass dort und da Kompromisse nötig sind, liegt in der Natur der Sache. Gerade in Koalitionen ist es nur logisch, dass keine Partei ihre Inhalte zu hundert Prozent durchsetzen kann und es daher immer ein gewisses Potenzial an Unzufriedenheit geben wird. Damit das jedoch so gering wie möglich gehalten wird, ist es notwendig, sich ausgehend von unseren Idealen für Schwerpunkte zu entscheiden, die uns in unserer politischen Arbeit besonders wichtig sind. Sobald diese Schwerpunkte definiert sind, kann man beginnen, an Details zu arbeiten und konkrete Forderungen zu formulieren. Dabei ist der Fokus auf unsere Werte der Schlüssel zum Erfolg. So wie etwa beim Thema Integration, bei dem viel zu lange entweder gehetzt oder geträumt wurde. Die letzten Jahrzehnte haben klar gezeigt, dass beides uns nicht weiterbringt. Außerdem entspricht beides nicht dem Verständnis von Politik, das wir in der ÖVP haben. Mittlerweile haben wir mit dem Leistungsgedanken einen zutiefst

bürgerlichen Zugang zum Integrationsthema gewählt – mit Erfolg! Das ist sicher bei vielen anderen Themen genauso möglich. Das kann uns auch bei neuen Themengebieten helfen, bei denen wir als ÖVP unser Profil schärfen wollen.

Mahrer/Halper: Mit Blick in die Zukunft: Wie kann die ÖVP österreichweit Wahlen gewinnen, wenn wir in den zehn größten Städten, die 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler repräsentieren, in Summe nur mehr 15,5 Prozent der Wählerstimmen einfahren – Tendenz weiter absteigend? Was muss die ÖVP hier konkret angehen?

Kurz: Diese Entwicklung ist alarmierend, aber leider nicht neu. Sie trifft nicht nur auf die ÖVP, sondern auch auf andere Parteien zu, die früher stärker waren. Wir müssen deshalb zwei Dinge angehen: Zum einen müssen wir die Gründe für den Stimmenrückgang genau analysieren, das wurde lange von den Parteien zu wenig beachtet. Das Ergebnis erleben wir nun in vielen Ausprägungen, in Protestparteien oder in der sinkenden Wahlbeteiligung. Es ist daher unsere Aufgabe, unsere Verantwortung und letztlich auch unser ureigenes Interesse, Politik wieder interessanter zu machen und die Politik wieder näher zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Es muss sehr viel verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Deshalb müssen wir die Politik viel transparenter als bisher machen. Wir müssen auch unsere Art, Politik zu machen, weiterentwickeln, indem wir viel mehr auf Bürgerbeteiligung setzen. Wenn jemand in einen Vorgang direkt eingebunden ist, steigert das auch sein Interesse daran. Ein Mehr an Mitbestimmung verleiht der Politik insgesamt mehr Legitimation, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Hinsichtlich der sinkenden Wahlergebnisse in urbanen Räumen muss die ÖVP auch mehr auf Themen setzen, die in Städten relevant sind. Die Stärke der ÖVP im ländlichen Bereich hat vielleicht dort und da verleitet, den urbanen Raum außer Acht zu lassen. Die demografische Entwicklung zeigt jedoch deutlich: In Zukunft wird der ländliche Raum noch stärker als bisher von Abwanderung betroffen sein, städtische Gebiete werden weiter anwachsen. Dort entstehen auch andere Themen und Herausforderungen beim Zusammenleben zwischen Kulturen und Generationen als im

ländlichen Gebiet – mit zunehmender Zu- und Abwanderung wird sich die Politik immer stärker damit auseinandersetzen müssen. Wir müssen Wege finden – gerade als Volkspartei –, wie wir ein gutes Zusammenleben in Ballungsräumen schaffen und hier auch für Menschen mit Migrationshintergrund eine attraktive Wahl sein können. Denn klar ist, die Bürgerlichen müssen in der Stadt nicht grundsätzlich eine politische Minderheit bleiben. Für bürgerliche Parteien in Europa ist es durchaus machbar, Angebote zu schaffen – das sieht man zum Beispiel in London, Oslo, Madrid oder Stockholm. Eine bürgerliche und urbane Politik ist kein Widerspruch, sondern muss die Zukunft sein, wenn wir als ÖVP längerfristig politisch erfolgreich sein wollen. Hier sind ja die ersten Schritte bereits passiert. Gerade in den Städten gibt es viele bürgerliche Menschen, die politisch ungebunden sind. Durch authentische Kandidatinnen und Kandidaten, moderne Inhalte und ein zeitgemäßes Erscheinungsbild sind sie für die ÖVP gewinnbar.

Schluss mit der urbanen Abwärtsspirale

Wie sich die Volkspartei in den Städten neu erfinden muss

Peter Lehner

Ernüchterung macht sich bei der Analyse der Wahlergebnisse in den Städten breit: Die ÖVP verliert von sehr geringem Niveau kommend auch bei der vergangenen Nationalratswahl noch beachtlich. Überall dort, wo Urbanität beginnt, beginnt derzeit auch die Talfahrt der ÖVP. So stellt sich das auch in Wels dar – bei der Nationalratswahl 2008 erzielte die ÖVP im Stadtteil Welscher Innenstadt noch 24,06 %, 2013 waren es nur mehr 19,63 %. In ganz Wels verlor die ÖVP 2,67 %, in Linz 1,31 %, in Graz 5,76 %, in Wien 2,22 %, in Bregenz 3,51 %, in Salzburg Stadt 3,13 % usw.

Bei der letzten Nationalratswahl lag die ÖVP beispielsweise bei folgenden Prozentsätzen: Graz 17,06 %, Salzburg 20,3 % und in Dornbirn 22,0 %.

Vernachlässigte Städte

Bündische Strukturen, „Ortsgruppen“ in Städten und eine starke Fokussierung der Landes- und Bundespolitik auf den ländlichen Raum sind für städtische Bürgerinnen und Bürger kein Wahlmotiv – sondern, im Gegenteil, ein Zeichen, dass die wachsende Bevölkerung in den Städten zwar in der Theorie wahlentscheidend ist, in der Praxis aber die ÖVP keine Energie aufbringt, genau in diesen Bereichen strategisch vorzugehen. Dass diese Vernachlässigung der Städte beim Verlust der Wähler eine neue Dynamik bekommt, wird nun auch im Umland der Städte sichtbar. So hat es zum Beispiel die FPÖ bei der Nationalratswahl geschafft, im Bezirk Wels-Land zur Nummer eins zu werden.

Werte für alle

Ein weiterer, für mich nicht unwesentlicher Punkt ist die starke Fokussierung der ÖVP auf ihre christlichen Wurzeln. Die Glaubenslandschaft ist derzeit massiv in Bewegung. Speziell der Anteil der Konfessionslosen und der Muslime steigt in den Städten rasant. So präsentiert sich beispielsweise auch die Stadt Wels als religiöser Melting Pot.

Die ÖVP spricht aber nur die christlichen Wähler an. Sind nicht gerade auch bei den Muslimen sehr viele Mitbürger, denen ein Wertesystem wichtig ist, und sollten wir nicht als ÖVP unsere auf christlichen Werten beruhende Politik in den Vordergrund stellen? Denn nur eine auf Werten basierende Politik kann langfristig attraktiv sein. Und Werte sind auch für alle anderen Glaubensgemeinschaften bzw. auch für die Mehrzahl der Konfessionslosen wichtige Grundpfeiler des Lebens. Diese Werte, an denen das Leben ausgerichtet wird, definieren für mich auch das neue urbane Bürgertum. Es ist nicht das Einkommen, nicht die Form der Lebensgemeinschaft und auch nicht die Anzahl der Kinder, die Bürgertum ausmachen. Nein, es ist die Frage, ob das Leben zumindest in wesentlichen Bereichen werteorientiert geführt wird.

Kontakt oder Medien?

Weltweit nimmt die Bedeutung der Städte zu. Während die ländlichen Regionen Einwohner verlieren, steigt die Bevölkerung in den Städten und in den dazugehörigen Speckgürteln. Allein im Zeitraum von 2011 bis 2013 nahm laut dem Jahrbuch 2014 der Statistik Austria nicht nur die Bevölkerungszahl in Wien (von 1,714 Mio. auf 1,741 Mio.) zu, sondern ebenso jene in Wels (+291 auf 58.882 Personen), Graz (+4.052 auf 265.778 Personen), Linz (+1.612 auf 191.501 Personen) und in beinahe allen städtischen bzw. Ballungsgebieten. Im ländlicheren Raum zeigt sich hingegen vermehrt ein Rückgang der Einwohnerzahlen, beispielsweise in Leoben mit -253 Personen auf 24.345 Einwohner von 2011 auf 2013 oder in Spittal an der Drau von -210 Personen auf 15.543 Einwohner.

Politik auf dem Land funktioniert über den persönlichen Kontakt und über Vertrauen bzw. auch über Tradition. Politik in Städten ist vielfach auf mediale Vermittlung reduziert. Wo lässt sich aber mit einer sachorientierten Kompromisspolitik, die schon in den eigenen Reihen beginnt, punkten? Oppositionelle Mitbewerber verstehen es blendend, sämtliche Herausforderungen medientauglich zu verkünden und gelegentlich auch verkürzte Lösungen inklusive Schuldigen zu präsentieren. Die damit verbundene Medienpräsenz und Stimmungsmache führen langfristig zu Ängsten, die jede Alternative zu den „Altparteien“ als attraktiv erscheinen lassen.

Für mehr Beweglichkeit

Wie kann die Volkspartei im urbanen Bereich neue Relevanz und Stärke entwickeln?

Um nachhaltig eine neue Stärke zu erlangen, braucht es innerhalb der ÖVP den klaren Willen und das Bekenntnis, massivste Reformen durchzuführen. Eine bündische Struktur ist in ihrer „Markenvielfalt“ weder attraktiv noch glaubwürdig. Eine Reduktion der Parteistruktur ist daher der erste und wesentliche Schritt, um langfristig auch wieder glaubwürdig zu werden. Interessenausgleich und Meinungsunterschiede sind logisch und auch unumgänglich. Nur sollten diese unterschiedlichen Meinungen nicht durch bündische Zwänge gefestigt, wenn nicht gar einbetoniert werden. Eine moderne städtische Partei muss für mich jedenfalls auf Bünde verzichten.

Ähnliches gilt auch für die regionale Zersplitterung in den Städten. Ortsteilgruppen sind nur dort sinnvoll, wo diese Ortsteilgruppen auch eigene Wahlen zu bestreiten haben. Ansonsten ist es notwendig und sinnvoll, Mitglieder und auch Funktionäre zu „Aktivteams“ zusammenzufassen und diese zu unterstützen.

Top-Thema: Kinder

Die Lösung der Probleme steckt wortwörtlich in den Kinderschuhen. Denn es sind nicht die Strukturen, die Wähler motivieren, son-

dern die Aktivitäten, die Ideen und die Themen, die auch im städtischen Bereich sympathisch und wichtig sind. Bei den Themen ist folglich auch eine starke und konsistente Bearbeitung notwendig. Wo stehen wir denn als ÖVP derzeit zum Beispiel beim Thema Familie? Gerade in solchen Kernbereichen sind wir auch recht schnell bereit, Kompromisse zu schließen.

Als eines der wichtigsten urbanen Themen sehe ich jedenfalls das Thema Kinder. Hier muss es gelingen, dass die ÖVP klar die Themenführerschaft übernimmt. Eine Gesellschaft, in der nicht die Kinder – und damit die Zukunft – im Mittelpunkt stehen, wird keine Gesellschaft, die Wählerstimmen für die ÖVP bringen kann. Über das Thema Kinder sind die Themen Integration, Mobilität, Wohnen, Pflege, Freiräume generationenübergreifend zu erklären und auch zu lösen. Die aktuelle ÖVP beschäftigt sich aber derzeit weniger mit der Zukunft und damit mit den Kindern, sondern viel mehr mit den wohlverordneten Rechten und damit mit der Bewahrung von bisher Erreichtem. Die Fokussierung auf den Begriff Familie bedeutet auch immer, dass in den ca. 30 % Singlehaushalten in den Städten immer auch auf eine Lücke hingewiesen wird. Kinder waren wir alle, und Kinder und Enkelkinder hat zum Glück auch die Mehrheit der Bürger. Damit trete ich klar für das Thema Kinder ein – und weniger für die Thematisierung der Familie.

Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft

Als zweites wesentliches Thema sehe ich den Bereich Wirtschaft. Arbeitsplätze und Wohlstand sind die Basis für Solidarität und Generationengerechtigkeit. Auch in den Städten muss sich die ÖVP klar als Partei, die für eine Ökosoziale Marktwirtschaft steht, positionieren. Nur durch Wettbewerb und durch Leistung entstehen Innovationen und damit Marktchancen in einer globalisierten Welt. Dass Innovation sehr stark vom Bildungsniveau abhängig ist, dokumentiert zusätzlich den erforderlichen Fokus auf Kinder.

Natürlich sollen die Arbeitsplätze dort entstehen, wo auch die Bevölkerung lebt. Derzeit betreibt die ÖVP in vielen Bereichen aber eine Raumordnungspolitik, die dazu führt, dass die Pendler jetzt aus den Städten auspendeln und aufs Land fahren, um dort ihre Einkommensmöglichkeiten zu optimieren. Mit der Anhebung der Pendlerpauschale wurde erst kürzlich noch ein weiteres Signal zur Aufwertung des ländlichen Raums gesetzt, das keinesfalls dazu dient, als ÖVP in den Städten attraktiver zu wirken.

Nachhaltige ÖVP-Stadtstrategie

Der dritte für mich entscheidende Punkt ist die Personalfrage. Städte brauchen attraktive Kandidatinnen und Kandidaten und auch entsprechende Personalressourcen für die Parteiarbeit. Mit durch die „Ochsentour“ geläuterten Kandidaten ist in den Städten kaum zu punkten. Gerade bei schrumpfenden Wahlergebnissen ist Mut erforderlich, mit neuen Gesichtern die bestehenden Teams zu erneuern und entsprechend zu ergänzen. Stadtpolitik darf und kann jedenfalls nicht Ausgedinge und Abstellgleis sein. Die städtischen Böden sind mindestens so glatt wie das Wiener Parkett und daher benötigen die urbanen Player auch entsprechenden Support durch die Landes- und Bundespartei. Denn im Gegensatz zu Landes- oder Bundespolitikern sind in den Städten kaum Mitarbeiter für ÖVP-Funktionäre vorhanden.

Daher sehe ich es als unumgänglich, dass auch finanzielle Ressourcen von Land und Bund für die strategische Unterstützung der ÖVP-Stadtpolitiker zur Verfügung gestellt werden. Die kontinuierliche Betreuung dieser städtischen Parteivertreter ist langfristig sicher effizienter als diverse Medienkampagnen und Plakataktionen. Im Zeitalter der Medien sind gerade die städtischen Parteivertreter mit zahlreichen Regional- und Onlinemedien konfrontiert. Eine gewisse Medienwirkung ist daher für die Spitzenrepräsentanten unserer Volkspartei in den Städten von enormer Bedeutung.

Für eine moderne, urbane ÖVP-Politik

Für zukünftige Erfolge der Volkspartei in den Städten braucht es jedenfalls ein klares Bekenntnis zu einer modernen und urbanen Politik. Mit Lippenbekenntnissen kurz vor Wahlen wird es nicht gelingen, aus einer christlich-konservativen Landpartei eine attraktive Alternative zu den in den Städten noch immer sehr starken Sozialdemokraten, den populistischen Freiheitlichen, den unzähligen Grün- bzw. Bürgerlisten sowie den NEOS zu bilden.

Es bedarf daher einer Politik, die bei jeder Entscheidung auch auf Landes- und Bundesebene berücksichtigt, welche Signale damit an eine werteorientierte Bevölkerung in den Städten ausgesendet werden. Urbane Politik ist jedenfalls anders zu sehen als eine Politik, die von Erntedank-, Zelt-, Bier-, Musik- und anderen Festivitäten geprägt ist, wo durch den persönlichen Kontakt, aber auch durch ein großes Engagement – speziell wenn es darum geht, kleine Probleme rasch und unkompliziert zu lösen – die zur Wahl stehenden Persönlichkeiten gewählt werden. Die Parteizugehörigkeit spielt hier weit weniger eine Rolle als in oft anonymen urbanen Räumen, wo jede noch so kleine negative Stimmung aus Land und Bund auch auf die regionale Ebene viel intensiver durchschlägt.

Es kann nur gemeinsam und mit viel Kraftanstrengung gelingen, die Volkspartei zu einer modernen Stadtpartei zu gestalten. Ohne die Städte wird die ÖVP zukünftig jedenfalls keine staatstragende Partei mehr werden können. Nutzen wir die Städte als Wachstumsmärkte und als größtmögliches Potenzial, um bei den kommenden Wahlen neuen Schwung zu bekommen.

Stark, schwarz – weiblich?

Über die ÖVP und die Frauen

Bettina Lorentsichitsch

Obwohl die Umfragen zur Wählerstruktur nach der Nationalratswahl 2013 unterschiedlichste und zum Teil gravierend voneinander abweichende Ergebnisse brachten, ist eines fix: Die größte Wählergruppe der ÖVP sind Frauen über 60 Jahre, 36 % dieser Gruppe haben die ÖVP gewählt. Der Anteil an Erstwählerinnen, die die ÖVP gewählt haben, liegt nach den Umfragen um die 10 %. Nun könnten wir uns beruhigt zurücklehnen, denn schließlich werden auch die jüngeren Frauen sehr wahrscheinlich irgendwann über 60, doch das hieße, die Augen vor der Realität zu verschließen. Die jungen Frauen sind besser ausgebildet als die Generationen davor, werden immer später Mütter von immer weniger Kindern und sind nahezu ihr ganzes Leben beruflich aktiv. Das Modell der Hausfrauenehe stellt für die wenigsten eine Option dar. Gleichzeitig entwickeln sich neue Lebens- und Familienmodelle, Singles, Patchworkfamilien und Alleinerziehende sind keine Ausnahme mehr, sondern übliche Lebensformen. Zudem steigt die Zahl der Menschen, die in den Städten leben. Eines ergibt sich ebenfalls aus den Wähleranalysen: je urbaner, desto weniger ÖVP. Es ist daher dringend an der Zeit, sich der größten Wählergruppe intensiver zuzuwenden.

Wofür Frauenbewegung?

Nun hat doch die ÖVP eine Frauenorganisation, genannt Frauenbewegung oder auch Frauenoffensive. Nur – wofür steht diese Frauenbewegung? Sieht man sich sowohl das Programm als auch den Leitantrag der ÖVP-Frauen zum Bundestag 2010 an, so stellt man fest, dass sich die Themen in erster Linie auf die so genannten und gedachten „Frauthemen“ beschränken: Familie, Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frauenbewegung impliziert in ihren programmatischen Ausführungen das Bild einer Frau,

die sich sensibel um den Haushalt kümmert, Angehörige pflegt und, sollte sie es irgendwie – vermutlich als kinderlose Karrierefrau – in eine Führungsposition geschafft haben, neben einem neuen weiblichen Stil (teamfähig, konsensorientiert, kümmernd) auch die jungen „Hascher!“, die zwar bestens ausgebildet sind, aber Hilfe brauchen, protegieren.

Neben diesen Klischees, die zwar in den Papieren versuchsweise weggeschrieben werden, stehen auch Themen wie „Frauengesundheit“ und „Gewaltprävention“ auf der Agenda.

Frauen als Opfer?

Die inhaltliche Problematik liegt darin, dass wenige Unterschiede zum klassischen „Opfer-Feminismus“ bestehen. Seine Botschaft ist altbekannt: Frauen sind Opfer. Opfer der Gesellschaft, Opfer der Männer und damit verbunden der Politik, der Wirtschaft etc. Oder wie meinte Frauenministerin Heinisch-Hosek in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“: „Ich schätze, dass mindestens 70 % der österreichischen Frauen meine Unterstützung noch benötigen.“

Leider blasen die ÖVP-Frauen in das gleiche Opferhorn. Anstatt die Stärken der Frauen, die Erfolge von Frauen darzustellen, werden Forderungen nach Unterstützung aufgestellt. Denn ohne diese können es Frauen ja nicht schaffen.

Natürlich gibt es Frauen, die Opfer von Ungerechtigkeit oder schlimmer noch von Gewalt werden. Doch auch Männer werden Opfer von Ungerechtigkeiten oder Gewalt. Aber kein Mann käme auf die Idee, eine pauschale Opferrolle von Männern zu unterstellen. Denn einem Mann ist klar: Ein Opfer wird nicht erfolgreich, sondern immer auf die Hilfe von anderen angewiesen sein.

Was denken dazu nun junge Frauen, die die zukünftigen ÖVP-Wählerinnen sein sollen? Eines auf jeden Fall: Warum wird immer so sehr zwischen Frauen und Männern unterschieden? Hier ein paar Zitate aus Gesprächen mit Erstwählerinnen:

► „Ich bin doch auch ein Mensch und nicht anders.“

► „Wieso brauchen wir einen Papamonat, es soll der in Karenz gehen, der weniger verdient.“

► „Gendergerechter Unterricht – so ein Blödsinn, wieso soll ich was anderes lernen?“

► Und eine besondere Aussage: „Frauen in der ÖVP – gibt's die?“

Die Reaktion der „erfahrenen“ ÖVP-Frau auf diese Sager lässt sich auch schon vorhersehen: Die sind noch so jung, die werden es schon noch merken, wie es aussieht, wenn Kinder da sind etc. Darin unterscheidet sich übrigens die erfahrene ÖVP-Frau auch nur unwesentlich von der SPÖ-Frau.

Einen ÖVP-Liebblingslogan zum Thema Frauen darf man nicht außer Acht lassen: die Wahlfreiheit! Frauen sollen ihr Lebensmodell wählen können. Hausfrau, Karrierefrau, Teilzeitfrau etc. – klingt gut, ist aber nicht so. Die Lebensrealität der meisten Menschen schließt Wahlfreiheit aus. Ohne zwei Einkommen ist für das Gros der Familien der Alltag nicht finanzierbar. Abgesehen davon, dass junge Menschen beides wollen: Familie und Beruf. Und ebenfalls abgesehen davon, dass das Modell glückliches Ehepaar mit mindestens zwei Kindern, bis dass der Tod sie scheidet, in vielen Fällen nur noch ein theoretisches ist und daher auch hier in den meisten Fällen keine Wahlfreiheit besteht. Gleichzeitig konterkarieren wir in unseren Frauenprogrammen diese Wahlfreiheit, wenn das Gros der dort enthaltenen Forderungen vergleichbar mit denen anderer Parteien in erster Linie Themen wie Wiedereinstiegsförderung oder Frauenförderpläne umfasst.

Maßnahmen überdenken

Echte Wahlfreiheit besteht jedoch in vielen anderen Lebensbereichen. So beispielsweise bei der Ausbildungs- und Berufswahl. Es ist hinlänglich bekannt, dass es Berufe gibt, die besser oder schlechter bezahlt sind. Jeder Mensch, egal ob Mann oder Frau, kann zwischen den Be-

rufen wählen. Warum trotz unzähliger Projekte wie „Mädchen in die Technik“ oder „girls-day“ junge Frauen häufig in den behaupteten typischen Frauenberufen landen, sei dahingestellt. Ich denke, dass alle diese Maßnahmen überdacht gehören, wenn ihnen der Erfolg fehlt. Eine interessante Feststellung dazu am Rande: In Branchen, in denen weniger Frauen arbeiten, gibt es mehr Frauen in Führungspositionen. So arbeiten in Deutschland nur 15 % Frauen in der Baubranche, jedoch gibt es dort 24 % Frauen in der ersten und zweiten Führungsebene. Ähnliche Verhältniszahlen lassen sich im Verkehr oder in der Produktionsgütererzeugung nachweisen. Diese Zahlen kann man durchaus so interpretieren, dass in männerdominierten Branchen Frauen einfacher in Führungspositionen kommen. Man kann durchaus davon ausgehen, dass dies in Österreich vergleichbar ist.

Daher könnte man eigentlich auch den Schluss ziehen, dass es in der am männlichsten dominierten aller Branchen, der Politik, auch entsprechend überproportional viele Frauen in der ersten und zweiten Führungsebene geben müsste. Nur, das ist nicht der Fall. Trotz des Bekenntnisses in unserem am 22. April 1995 beschlossenen Grundsatzprogramm zur gleichberechtigten Vertretung von Frauen in der Politik verbunden mit einer Mindestquote von einem Drittel für öffentliche Mandate finden sich in der ÖVP (aber auch in anderen Parteien) nur wenige Frauen an vorderster Front. Und von den Frauen, die in der ersten oder zweiten Reihe stehen, haben viele Ressorts, die sich mit Frauen, Familien, Bildung und Gesundheit beschäftigen. Woran liegt das wohl? An der fehlenden „frauenfreundlichen politischen Kultur“? Ich denke, es ist genau diese Forderung nach einer frauenfreundlichen politischen Kultur im Grundsatzprogramm, die Frauen von Engagement in der Politik eher abhält. Denn diese Forderung impliziert, dass die Kultur in der Politik nicht frauenfreundlich – was auch immer das bedeutet – ist. Zudem, was ist denn ein Ruf nach frauenfreundlicher politischer Kultur, wenn nicht eine typische versteckte Diskriminierung? „Wir brauchen was Frauenfreundliches, sonst können Frauen keine politische Karriere machen“ oder mit anderen Worten: Unter normalen Umständen können Frauen nicht politische Karriere machen – womit wir wieder bei der Opferrolle wären, die verhindert bzw. von Unterstützung abhängig macht. Und sich wunderbar für Forderungen

gen und Absichtserklärungen zur Förderung von Frauen und damit hoffentlich zum Gewinn von Wählerstimmen eignet. Die Opferrolle entspricht jedoch, sieht man sich die Wählerstrukturanalysen an, nicht unbedingt dem, was gerade junge Frauen wollen. Frauen – junge wie ältere – wollen gerne Frau sein, wollen ihre Weiblichkeit zeigen und leben, aber sie wollen deshalb nicht als hilfsbedürftig dargestellt werden.

Taten statt Worte

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen“. Dieses Goethe-Zitat könnte für den Beginn einer neuen Frauenpolitik der ÖVP stehen. Damit sind nicht Frauenquoten gemeint, nein, denn Quoten sind nichts anderes als Diskriminierung. Auch der Papamonat ist keine Tat, sondern manifestiert nur die Denke, dass Karenz überwiegend Frauensache ist, wenn der Papa nur einen Monat muss/kann/darf. Taten sind

- die Klarstellung, dass wir nicht der Meinung sind, dass Frauen unserer Hilfe bedürfen, sondern dass wir wissen, dass Frauen starke, eigenständige und selbstbestimmte Menschen sind, die frei über ihr Leben entscheiden.
- die eindeutige Akzeptanz jedes gewählten Lebensmodells von Menschen.
- das Aufzeigen der von anderen Parteien inszenierten Opferrolle der Frau und Distanzierung von dieser.
- die Durchforstung aller Programme auf versteckte Diskriminierung wie oben beschrieben und Streichung derselben.
- eine neue Wortwahl: z. B. statt „Weiterbildungsangebote für Frauen in Karenz verbessern“ soll es in Zukunft heißen: „Weiterbildungsangebote während der Karenz verbessern“.
- Weg von der Geschlechterrolle – hin zu einem Dialog auf Augenhöhe.

- Abbau eigener Stereotypen und Engagement für den Abbau von Stereotypen sowohl betreffend Frauen als auch Männer.
- die Förderung der Familien durch Ermöglichung von echter Wahlfreiheit, d. h. entsprechende Kinderbetreuungsmodelle zu ermöglichen bzw. anzubieten, aber auch das Eintreten für eine sinnvolle Familienbesteuerung.
- die Stärkung der Eigenverantwortung – von Frauen und Männern.
- der Widerstand gegen versteckte Diskriminierungen, auch wenn sie vermeintlich positiv wirken (z. B. Warum kann eine Frau nicht selbst wählen, wie sie die 16 Wochen Mutterschutz verteilt? Viele Frauen würden gerne bis zur Geburt arbeiten und dafür danach länger im Mutterschutz bleiben; die spezielle Frauenarbeitsplatzevaluierung im Arbeitnehmerschutz – sicherlich hinderlich bei der Einstellung von Frauen).
- die Forcierung der Angleichung des Frauenpensionsalters.
- jene Themen, die jetzt ins „Fraueneck“ gedrängt werden, zu allgemeinen machen (z. B. die Anrechnung von Karenzzeiten als klassische Frauenforderung macht es selbstverständlich, dass Frauen in Karenz gehen).
- keine speziellen Frauenförderungsprogramme, sondern die Selbstverpflichtung, dass Funktionäre der ersten und zweiten Ebene Nachwuchstalente, egal ob Frau oder Mann, fördern etc.
- Politik für Menschen und nicht eine Politik für Menschen und eine für Frauen zu machen, d. h. Stopp der Überbetonung von Frauenthematen.
- Zeichen setzen – keine Zuweisung von einzelnen Klischee-Resorts an Frauen oder Männer (solange Frauen in erster Linie Familien-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsressorts verant-

worten, so lange werden diese Themen und die Verantwortung dafür Frauen zugeschrieben).

- keine Alibi- und Quotenvorzeigefrauen, die bei Bedarf als „best practices“ vorgezeigt werden.
- aber auch keine Vorzeigeväter, die einkaufen gehen oder sogar in Karenz sind.
- Aufzeigen von Stigmata, Frauen und Männer betreffend.
- Frauennetzwerke – wozu? Die Themen befassen sich ja doch in erster Linie mit: Familie, Kindern, Gesundheit etc. – nachzulesen auf der Seite der Frauenbewegung. Eigene Netzwerke verhindern die Vernetzung mit anderen.
- keine Verpflichtungen, die vermeintlich der Förderung von Frauen dienen sollen, d. h. keine Quoten.
- echte Taten statt populistischer Töchter-Söhne-Umtextungen, diese bringen in der Sache etwa gleich viel, wie einem bedauerlicherweise scheidenden Minister der Nachname Brüderle beim Verbleib in der Regierung geholfen hätte.
- Förderung einer humanen Kultur in der Politik, beginnend beim Umgang miteinander, aber auch bei der Belastung von Politikern – Freizeiten schaden keinem Politiker.
- Und eine Bitte: Streichen der Aussage, dass Männer und Frauen gleichwertig sind – das ist ja wohl selbstverständlich und muss im 21. Jahrhundert wohl kaum betont werden.

Stark, schwarz, menschlich

Wenn wir schon meinen, partout eine eigene Frauenpolitik haben zu müssen, dann eine, die Frauen in ihren Stärken, in ihrer Individualität, in ihren Leistungen zeigt. Frauen in der ÖVP sind tolle Frauen – die

wissen, was sie wert sind. Die nicht mit Männern konkurrieren, sondern mit ihnen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik arbeiten. Die ihr Leben frei gestalten und bewusst zwischen ihren Möglichkeiten wählen. Denen Frau oder Mann nicht sagen muss, wo es langgeht, denn das wissen sie selbst am besten.

Ideologie ist nicht das Einzementieren von Positionen, die fern der Lebensrealität von Menschen sind, sondern das Leben von Werten in der Realität. Für eine menschengerechte Politik heißt das: das klare Bekenntnis zu einem freien, eigenverantwortlichen und verantwortungsbewussten Menschen, dessen Leistungen in jedem Bereich – Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Familie und Gesellschaft – wertvoll sind.

Unser Ziel muss ein gesellschaftlicher Wandel sein, hin zu einer Gesellschaft, in der jeder sein Familien-, Berufs- oder Lebensmodell frei wählen kann und sich niemand mehr für diese Wahl rechtfertigen muss, egal ob Frau oder Mann. Denn die ÖVP ist stark, schwarz und menschlich!

Literatur

Salzburger Nachrichten (19.08.2013):

„Nicht hinter jedem Baum wartet ein schöner Prinz.“

Online: http://search.salzburg.com/display/sn1907_19.08.2013_41-48312426 [07.01.2014]

Statista – Das Statistik-Portal (2008):

Frauenanteil in Unternehmen der Privatwirtschaft (insgesamt/nach Position) in 2008 nach Branchen.

Online: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/154304/umfrage/frauen-in-fuehrungspositionen-nach-branchen-in-2008/> [30.12.2013]

Werte und Wirklichkeit

Wie passen Wertetheorie und Wertepraxis der Volkspartei zusammen – und welche Werte muss die Volkspartei leben?

Harald Mahrer

„Je mehr Informationen, Bilder, Zeichen über alle Schirme flattern, desto mehr wächst der Drang zu Philosophie, Vertiefung, Glaube“, schreibt der Zukunftsforscher Matthias Horx in seinem neuen Buch „Zukunft wagen“. Ein Befund, der auch auf die Politik übertragen werden kann: Je mehr Inszenierungen, „Spins“, Taktik und Täuschung den politischen Alltagsbetrieb kennzeichnen, desto größer ist die Nachfrage nach echten Werten und klaren Orientierungen.

Narrative im Vergleich

Politische Werthaltungen, die in politische Narrative verpackt sind, sind heute und in Zukunft wichtiger denn je. Blickt man auf das politische Spektrum in Österreich – und in den meisten europäischen Ländern –, so prägen heute drei politische Narrative die politische Wertelandschaft:

- Der erste Narrativ stellt Freiheit und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt. Sozialer Aufstieg ist durch individuelle Leistung möglich. Daher muss sich Leistung für den Einzelnen wie für die ganze Gesellschaft lohnen. In diesem Narrativ steckt der bürgerliche Wertkanon.
- Der zweite Narrativ stellt die Umverteilung in den Mittelpunkt: Allen wird es gut gehen, wenn jene, die mehr haben, etwas an jene abgeben müssen, die weniger haben. Das ist der klassische sozialdemokratische Narrativ mit seinem Kernwert der Gleichheit.

- Ein Derivat dieses Narrativs ist der rechtspopulistische Narrativ. Er besagt: Damit es „uns“ besser geht, darf es den „anderen“ bei uns nicht so gut gehen wie uns. Auch dabei handelt es sich um einen egalitaristischen Narrativ, der sich allerdings innerhalb eines meist nationalstaatlichen bzw. ethnisch definierten Rahmens bewegt.

Kluft fördert Verdrossenheit

Diese Narrative bringen politische Werthaltungen von Parteien auf den Punkt und machen sie vermittelbar. Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung dieser Narrative bemisst sich ihr Erfolg in der politischen Praxis vor allem an einem Faktor: an ihrer Einhaltung und Umsetzung. Wo sich eine Kluft zwischen propagierten Werthaltungen und der tatsächlichen Realisierung bzw. Nicht-Realisierung dieser Werte auftut, haben politische Parteien ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der linke Politiker, der seine Kinder auf eine elitäre Privatschule schickt, und der kapitalismuskritische sozialdemokratische Funktionär, der Millionen von Steuergeldern wie im Casino verspielt – das sind Beispiele, die wir kennen, dass Politik dem Reality-Check von Werten nicht standhält. Jeder neue Fall stärkt die Politikverdrossenheit, fördert die Abwendung von der jeweiligen Partei und schwächt sie im politischen Geschehen.

Extremfall FDP in Deutschland

Der 2013 erlebte Extremfall war das „Aus“ für die FDP im deutschen Bundestag. Immerhin haben FDP-Spitzenvertreter in der nachträglichen Analyse Mut zur Wahrheit bewiesen. Norbert F. Tofall bilanzierte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter Bezugnahme auf das FDP-Konzept „Einfach, niedrig und gerecht“: „Wir haben die Bundestagswahl 2013 ‚einfach, niedrig und gerecht‘ verloren, weil wir 2009 Steuersenkungen versprochen, aber in der Koalition mit der Union nicht einmal eine Steuerstrukturreform durchgesetzt haben. Wir haben die Bundestagswahl 2013 ‚einfach, niedrig und gerecht‘ verloren, weil wir auf Parteitag in Sachen Marktwirtschaft und liberalen Rechtsstaat die Backen aufgeblasen, aber bei der Eu-

rorettung und mit der Bankenunion jedes marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Prinzip über Bord geworfen haben. Wir haben die Bundestagswahl 2013 ‚einfach, niedrig und gerecht‘ verloren, weil wir auf Parteitag von der Freiheit des einzelnen Menschen schwärmen, aber die Vertragsfreiheit des einzelnen Menschen durch Mindestlöhne aus purer Anbiederung an die Union schleifen. Und wir haben die Bundestagswahl 2013 ‚einfach, niedrig und gerecht‘ verloren, weil wir uns aus purem Opportunismus an der industriefeindlichen Energiewende beteiligt haben und jetzt sogar Offshore-Windräder subventionieren.“

Mit einem Wort: Die FDP hat ihren Werte-Narrativ durch ihr politisches Handeln Lügen gestraft. Die Wähler haben sie dafür abgestraft. Das Beispiel der FDP zeigt drastisch, wie wichtig es ist, klare Werte zu haben und sie auch konsequent umzusetzen. Das muss jede Partei beachten, die erfolgreich sein will. Auch die Volkspartei, die nach der Nationalratswahl 2013 negiert, dass sie ein existenzbedrohliches Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Werte im Reality-Check

In welchen Bereichen müssen bürgerliche Werte einem politischen Reality-Check unterzogen werden, wenn wir die Volkspartei auf den Prüfstand stellen? Die nachfolgende Liste ist beispielhaft und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Wer sich für den bürgerlichen Wert der Freiheit stark macht, kann nicht für mehr Vorschriften und mehr Überwachung durch den Staat sein.
- Wer den Wert der Leistung proklamiert, darf nicht zusätzliche Steuern und Abgaben einführen.
- Wer für privates Engagement eintritt, darf nicht mehr Staatswirtschaft ermöglichen.
- Wer gegen Schulden ist, darf auch keine neuen machen.

- ▶ Wer für Eigentum eintritt, darf nicht steuerlichen Maßnahmen zustimmen, die Eigentümer enteignen.
- ▶ Wer die Familie als wichtig erachtet, darf Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht als Randgruppenthema sehen.
- ▶ Wer das Unternehmertum hochhält, darf es nicht mit ständiger Bürokratisierung fesseln.
- ▶ Wer für Eigenverantwortung ist, darf Menschen nicht ihrer Verantwortung für die eigene Gesundheit oder für die Vorsorge im Alter berauben.
- ▶ Wer individuelle Talente fördern will, kann nicht für Gleichmacherei in der Bildung sein.
- ▶ Wer für Gerechtigkeit ist, kann nicht für mehr Gleichheit sein.
- ▶ Wer seine christlich-sozialen Grundlagen betont, darf die Sozialpolitik nicht der politischen Linken überlassen.
- ▶ Wer Solidarität ernst nimmt, muss fair gegenüber jenen sein, die Solidarität erst ermöglichen.
- ▶ Wer für einen modernen Föderalismus eintritt, kann die Regionen nicht aushungern und den Zentralisten freie Bahn lassen.
- ▶ Wer für die Bürgergesellschaft ist, darf Institutionen der Zivilgesellschaft nicht bloß als lästige Moralapostel wahrnehmen, sondern muss sie als soziale Dienstleister fördern und fordern.
- ▶ Wer für Europa ist, darf nicht mit antieuropäischen Ressentiments spielen.

In all diesen Fragen sollten die Werte der Volkspartei auch den Elchtest der politischen Praxis bestehen. Je besser das gelingt, desto höher sind die politischen Erfolgsaussichten.

Werteorientierung braucht Wertekritik

Klar ist aber, dass werteorientierte Politik nicht in einen Wertefundamentalismus münden darf. Werte nur deshalb zu vertreten, weil man sie schon immer vertreten hat, ist das Geschäftsmodell von religiösen wie säkularen Fundamentalisten.

Deshalb bedeutet Werteorientierung für eine Partei wie die Volkspartei stets auch, die eigenen Werte kritisch auf den Prüfstand zu stellen, sie zu hinterfragen, ihre Begründung weiterzuentwickeln. Der von Michael Spindelegger vor rund zwei Jahren begonnene Werte-Diskurs ist weiterzuentwickeln. Das ist etwas, was Werte nicht relativiert, sondern stärkt.

Ziel sollte es sein, den Werte-Diskurs in einem Leitbild-Prozess zu verdichten und die zentralen Werte der Volkspartei und die daraus abgeleiteten politischen Prioritäten in einem Leitbild zusammenzufassen. Ein Leitbild, das nach innen wie nach außen auf den Punkt bringt, wofür die Volkspartei steht und welche Ziele sie verfolgt. Ein Leitbild, das Richtwert und Orientierungspunkte für politisches Handeln im „Tagesgeschäft“ bietet. Ein Leitbild, an dem die Volkspartei sich und die Politik anderer Parteien misst und bewertet.

Werte für die Volkspartei

Welche Werte sollen nun den Kern eines Werteleitbilds für die Volkspartei darstellen und den politischen Narrativ der Volkspartei auf den Punkt bringen?

- ▶ Der Kernwert ist und bleibt die Freiheit – ein Wert, der in Österreich Entwicklungsbedarf hat. Es wird viel zu wenig über Freiheit geredet. Das politische System und die politische Bildung im Land beschäftigen sich gerne mit Anspruchsrechten, aber kaum mit Freiheitsrechten. Freiheit von Staat und Abhängigkeit, Freiheit zu persönlichen Lebensentwürfen, die nicht staatlich vorgegeben werden: Das ist der Kern des politischen Freiheitsbegriffs, der die Agenda der Volkspartei prägen sollte. Eine wichtige Dimension

von Freiheit ist privates Eigentum. Ziel muss eine aktive Eigentumpolitik sein, die Eigentum möglich macht und das Ergebnis von Leistung schützt und sichert. Eigentumssteuern und Steuererhöhungen sind der falsche Weg.

- ▶ Der Zwillingswert der Freiheit ist die Verantwortung. Wo den Menschen die Freiheit zur Mitentscheidung vorenthalten wird, kann sich auch keine Verantwortung entwickeln. Verantwortung für das eigene Leben zu tragen, ist ein Kern des bürgerlichen Narrativs. Für die Zukunft ist eine Verantwortungskultur gefragt, wo die Verantwortungsspiel- und Verantwortungshandlungsräume zwischen Individuen, Gesellschaft und Staat neu ausgehandelt werden. Das paternalistische Konzept des allumfassenden Versorgungsstaats ist nicht nur an seine finanziellen Grenzen gestoßen – es widerspricht auch den Grundwerten einer freien Gesellschaft. Wir brauchen mehr Menschen, die in allen Berufen und Netzwerken ihre Verantwortung gegenüber ihrem Land, der Gesellschaft und der Umwelt wahrnehmen und sich einbringen. Wir müssen Verantwortung statt Delegation fördern. Wir müssen Engagement statt Vollkaskotalität unterstützen. Bürgerliche Politik muss für Individuum und Gesellschaft durch mehr Partizipation und echte direkte Demokratie mehr Verantwortungsräume eröffnen.
- ▶ Ein dritter bürgerlicher Kernwert ist Chancengerechtigkeit. Wir brauchen ein neues Verständnis von Gerechtigkeit. Es geht nicht um mehr Gleichmacherei in der Gesellschaft, sondern um mehr Chancengerechtigkeit. Bürgerliche Sozialpolitik soll nachhaltige Chancenpolitik für alle sein. Ein chancengerechtes Bildungssystem für alle und chancengerechte Vereinbarkeitspolitik für Frau und Mann sind Beispiele dafür, was Gerechtigkeit in Zukunft bedeuten muss.
- ▶ Der vierte Kernwert bürgerlicher Politik ist Solidarität. Der Wert der Solidarität ist existenziell für unser Zusammenleben. Wir leben nicht im luftleeren Raum und auch nicht für uns allein. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße und auch kein „Gegen-

wert“ zu wirtschaftlicher Tätigkeit. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für institutionell verbürgte Solidarität. Wer weniger Freiheit fordert, kann nicht mit mehr Solidarität rechnen. Wer Leistung als Wert infrage stellt, sägt am Ast, der unseren Solidar- und Sozialstaat trägt. Bürgerliche Politik muss diese Zusammenhänge deutlich machen.

- ▶ Der fünfte Kernwert, der für die Zukunft der ÖVP entscheidend ist, ist jener der Ehrlichkeit. Es ist kein Wunder, dass die Korruptionskandale der Vergangenheit am meisten der ÖVP geschadet haben. Von ihr wird auch am meisten Sauberkeit und Ehrlichkeit erwartet. Nicht umsonst ist das Prinzip des „ehrbaren Kaufmanns“ ein zutiefst bürgerliches Prinzip. Wir brauchen Ehrlichkeit in Politik und Gesellschaft. Die Politik muss auch unangenehme Wahrheiten offen aussprechen und richtig kommunizieren. Die Gesellschaft muss auch unpopuläre Reformen unterstützen und mittragen, wenn es um die Zukunft Österreichs geht. Wir müssen gegenüber der Zukunft ehrlicher sein als bisher.

Ein Leitbild für die Volkspartei ist ein Gebot der Stunde – und ein Angebot für alle Österreicherinnen und Österreicher. Das große gesellschaftspolitische Ziel der Volkspartei besteht darin, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben soll, sein Leben in Freiheit und Eigenverantwortung unter Nutzung seiner Talente zu gestalten. In Zeiten der zunehmenden öffentlichen Orientierungslosigkeit und Politikverdrossenheit ist es für die Volkspartei wichtiger denn je, ihr Werteprofil zu hinterfragen, weiterzuentwickeln und anschließend sichtbar und durch politisches Handeln auch wieder nachvollziehbar zu machen. Eben nicht nur in der Theorie, sondern vor allem auch der Praxis. Jeder Wert ist nur so gut, wie er umgesetzt wird.

Literatur

Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.10.2013):

„Die FDP hat völlig versagt.“

Online: [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/liberalismus-die-fdp-hat-voellig-versagt-12615688.html)

[liberalismus-die-fdp-hat-voellig-versagt-12615688.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/liberalismus-die-fdp-hat-voellig-versagt-12615688.html)

[30.12.2013]

Horx, M. (2013):

Zukunft wagen: Über den klugen Umgang mit dem Unvorhersehbaren.

München: DVA Verlag

Die Partei nominiert, die Wähler wählen

Über zukunftsfähige Personalentwicklung in der Politik

Lukas Mandl

Wichtig sei, für sich selbst die Einsicht zu haben, dass es „zwar nicht von einem abhängt, aber vielleicht auf einen ankommt“ (oder auf eine): Meiner Erinnerung nach stammt diese Weisheit aus „Der kleine Prinz“. So liefert uns Antoine de Saint-Exupéry das vielleicht entscheidende Kriterium für die politische Personalauswahl.

Eine letztlich fürchterliche Geschichte der Obrigkeitshörigkeit prägt unsere österreichische Gesellschaft auch heute noch – aller Globalisierung zum Trotz, und trotz aller formalen Bürgerrechte. Ein falscher Imperativ zur Hörigkeit gegenüber einer Obrigkeit, meist einer staatlichen oder für staatlich gehaltenen, sitzt auf unserer Schulter wie das Teufel in manchen Cartoons und säuselt uns ins Ohr. Dieser falsche Imperativ raubt oder verschüttet Tatendrang, Gesprächsbereitschaft, Veränderungswillen und Einsicht. Und irgendwann, irgendwie verschüttet er sogar das Denken.

Ich möchte nicht, absichtlich oder unabsichtlich, falsch verstanden werden: So etwas gibt es nicht nur bei uns. Und Österreich ist im Großen und Ganzen besser als sein Ruf in Österreich. Aber wir sollten uns schon schonungslos vor Augen führen, welche Defizite unsere Gesellschaft prägen. Manche sind tradiert, diese schleppen wir wie einen Rucksack schon so lange, dass wir ihr Gewicht nicht mehr bemerken.

Doch: Der Rucksack der Obrigkeitshörigkeit ist löchrig geworden. Die kleinen Steine rieseln heraus. Das ist gut so. Die Tendenz stimmt. Aber wir können uns dazu entschließen, den gesamten Rucksack an dieser Stelle auf dem Weg der Geschichte zurückzulassen. Schon die nächsten Schritte werden uns dann leichter fallen, und wir werden schneller weiterkommen.

In einer Demokratie „hält sich“ eine Gesellschaft Politikerinnen und Politiker. Diese vereinbaren die Regeln für das Zusammenleben. Die Politikerinnen und Politiker werden auf Zeit gewählt, nach Ablauf der Zeit können sie bestätigt oder abgewählt werden. In unserer Gesellschaft ist es aus den oben genannten Gründen nicht selbstverständlich, dass eine Politikerin oder ein Politiker sich dessen bewusst ist, dass es auf sie oder auf ihn vielleicht ankommt, so wie es auf jeden Menschen – wer auch immer sie oder er ist und was auch immer sie oder er macht – vielleicht ankommt. Antoine de Saint-Exupéry meint ja jede und jeden. In einem langen Menschenleben gibt es wohl mehrere Momente, in denen es auf genau diesen Menschen ankommt.

Wer meint, alles hänge von ihr oder ihm ab, ist des Größenwahns verdächtig, oder zumindest der Selbstüberschätzung. Aber wer nicht versteht, dass jederzeit die Situation eintreten kann, dass es auf sie oder ihn ankommt, wird weder Verantwortungsbewusstsein entwickeln noch die ihr oder ihm innewohnende Freiheit nützen.

Genau das – Freiheit im Fühlen, Denken und Handeln sowie Verantwortungsbewusstsein – brauchen Politikerinnen und Politiker, um ihre Arbeit gut zu machen; auch angesichts der Pressionen, denen sie ausgesetzt sind. Diese sind zum größten Teil sogar legitim. Das entbindet die Politikerin oder den Politiker aber nicht von der persönlichen Verantwortung, und das darf ihr oder ihm die persönliche Freiheit nicht rauben.

Mehr Augenmerk auf Personalentwicklung

Wir neigen dazu, bei der Suche nach Lösungen für gesellschaftliche Probleme die Veränderung von Strukturen zu wollen und bestenfalls zu betreiben. Damit sollten wir keinesfalls aufhören!

Aber die Veränderung der Personalauswahl ist für nachhaltige Lösungen und neue gesellschaftliche Erfolge mindestens ebenso wichtig wie die Strukturveränderung. Wir unterschätzen gemeinhin die Bedeutung der Personalauswahl und der Personalentwicklung.

Manchmal blenden wir sie auch gänzlich aus. Das gilt ganz besonders für die Politik.

Was ich oben über die Aus- und Abwahl von Politikerinnen und Politikern erwähnt habe, gilt für jede Demokratie, auch für die österreichische. In unserem tradierten System spielen bei der Aus- und Abwahl der Mitglieder von gesetzgebenden Körperschaften die Parteien eine größere Rolle, die Wählerinnen und Wähler aber eine kleinere Rolle als in den meisten anderen Demokratien. Unser Wahlrecht und unsere Realverfassung führen dazu, dass Parteien bzw. deren vorgelagerte und deren entscheidende Gremien mehr prädisponieren als irgendwo sonst, bevor die Wählerinnen und Wähler ihre Wahl treffen.

Die meisten Wählerinnen und Wähler haben das Gefühl, dass sie für eine Partei votieren, als wäre diese ein abstraktes Ideengebäude oder auch ein konkreter Vorhabenskatalog. Tatsächlich votieren Wählerinnen und Wähler bei Parlamentswahlen aber für Personen, die das Parlament bilden – überall auf der Welt, in jeder parlamentarischen Demokratie. Das ändert ja nichts daran, dass die kandidierenden Personen Ideen und Vorhaben präsentieren dürfen und tunlichst auch sollen.

Solange die Parteien so viel Macht haben, tragen die Führungspersönlichkeiten der Parteien, deren operative Managements und die Entscheidungsträgerinnen und -träger in den Gremien ein außergewöhnlich hohes Maß an Verantwortung in der Personalauswahl. Diese Verantwortung müssen sie mit sehr großer Sorgfalt und im Blick auf das Gemeinwohl leben.

Damit die Wählerinnen und Wähler mehr Wahlmöglichkeiten bekommen, muss die Personalauswahl stärker als bisher in deren Hände gelegt werden oder, zu Ende gedacht: in deren Händen bleiben, wo sie ja – philosophisch, wenn auch nicht rechtlich – ist, da es um Volksvertretung geht.

Auch hier stimmt die Tendenz: Bei der Nationalratswahl 2013 hatten Wählerinnen und Wähler erstmals die Möglichkeit, nicht nur Kandidatinnen und Kandidaten in Regional- und Landeswahlkreisen mit Vorzugsstimmen zu wählen, sondern auch Kandidatinnen und Kandidaten von Bundeslisten. Das Quorum an Vorzugsstimmen für eine Kandidatin oder einen Kandidaten, das nötig ist, damit Vorzugsstimmen überhaupt ins Gewicht fallen, war für alle diese Ebenen niedriger als je zuvor. Hier ging es jeweils in den Regionalwahlkreisen um 14 % der Stimmen für die jeweilige Partei, im Landeswahlkreis um 10 % und auf der Bundesebene um 7 %. Das Programm der neuen Bundesregierung sieht vor, dass das Quorum in den Regionalwahlkreisen auf 9 % gesenkt wird, und sowohl in den Landeswahlkreisen als auch auf der Bundesebene auf 5 %.

Außerdem praktizieren die Volksparteien von Niederösterreich, Tirol, Graz und Innsbruck Vorzugsstimmen-Modelle. Sie geben durch freiwillige Selbstverpflichtungen einen Teil der rechtlich bestehenden Partei-Macht an die Wählerinnen und Wähler ab, indem sie jede einzelne Vorzugsstimme werten – ohne Extra-Quoren – und bei der Besetzung ihrer Mandate dem Willen der Wählerinnen und Wähler folgen.

Das verbessert nicht nur den Wettbewerb, der seinerseits der Qualität dient. Die Angebote dieser Parteien, wirkungsvoll für Personen zu stimmen, werden auch von den Wählerinnen und Wählern sehr gerne genutzt. Das belegen die Zahlen, die ich im „Jahrbuch für Politische Beratung“ dokumentiere und interpretiere. Es wundert mich, dass die oft als „basisdemokratisch“ bezeichneten Grünen derartige Modelle nicht leben. Denn die tatsächliche Basis, die entscheiden sollte, sind die Bürgerinnen und Bürger. Und es hat mich auch überrascht, dass die NEOS zumindest bei ihrem ersten Antreten nicht ein solches Modell gelebt haben, wo sie doch verbal der Bürgerbeteiligung das Gewicht schenken, das diese tatsächlich braucht. Nicht überraschend ist für mich, dass SPÖ, FPÖ oder Team Stronach solche Modelle nicht leben.

Trotzdem stimmt die Tendenz. Und sofern wir Parlamentarismus als notwendigen Bestandteil einer Demokratie verstehen, was ich tue, werden auch in Zukunft Menschen Politik machen, und nicht etwa Bücher oder Maschinen (hier ist nicht der Ort, auf derartige, teils versteckte ideologische Konzepte einzugehen).

Die Menschen, die Politik machen, müssen auf Zeit gewählt werden und nach Ablauf der Zeit abgewählt werden können. Das macht Demokratie aus. Und wie oben dargestellt, ist die Personalauswahl ein wichtiger Hebel für die Lösung anstehender Probleme. Denn wenn Lösungen ausbleiben, dann sind die oft als Gründe angeführten strukturellen Hemmnisse vielfach vielmehr persönliche Hemmungen der handelnden Akteurinnen und Akteure.

„Job description“ für Politikerinnen und Politiker

Also sollten wir uns neben der Weiterentwicklung des Wahlrechts auch der Frage widmen, wie Menschen, die qualifiziert sind, zur Kandidatur für Mitgliedschaften in Gemeinderäten und Parlamenten motiviert werden können. Grundlegend dafür ist ein Verständnis davon, welche Voraussetzungen für politische Aufgaben qualifizieren. Ein entscheidendes Kriterium hat uns, wie oben dargestellt, Antoine de Saint-Exupéry geschenkt. Ich habe im Jahr 2012 für die Frühlings- Nummer der „Österreichischen Monatshefte“ unter dem Titel „Empathie ist ‚das neue Schwarz‘“ versucht, die folgenden zehn Voraussetzungen zu formulieren, als „job description“ für Politikerinnen und Politiker. Diese präsentiere ich auch hier gerne:

- Zunächst gibt es auf die Frage, wie man Politikerin oder Politiker wird, eine klare Antwort, die für die gelernte Österreicherin oder den gelernten Österreicher überraschend klingen mag, die sich aber mit wenigen Buchstaben ausdrücken lässt: durch Wahl! Politikerin oder Politiker wird man durch Wahl. Punkt. (Nicht zuletzt weil unser Wahlrecht das nicht zur Gänze transparent macht, wird intensiv an Möglichkeiten für eine Demokratie- und damit Wahlrechtsreform gearbeitet.)

- ▶ Wir brauchen daher Persönlichkeiten, die bereit sind, sich Wahlen zu stellen – die sich persönlich exponieren. Es bedarf auch einer Kultur des Respekts für diese Menschen – unabhängig von jedem Dafürhalten.
- ▶ Gebraucht werden Politik-Einsteigerinnen und -Einsteiger, die den Willen haben, die Vertretung von Menschen gegenüber Strukturen zu übernehmen, nicht umgekehrt.
- ▶ Wir brauchen – auch wenn das pathetisch klingen mag – Menschen, die Politik nicht nur als Beruf sehen, sondern als Berufung, die aus Idealismus agieren, die aus ihren Idealen keinen Hehl machen, die Gestaltungsziele, -willen und -kompetenz haben.
- ▶ Die Gestaltungskompetenz erfordert eine Vielzahl zunächst methodischer Fähigkeiten. Die drei für die politische Arbeit wichtigsten scheinen Kommunikation, Integration und Mediation zu sein.
- ▶ Auch die Fähigkeit zu inhaltlichen Einsichten – man könnte auch sagen: zu einem „weiten Horizont“ – ist gefragt: Einsichten in Sachlagen mit ihren unterschiedlichen, selten eindimensionalen, Aspekten, in Vergleiche und Ursache-Wirkung-Zusammenhänge; auch in Haltungen, Hoffnungen und Ängste anderer Menschen sowie deren Beweggründe.
- ▶ Wichtig ist gleichermaßen die Fähigkeit, einen Weg konsequent – auch gegen Widerstände – zu gehen, als auch jene, die eigene Meinung – aufgrund von neuer Information, einer geänderten Sachlage oder stichhaltiger Argumente – zu ändern.
- ▶ In der gegenwärtigen Situation, in der das Image der Politik schwer angeschlagen ist, in der Politikerinnen und Politiker vielfach in den berühmten „einen Topf geworfen“ werden, ist es auch wichtig, dass Menschen, die politisch aktiv werden, eine

„dicke Haut“ haben: viel intrinsische Motivation und eine hohe Frustrationsgrenze.

- ▶ „Resilienz“ ist ein Modewort. Vielleicht ist das kein Zufall. Denn die Fähigkeit, Systeme unter sich ständig ändernden Umständen zu erhalten – d. h. weiterzuentwickeln! –, ist heute wahrscheinlich wichtiger als noch vor einigen Jahrzehnten. Und diese Fähigkeit ist auch für politische Arbeit eine wichtige Grundlage. Damit in Zusammenhang steht auch die wichtige Kompetenz, Ereignisse oder Entwicklungen zu antizipieren. Denn schließlich steht Politik unter dem Imperativ, Rahmenbedingungen für Lebensqualität in der Zukunft zu schaffen.
- ▶ Das für die Politik stärkste „Modewort“ sollte „Empathie“ sein: Wenn eine Kompetenz am ehesten dazu geeignet ist, viele der oben genannten Kompetenzen zusammenzufassen, dann ist es wohl jene, Gefühle und Bedürfnisse anderer Menschen registrieren, deuten und in den eigenen Handlungen sowie im eigenen Verhalten berücksichtigen zu können. Wenn ein Wort die vielleicht wichtigste Fähigkeit für gutes politisches Wirken bezeichnet, dann ist es wohl jenes der Empathie – das gilt nicht nur für Formen, Methoden und Stile von Politik. Das gilt auch für die Wahrnehmung von Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger, ihrer Bedürfnisse etwa nach Freiheit, Chancen und Sicherheit, und damit für die programmatische sowie für die tägliche inhaltliche Arbeit auf allen Ebenen. Und das gilt umso mehr, als die Individualisierung – mit vielen positiven Effekten! – so weit vorangeschritten ist und weiter voranschreitet, dass eine zum Zweck der Komplexitätsreduktion erfolgende Zusammenfassung großer Bevölkerungsteile zu Gruppen mit angeblich ein und denselben Bedürfnissen heute nicht mehr funktioniert, weil sie der Realität nicht mehr Rechnung trägt, sofern sie das überhaupt jemals getan hat. Biografien sind unterschiedlicher als je zuvor. Empathie ist – um eine Redensart aus der Modewelt zu entlehnen – „das neue Schwarz“.

Parteien als „gatekeeper“

In einigen Jahren wird Österreich ein Dreivierteljahrhundert Demokratie am Stück haben und vermutlich auch feiern. Vor den Feiern sollten wir unsere Demokratie weiterentwickeln, im Bewusstsein der Tatsache, dass Demokratie nicht ein Zustand ist, sondern immer ein Prozess. Die positiven Tendenzen im Wahlrecht und im Bereich der Selbstverpflichtungen von Parteien sowie deren Kandidatinnen und Kandidaten habe ich oben dargestellt.

Darüber hinaus wird es wichtig sein, das Prinzip der Gewaltenteilung völlig zu internalisieren und ganzheitlich zu leben. Dafür bedarf es einer Veränderung des Politikverständnisses aller Bürgerinnen und Bürger, nicht nur der Medien- und Politik-Leute. Dafür bedarf es aber auch struktureller Veränderungen. Jene in der Personalauswahl werden einen Teil dazu beitragen, das Prinzip der Gewaltenteilung auch in der Realverfassung zu verankern. Denn persönlich gewählte Mitglieder gesetzgebender Körperschaften sind ihren Wählerinnen und Wählern nicht nur mittelbar und freilich moralisch verantwortlich, sondern auch unmittelbar und ganz alltäglich. Diese Mandatarinnen und Mandatäre werden daher eher dazu neigen, die verfassungsmäßigen Möglichkeiten der Gesetzgebung real zu praktizieren. Dann werden auch Diskussionen darüber, ob Mandate in gesetzgebenden Körperschaften „abgeschafft“ werden sollen, also ob die Gesetzgebung verkleinert werden soll, in der Tagespolitik nicht mehr auf so fruchtbaren Boden fallen, weil Bürgerinnen und Bürger nicht nur wissen werden, wer die oder der Abgeordnete für den eigenen Wahlkreis ist, sondern auch, wofür es sie oder ihn gibt.

Heute existieren kaum Narrative zur „job description“ von Abgeordneten. Mangels Sichtbarkeit oder Wahrnehmung eines praktischen Nutzens schmerzt es Bürgerinnen und Bürger kaum, wenn ihnen Vertreterinnen und Vertreter genommen werden.

Hand aufs Herz: Auf der Bundesebene werden Gesetze zwar von Abgeordneten beschlossen und davor debattiert; seltener auch verhandelt. Aber gemacht werden sie primär von Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern der Kabinette von Regierungsmitgliedern. Kabinettsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter müssen nicht darüber erobert sein, dass das hier niedergeschrieben ist, aber freuen kann es sie als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auch nicht.

Und Abgeordnete müssen schon gar nicht erobert sein. Denn was mit dem Fehlen einer „job description“ für Abgeordnete in der öffentlichen – und vielfach auch in der veröffentlichten – Meinung beginnt, endet mit einem Mangel an Ressourcen für parlamentarische Arbeit – also für die Schaffung von Gesetzen, und übrigens auch deren Abschaffung; für die Beauftragung der Regierenden und die Kontrolle von deren Arbeit. Das alles bringt eine Fülle von Aufgaben mit sich, die zum Teil ressourcenintensiv sind.

Das demokratische System muss nicht unbedingt mehr kosten, um besser zu werden. Die Ressourcen müssen nur besser verteilt werden. Spätestens dann, wenn Parlamentarierinnen und Parlamentarier persönlich gewählt werden, müssen Ressourcen von Parteien und Klubs zu Abgeordneten umgeschichtet werden. Dann haben die Mandatarinnen und Mandatäre für die parlamentarische Arbeit freie Hand. So verlangt es auch das freie Mandat. Mit den Ressourcen für die parlamentarische Arbeit soll selbstverständlich auch die persönliche Verantwortlichkeit steigen.

Wenn Parlamentarierinnen und Parlamentarier direkt gewählt werden, dann sind es vor allem die Einzelpersonen, die bei den Bürgerinnen und Bürgern vorstellig werden und im demokratischen Wettbewerb um Vertrauen für ihre Wahl oder ihre Wiederwahl werben. Parteien geben dann „Support“. Personen führen Wahlkämpfe.

Parteien werden dann nicht schwächer, sondern eher stärker. Denn ihre Aufgaben werden klarer (ebenso wie jene der Kabinettsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter übrigens). Parteien werden vielleicht mehr als bisher Sammlungsorte für Menschen mit ähnlichen Haltungen sein. Parteien werden – vielleicht mehr als bisher – Stätten der Entwicklung von Programmatik, der praktischen politischen Bildung und des politischen Managements sein. Sie sind dann auch

gleichsam Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen. Dann sind sie auch zukunftsfähig. Parteien werden auch in Zukunft eine „Gatekeeper“-Rolle spielen, indem sie Menschen nominieren, die erst dann überhaupt bei Wahlen antreten, die erst dann bei Wählerinnen und Wählern vorstellig werden können.

Zur Beantwortung dieser und verwandter Fragen lohnt sich ein Blick über die Grenzen Österreichs – nicht nur etwa in angelsächsisch geprägte politische Kulturen mit jahrhundertealter demokratischer Tradition, sondern durchaus auch in die Nachbarschaft Österreichs, etwa nach Deutschland, wo es zwar ein Listenwahlrecht gibt, Wahlen und politischer Alltag aber mehr Unmittelbarkeit mit sich bringen und die parlamentarische Arbeit mit mehr Ressourcen auf einem höheren Niveau verrichtet wird.

„Zehn Gebote“ für politische Arbeit

In der oben erwähnten Ausgabe der „Österreichischen Monatshefte“ war ich auch so unverschämt, „zehn Gebote“ zu formulieren, deren Einhaltung Bürgerinnen und Bürger meiner Wahrnehmung nach von Politikerinnen und Politikern verlangen, sei es implizit oder explizit. Ich möchte diese „Gebote“ auch heute jeder und jedem ans Herz legen, die oder der für ein politisches Mandat kandidiert:

- Stell Dich einer Wahl und sage klar, was Du mit der Dir auf Zeit zugestandenen Macht anfangen willst.
- Involviere Dich persönlich und übernimm Verantwortung für Dein Tun und Lassen, versteck Dich nicht, hinter was oder wem auch immer.
- Übe Deinen Beruf als Politikerin oder Politiker mit voller Hingabe aus, arbeite professionell. Das ist das Mindeste, was die von Deiner Arbeit betroffenen Menschen verdienen.
- Sei Dir stets darüber im Klaren, dass es das Geld anderer Leute ist, mit dem Du agierst. Es gehört den Steuerzahlerinnen

und Steuerzahlern. Du hast sparsam und zielgerichtet damit umzugehen.

- Mach Deine Werte und Ideale sowie die Ursprünge, die Motive und die Ressourcen Deines politischen Handelns transparent. Und mach transparent, wer oder was Dich sonst noch beschäftigt, sofern es für Deine politische Arbeit relevant ist.
- Nimm Bürgerinnen und Bürger als Deine Auftraggeberinnen und Auftraggeber an. Ihre „Wünsche“ seien Dir sprichwörtlich „Befehle“. Achte die Einzigartigkeit jedes Menschen.
- Triff Deine Entscheidungen in dem Bewusstsein, dass Menschen nach Dir, also kommende Generationen, und Menschen anderswo von diesen Entscheidungen betroffen sind. Mache, so gut es geht, Betroffene auch zu Beteiligten.
- Du bist dafür da, Ergebnisse zu liefern, einen konkreten Nutzen für Staat und Gesellschaft zu entfalten, nicht, um zu streiten. Wenn Du streiten musst, um zu Ergebnissen zu kommen, dann streite. Aber der Streit ist bestenfalls Mittel, nie Zweck – der politisch kultivierte Streit wohlgemerkt.
- Deine Autorität ist wertlos, wenn sie nur auf Deinem politischen Amt basiert. Lebe Authentizität, Respekt und Achtung. Auf ihnen basiert natürliche Autorität. Diese ist eine Voraussetzung für die Erfüllung eines politischen Auftrags.
- Höre zu, bevor Du etwas sagst. Frage nach, bevor Du antwortest. Offene Ohren zu haben ist besser, als den Mund offen zu haben.

Österreich braucht politisch aktive Menschen, die so oder so ähnlich fühlen, denken und handeln. Davon bin ich überzeugt. Ich durfte vor der Nationalratswahl 2013 im Auftrag des ÖVP-Chefs mehrere Dutzend Kandidatinnen und Kandidaten begleiten. Sie alle verdienen großen Respekt dafür, dass sie sich einer Wahl gestellt haben. Viele

von ihnen haben den demokratischen Wettbewerb intensiv gelebt, indem sie offensiv, mit Herz und Hirn, handwerklich geschickt und politisch beseelt, um Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erworben haben.

Die stärksten „Neuen“

Eine Begleitung in einem Wahlkampf durch jemanden wie mich anzunehmen, also sich überhaupt strukturiert auf einen solchen Wettbewerb vorzubereiten, ist schon ein Schritt hin zu einer aktiven Teilnahme am demokratischen Wettbewerb. Es überrascht daher nicht, dass die Kandidatinnen und Kandidaten mit Begleitung beinahe doppelt so gut abgeschnitten haben wie jene ohne Begleitung.

Konkret ist der Durchschnitt an Vorzugsstimmen von Kandidatinnen und Kandidaten in Regionalwahlkreisen ohne Begleitung 2,6 % der Parteistimmen, bei Kandidatinnen und Kandidaten mit Begleitung hingegen 4,5 %. Bei Kandidatinnen und Kandidaten, die angetreten sind, ohne vorher Mandatarinnen oder Mandatare gewesen zu sein, ist das Verhältnis 1,9 zu 2,7 %. Bei Kandidatinnen und Kandidaten, die als amtierende Mandatarinnen oder Mandatare angetreten sind, ist es 12,1 zu 18,3 %. Das untermauert die Thesen in diesem Text, dass Wählerinnen und Wähler sehr gerne zugreifen, wenn ihnen angeboten wird, nicht nur eine Partei zu wählen, sondern auch eine Person – oder bis zu drei Personen, wie das bei der Nationalratswahl 2013 erstmals möglich war.

Im Rahmen der ÖVP engagieren sich wunderbare Persönlichkeiten, die durch Nominierungen für Wahlen an jene Schwelle geführt werden sollen, über die sie dann nur die Wählerinnen und Wähler tragen können – hinein in gesetzgebende Körperschaften für verantwortungsvolle Arbeit auf Zeit, mit Wiederwahl- oder Abwahlmöglichkeit. Die Ergebnisse der Nationalratswahl 2013 liefern ein klares Bild darüber, was Wählerinnen und Wähler wollen und welche Persönlichkeiten das Zeug dazu haben, bei Wahlen mit Vertrauen ausgestattet zu werden.

Gemessen am Anteil der Vorzugsstimmen an den Parteistimmen sind die „Top Ten“ unter allen Wahlkreis-Kandidatinnen und -Kandidaten der ÖVP österreichweit, die nicht vor der Wahl Mandatarinnen oder Mandatare waren oder im Rahmen der Partei-Nominierung auf einem Mandats-Rang gelistet waren, Silke Steiner (Wahlkreis Osttirol, 29,8 %), Martin Gruber (Kärnten Ost, 18,2 %), Daria Sprenger (Innsbruck, 11,6 %), Manfred Hofinger (Innviertel, 10,9 %), Ernst Gödl (Graz und Umgebung, 10,9 %), Carmen Jeitler-Cincelli (NÖ Süd-Ost, 10,6 %), Gerald Weilbuchner (Innviertel, 10,5 %), Christoph Stillebacher (Oberland, 10,4 %), Franz Labugger (Weststeiermark, 10,3 %) und Barbara Krenn (Obersteiermark, 9,3 %).

Unter allen Landeslisten-Kandidatinnen und -Kandidaten der ÖVP österreichweit sind die „Top Ten“ nach den oben genannten Maßstäben Markus Ulram (Landeswahlkreis Burgenland, 1,5 %), Martin Gruber (Kärnten, 1,3 %), Hasan Vural (Wien, 1,2 %), Gudrun Kugler (Wien, 1,0 %), Norbert Sieber (Vorarlberg, 0,9 %), Asdin El Habbassi (Salzburg, 0,8 %), Lukas Schnitzer (Steiermark, 0,6 %), Julia Wagen-tristl (Burgenland, 0,6 %), Markus Figl (Wien, 0,5 %) und Elisabeth Stippich (Kärnten, 0,3 %).

Für die ÖVP-Bundesliste liest sich die „Top-Ten“-Tafel so: Gudrun Kugler (3.943 Vorzugsstimmen), Norbert Schnedl (1.850), Hasan Vural (1.557), Mofeed Akladious (664), Peter McDonald (485), Selifet Yilmaz (442), Mustafa Iscel (366), Gottfried Schellmann (358), Ulrike Mursch-Edlmayr (346) und Andrea Schwarzmann (323). (Alle Angaben ohne Gewähr)

Die sozialliberal-christdemokratische Programmatik der Volkspartei, ihre Geschichte als die politische Kraft der Zivilgesellschaft, ihre Alleinstellung als bürgerlich-liberale Gesinnungsgemeinschaft in Österreich, ihre Verankerung in den Orten, Gemeinden und Regionen, ihre unzähligen ehren- oder hauptamtlich tätigen Persönlichkeiten, deren vielfältige methodische und inhaltliche Kompetenzen, die der Volkspartei innewohnende Vision einer „Volks-Partei“ als Sammlungs-bewegung für Freiheit und Stabilität – das alles zusammen ist ein Schatz. Aber es ist auch ein großer Auftrag.

Lassen wir alle starken Persönlichkeiten zum Zug kommen; überlassen wir den Wählerinnen und Wählern die Auswahl; klären wir die Rollenverständnisse in allen Bereichen; entwickeln wir zukunftstaugliche Politik durch neue Methoden, Techniken und Prozesse; machen wir, was zu tun ist; bleiben wir authentisch; halten wir zusammen, aufbauend auf all dem. Das wird gut sein für Österreich. Unser Land verdient die besten Politikerinnen und Politiker!

Literatur

De Saint-Exupéry, A. (1943):

Der kleine Prinz.

New York: Reynal & Hitchcock

Köhler, T.; Mertens, C. (Hrsg.) (2013):

Jahrbuch für politische Beratung 2012/2013

Wien: Pro Verbis Verlag

Mandl, L. (2012):

„Empathie ist ,das neue Schwarz“

In: Österreichische Monatshefte 01/12

Weltoffen und unkonventionell

Über moderne Partei- und Engagement-Strukturen und innerparteiliche Demokratie

Josef Mantl

Seit der vom griechischen Historiker Polybios formulierten Staatstheorie prägen die beiden Axiome der Repräsentation und der Nutzenorientierung den Diskurs um politische Herrschaftsformen. Während Erstere anhand der Anzahl der Herrschenden unterscheidet, ist Letztere eine frühe Form der später von Jean-Jacques Rousseau propagierten Unterscheidung zwischen Gemeinwillen (*volonté générale*) und Summe der Einzelinteressen (*volonté de tous*).

Um moderne Partei- und Engagement-Strukturen für die Zukunft der Volkspartei zu entwickeln, müssen wir historische Entwicklungen verstehen und deuten können. Unsere Demokratie hat sich von einem Zensuswahlrecht hin zu einer allgemeinen, gleichen und direkten Mitbestimmung für alle Bürgerinnen und Bürger gewandelt. Dennoch nimmt das Interesse an politischer Teilnahme, gemessen sowohl anhand der Wahlbeteiligung als auch der Anzahl parteipolitisch aktiver Bürger, schon seit Jahrzehnten ab. Das klassische Argument der hohen Zufriedenheit der Österreicher mit unserem Lebensstandard und der steigenden Komplexität und Interdependenz politischer Entscheidungen ist zwar nicht von der Hand zu weisen, präsentiert aber dennoch nur einen Teil des Gesamtbildes.

Politische Partizipation: Personal und Programmatik

Die politischen Entwicklungen im Europa des 21. Jahrhunderts werden durch zwei gegensätzliche Strömungen geprägt. Einerseits sehen wir einen rasant steigenden Erfolg von Populisten, die einfachste Lösungen für komplexe Probleme predigen, wie z. B. Marine Le Pen's Front National oder H. C. Straches FPÖ. Andererseits beobachten wir die Entstehung partizipativer Bewegungen, wie die Piratenparteien oder die NEOS. Inhaltlich liegen große Unterschiede zwischen die-

sen beiden Strömungen, aber prozessual gedacht sind sie Ausdruck derselben Sorge: Das Axiom der politischen Repräsentation wird von den Bürgern nicht mehr so angenommen wie zuvor. Protestwähler beklagen sich darüber, dass in den beiden klassischen Großparteien nicht mehr das Volk, sondern einige wenige den Ton angeben, während Unterstützer der neuen Bewegungen eine andere Form politischer Beteiligung leben: Sowohl das politische Personal als auch die programmatische Entwicklung sind Ausdruck gelebter innerparteilicher Demokratie.

Vor allem nach deren erfolgreichen Einzug ins Parlament muss man einen Blick auf die NEOS werfen: Während für viele frühere Grüner die wirtschaftsliberale Orientierung der NEOS wichtig war, haben sich viele Bürgerliche aufgrund der erstarrten Strukturen enttäuscht von der ÖVP abgewendet. Was heißt das konkret?

Die NEOS haben einen offenen und transparenten Vorwahlprozess entwickelt, in welchem stimmliche Gleichberechtigung zwischen Parteivorstand, Parteimitgliedern und Bürgern herrscht. Alle Kandidaten verfügten über Onlineprofile mit einer kurzen Vorstellung und alle Bürger waren aufgerufen, gegen einen kleinen Unkostenbeitrag fünf Kandidaten zu unterstützen. Die erzielten Punkte aus dieser Runde wurden mit denen aus Vorstandsbeschluss und Mitgliederversammlung addiert und ergaben dann einen finalen Koeffizienten, der über die Reihung entschieden hat. Dieses Modell einer gelebten innerparteilichen Demokratie gibt allen Interessierten die Möglichkeit, die Listenstellung zu beeinflussen, während dem Vorstand durch sein Drittel dennoch eine gewisse Lenkungsrolle bleibt. (Da der Vorstand die Punkte auf weniger Kandidaten aufgeteilt hat, lag der durchschnittliche Koeffizient und somit die reale Entscheidungskraft des Vorstands sogar noch etwas höher.)

Ein anderes Beispiel für ein wirklich partizipatives Modell sind die amerikanischen primaries, welche ich als Fulbright-Stipendiat in Boston und Wahlkämpfer für Hillary Clinton persönlich miterleben durfte. Der Wahlkampf wird personalisiert und ermöglicht so den Bürgern, direkt mit allen Kandidaten zu interagieren und ihre Ideen

kennenzulernen. Natürlich erfordert dies ein unglaubliches finanzielles Engagement seitens der Kandidaten, aber Kandidaten wie Ron Paul haben es auch mit geringen Budgets zu großen Chancen gebracht. Die von Barack Obama 2008 so perfekt durchgeführte grassroots campaign hat auch gezeigt, dass das sukzessive und kontinuierliche Sammeln von Klein- und Kleinstspenden gleichfalls sehr erfolgreich sein kann.

Neben den Personalien ist die Programmatik der zweite Punkt, der erfolgskritisch für parteiinterne Partizipation ist. Das 2010 mit dem erfolgreichen modernen Konservativen Fredrik Reinfeldt als Gastredner eingeleitete Perspektivenprogramm der ÖVP wäre mit entsprechender Umsetzung beispielsweise sicher eine erfolgreiche Frischzellenkur gewesen.

Eine kontinuierliche Entwicklung und Weiterentwicklung eines politischen Programmes unter starker Einbindung aller interessierten Mitglieder rund um ein Kernteam für jedes Politikfeld wäre ein gangbarer Weg für die Zukunft, der bereits von anderen Parteien sehr erfolgreich beschritten wird. Digitale Leadership muss nicht nur wie bei den Piratenparteien in endlosen Diskussionen über das Wie anstelle des Was münden, sondern kann in einem modernen Politikverständnis auch bedeuten, grundlegende programmatische Weichenstellungen durch innerparteiliche Demokratie statt Hinterzimmerdiplomatie zu lösen.

Als Änderung im Kleinen: Das sogenannte Alex-Müller-Verfahren, das von FDP und Piratenpartei verwendet wird, lässt Delegierte bei Bundeskongressen über die Reihenfolge der Anträge entscheiden. In Anlehnung daran wäre ein solches Verfahren eine Möglichkeit für die ÖVP, innerhalb der Mitglieder ein Stimmungsbild einzufangen, um in sensiblen Bereichen die Beschlusslage zu ändern.

Für Wagemut und Wertebewusstsein

Um eine moderne Volkspartei zu schaffen, die diesen Namen auch verdient, bedarf es sicherlich einer umfassenden Veränderung.

Die programmatischen Diskussionen müssen sich von einer bündischen Logik hin zu einer in soliden Werten verankerten Weltoffenheit wandeln, die auch nicht vor unkonventionellen Lösungen zurückschreckt. Der Erfolg der Schwesterparteien CDU und CSU in Deutschland liegt ja zu einem nicht unwesentlichen Teil in dieser vereinfachten Struktur begründet. Genauso wie die SPÖ nicht zukunftsfähig ist, wenn sie sich nur als Vertreter der Arbeiterinnen und Arbeiter sieht, ist die ÖVP nicht zukunftsfähig, wenn sie ihre Entscheidungen an den Partikularinteressen von einzelnen Bünden festmacht. Dies gilt selbstverständlich auch für die Bundesländer, deren Wünschen zu oft Genüge getan werden muss.

Um auf Polybios und Rousseau zurückzukommen: Man muss die Nutzenorientierung überdenken und das Gemeinwohl vor Einzelinteressen stellen. Es darf nicht zu jahrzehntelangen Blockaden wie im Bildungsbereich kommen, wenn Österreich im globalen Wettrennen nicht zurückfallen soll. Die inhaltliche Entwicklung der ÖVP könnte sich beispielsweise innerhalb vorhandener Strukturen wie der PolAk und der Julius Raab Stiftung ansiedeln, muss aber allen Interessenten offen stehen.

Progressiv-konservative Bürgerbewegung

Jedenfalls muss die ÖVP personell offener werden. Wenn es selbst die nicht gerade als innovativ geltende französische Sozialdemokratie schafft, Vorwahlen abzuhalten, dann gibt es für die ÖVP als moderne Bürgerpartei keinen Grund, dies nicht zu tun. Die überaus positiven Erfahrungen bei lokalen Wahlen wie in meiner Heimatstadt Graz, wo der regierende Bürgermeister Siegfried Nagl bereits zweimal ein solches System unterstützt hat, sprechen ebenso für eine Einführung eines partizipativen Modells auf Bundesebene.

Ich schlage ein Modell vor, das sowohl Erfahrungen des Vorstandes als auch die Interessen der Mitglieder berücksichtigt. Für die Listenerstellung bei den nächsten Wahlen könnte man beispielsweise zwischen dem Bundespartei Vorstand und der Mitgliederversammlung splitten und beiden 50 % der Entscheidungsgewalt überlassen. Bei

einem Hearing-Konvent könnten sich alle potenziellen Kandidaten vorstellen und ein Video für die digital verfügbaren Kurzprofile gefilmt werden.

Die Mitgliederversammlung erhält durch den Einfluss auf die Listenerstellung ein komplett anderes Gewicht, wodurch viele Funktionäre und Interessenten für eine Teilnahme begeistert werden könnten. Neben der Möglichkeit, seine Stimme bei der Mitgliederversammlung vor Ort abzugeben, sollte es auch die Möglichkeit geben, online abzustimmen. Diese Onlinevorwahlen wären ebenso zu begrüßen, da sie nicht durch die Partizipation pushen, sondern durch die proaktive Bezugnahme auf die Digitalisierung unter Einbeziehung der sozialen Netzwerke auch das modern-innovative Gesamtbild stärken. Außerdem könnten durch die Neugewichtung interessierte Bürger dazu bewegt werden, Mitglieder der ÖVP zu werden, um dann bei der Mitgliederversammlung mitzustimmen.

Mit einem solchen dynamischen und offenen internen Partizipationsprozess, attraktiven Persönlichkeiten und einer Programmatik mit liberalen Elementen auf Basis gefestigter Werte kann sich die ÖVP zu einer echten progressiv-konservativen Bürgerbewegung entwickeln, deren Wahlergebnisse wieder lichte Höhen erklimmen.

Hausgemachte Probleme endlich lösen

Warum die kommenden Jahre Schlüsseljahre
für die ÖVP werden

Walter Marschitz

1996 gründete eine Gruppe jüngerer ÖVP-Anhänger und -Sympathisanten, alle um die 30 Jahre alt, zu denen auch ich zählte, die Plattform für offene Politik. Ziel dieser Gruppierung, die sich im Kern aus ehemaligen Aktivisten der Studentenfraktion Aktionsgemeinschaft, liberalen CVern und Mitarbeitern aus Partei- und Ministerbüros zusammensetzte, war, eine damals drohende inhaltliche und personelle Verengung der ÖVP zu verhindern.

Vor der Wiener Landtagswahl machte der damalige Landesparteiobmann der Gruppe das Angebot, sie durch die Platzierung auf der Landtagsliste „an guter unwählbarer Stelle“ einzubinden. Das Angebot wurde dankend abgelehnt und die Plattform stellte beim nächsten Landesparteitag einen Gegenkandidaten zu besagtem Obmann auf.

Mehr als 15 Jahre später: Ein ähnliches Milieu, eine andere ÖH-Generation, Mitarbeiter und heimatlose Sympathisanten der ÖVP, wieder jüngere Leute – diesmal eher um die 40 Jahre alt –, wieder ein starker inhaltlicher und persönlicher Gestaltungswille. Aber ein großer Unterschied: Im Gegensatz zur Plattform, die immer die Idee einer breiten Integrationspartei im Auge hatte und die eine Kandidatur als Kleinpartei nie ernsthaft in Erwägung zog, hatten die NEOS-Gründer die Hoffnung auf die Erneuerbarkeit der ÖVP aufgegeben, freilich nicht, ohne sich in den Jahren davor darum bemüht zu haben. Sie wagten die strategisch riskante Kooperation mit dem eigentlich totgesagten Liberalen Forum (oder mussten das tun) und verließen damit – etwa im Gegensatz zur Bewegung „Für Innsbruck“ zu Zeiten von Staaß – den Boden der Volkspartei. Der Rest ist österreichische Parteiengeschichte, deren weitere Kapitel erst geschrieben werden.

„Für Innsbruck“, Plattform und NEOS sind keineswegs die einzigen Initiativen, die sich im Umfeld der ÖVP in den letzten Jahren gegründet haben. Sie sind nur jene, die die größte mediale Aufmerksamkeit erreicht haben. Die ÖVP hat mit keiner der Initiativen – bis in jüngste Zeit – etwas anzufangen gewusst. Dabei spielte es letztlich nicht einmal eine Rolle, ob diese Initiativen kritisch oder angepasst waren. Offenbar macht allein schon Bewegung verdächtig.

Versagen statt Verrat

Die ÖVP muss begreifen, dass die NEOS keinen Verrat an der Partei, sondern in erster Linie ein Versagen der Partei markieren. Die NEOS haben gezeigt, dass eine bürgerliche Bewegung außerhalb der ÖVP möglich ist und Erfolg haben kann. Das wird seine Wirkung auf viele Personen, denen die Grundanlage der NEOS-Politik nicht unsympathisch war und ist, die dieser Gruppierung aber keine Chance gegeben haben, nicht verfehlen. Wenn die ÖVP darauf nicht adäquat reagiert, könnte das für sie einen existenzbedrohenden Aderlass in wichtigen Milieus bedeuten.

Letztlich ist der Erfolg der NEOS ein Spiegel auf die Schwächen der ÖVP in den Bereichen Personal, Struktur, Inhalte und Stil der Politik.

Dass die ÖVP massive Schwierigkeiten hat, Personen – vor allem dann, wenn sie quer zur herrschenden Parteilogik liegen – adäquat einzubinden, zeigen unter anderem die eingangs erwähnten Beispiele.

Was eine Integrationspartei braucht

„Eine Integrationspartei ist so breit wie die Personen, die sie verkörpern.“ Diese an sich einfache Erkenntnis ist entweder in der ÖVP nicht angekommen oder es wird deren Umsetzung durch die partei-internen Machtstrukturen verhindert.

Zum Wesen einer Integrationspartei gehört, dass nicht alle Interessen hundertprozentig berücksichtigt werden und sich in der gemeinsa-

men Parteilinie wiederfinden können. Das macht das Leben in und den Anspruch an eine Integrationspartei – im Vergleich zu einer Single-Issue-Partei – wesentlich schwieriger. Es erfordert einerseits ständige und anspruchsvolle Bemühungen um einen Interessenausgleich, andererseits aber auch das Sichtbarmachen der in der Minderheit gebliebenen Positionen. Das geschieht in erster Linie über Personen. Die einzelnen Strömungen, Milieus und auch Interessengruppen müssen sich in den handelnden Personen sichtbar widerspiegeln. Der konservative Flügel der Partei muss ebenso einen wahrnehmbaren Vertreter und damit eine Identifikationsfigur haben wie die liberalen Strömungen oder die christlich-sozial Bewegten. Anliegen wie Soziales und Umwelt müssen sich personell ebenso wiederfinden wie wichtige Berufsgruppen.

Als ein eher liberal Denkender macht mir beispielsweise mit Blick auf die Gesamtpartei das Fehlen einer prononciert konservativen Identifikationsfigur Sorgen. Eine solche Person sollte zwar nicht die Gesamtpartei führen, aber er oder sie muss glaubwürdig und wahrnehmbar sein. Aber auch viele andere Milieus, Zielgruppen und Denkrichtungen sind derzeit nicht adäquat repräsentiert.

Strategische Personalpolitik hat derzeit keinen wirklichen Stellenwert. Bei der Kandidatenaufstellung für den Nationalrat ist es offenbar wichtiger, ob ein bestimmter Bezirk vertreten ist, als dass aus den Reihen der künftigen Nationalräte die wichtigsten Sprecherfunktionen bestmöglich abgedeckt werden können. Das muss sich ändern.

Unbefriedigende Auswahl

Der Auswahl- und Entscheidungsprozess der österreichweit wahrscheinlich wichtigsten Parteirepräsentanten, nämlich der Mitglieder der Bundesregierung, verläuft schon seit Jahrzehnten unbefriedigend. Dem zuletzt in der Öffentlichkeit mehrfach geäußerten Hinweis, dass kein vernünftiges Unternehmen (und, wie ich aus dem NGO-Bereich weiß, auch keine relevante Organisation in diesem Bereich) sein Spitzenpersonal derart aussucht, ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Oftmals hat man den Eindruck, dass für einen kurzen medialen Überras-

schungseffekt jeglicher Grundsatz der seriösen Entscheidungsfindung aufgegeben wird.

Das Beispiel Deutschland hat gezeigt, dass man solche Entscheidungen offenbar sehr wohl mit vernünftigem Abstand zur Koalitionsvereinbarung treffen kann. Und für eine Regierungsbildung nach einer regulären Wahl müsste eigentlich auch genug Zeit sein, rechtzeitig verschiedene Optionen ausgelotet zu haben (inklusive der Möglichkeit für die Betroffenen, die damit verbundenen weitreichenden Lebensentscheidungen fundiert treffen zu können).

Zudem scheinen politische Personalentscheidungen – durchaus parteiübergreifend – eher mutlos. Vielfach wird ausschließlich im engsten Vertrautenkreis rekrutiert, immer öfter eigene Mitarbeiter befördert. Ein Kreis von Vertrauten ist zwar nötig, um das so wichtige, wenngleich leider auch so seltene Teamplay zu befördern. Eine zu starke Konzentration auf das eigene Milieu führt aber zu einer gefährlichen Verengung und befördert eine verzerrte Tunnelblickmentalität. Personen, die in der Lage sind, neue Milieus einzubringen und damit für eine Verbreiterung zu sorgen, werden eher als Bedrohung denn als Bereicherung gesehen.

Vielleicht sind auch die parteiinternen Schlangengruben so tief, dass man sich nur mit der Hilfe engster Vertrauter glaubt, in Position halten zu können. Das Beispiel Cäsars hat gezeigt, dass diese Hoffnung auch trügerisch sein kann. Ein Erfolgsrezept für eine Partei ist es jedenfalls nicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch das ständige Downgrading, das sich die politische Klasse unter dem vermeintlichen Druck der Öffentlichkeit selbst hat zuteil werden lassen, die persönlichen Opportunitätskosten politischen Engagements für viele potenziell Interessierte und Fähige mittlerweile unvertretbar hoch sind.

Strukturen von vorgestern

Die Personalpolitik sowie die Integrations- und Anziehungskraft einer Partei sind nicht von deren Strukturen zu trennen. Die Erkenntnis, dass die fast 70 Jahre alte ÖVP-Struktur die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht mehr widerspiegelt, kommt mittlerweile bald selbst wieder in die Jahre. Sie wurde schon in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts artikuliert und hat an Aktualität seither nichts eingebüßt.

Vor allem das Thema „Mobilität“ in einem umfassenden Kontext wird dabei nicht adäquat abgebildet: territoriale Mobilität (Wohnort und Lebensmittelpunkt), berufliche Mobilität, Mobilität in der Kommunikation (neue Medien, soziale Netzwerke), soziale Mobilität (Änderungen des persönlichen Umfelds) und Mobilität in der Bereitschaft zum Engagement (anlassbezogene, zeitlich begrenzte Mitarbeitsmöglichkeiten).

Die Struktur regionalen Engagements auf Gemeindeebene ist noch weitgehend stimmig. Die Ortsparteien haben eine klare, erlebbare Agenda, mit dem Gemeinderat einen korrespondierenden politischen Raum, die Gestaltung des persönlichen Umfelds ist für jeden Gemeindebürger irgendwie relevant. Nur die derzeitige bündische Struktur scheint auf Gemeindeebene vielfach eher eine Quelle für machtpolitische Auseinandersetzungen als für inhaltliche Befruchtung zu sein.

In den Städten stößt dieses territorial zentrierte Konzept bereits an seine Grenzen. Welcher Bezirk ist für mich als Wiener relevant? Der Bezirk, in dem ich aufgewachsen bin, der, in dem ich wohne, dort, wo ich arbeite? In der politischen Praxis in Wien übrigens oft derjenige, wo die Chance, ein Mandat zu erringen, am größten ist. So werden vor Landtags- und Nationalratswahlen Kandidaten in Wahlkreisen und Bezirken förmlich herumgeschoben. Das führt eine territoriale Gliederung eigentlich ad absurdum.

Parteiarbeit in der Großstadt muss eher Milieus ansprechen, muss Andockpunkte schaffen, die sich an inhaltlichen Interessen und Gemeinsamkeiten orientieren.

Wenn man eine berufsständisch-bündische Gliederung heute überhaupt noch für zeitgemäß hält, muss man sie jedenfalls an die geänderten Realitäten anpassen. Leitende Angestellte, neue Selbstständige, Ein-Personen-Unternehmen, Freiberufler, Non-Profits, Sozialunternehmer sind beispielsweise in den derzeitigen Strukturen nicht adäquat vertreten. Eine differenzierte Zielgruppenarbeit wäre vielleicht effizienter als die derzeitigen bündischen Strukturen.

Die eigentliche Aufgabe der Bünde, nämlich die inhaltliche Arbeit der Partei voranzutreiben und Milieus zu binden, wird meiner Wahrnehmung nach nur sehr eingeschränkt wahrgenommen. Im Mittelpunkt scheint der Hauptzweck darauf gerichtet, sich im Politikspiel um Posten möglichst gut durchsetzen zu können, wobei interessanterweise mit Erlangung eines Postens das Interesse der „siegreichen“ Struktur oft erlahmt und die handelnde Person bei der Erfüllung der Aufgabe dann sehr allein bleibt.

Die gegenwärtige Struktur behindert – im Gesamten betrachtet – eher erfolgreiche Politik, als dass sie sie fördert – auch wenn erfolgreiche Beispiele zeigen, dass es manchmal auch mit (oder trotz) der Struktur geht.

Problemfeld programmatische Arbeit

Die inhaltliche und programmatische Arbeit war lange Zeit eine Stärke der ÖVP, ist mittlerweile aber ein großes Problemfeld.

Für eine Integrationspartei stellen sich hohe Anforderungen an die inhaltliche und programmatische Arbeit. Die bündischen und territorialen Einzelinteressen müssen immer wieder gegeneinander abgewogen und zu einer Gesamtinteresse gebündelt werden. Das ist umso leichter, je klarer die gemeinsamen vereinbarten politischen Leitlinien sind und je stärker das inhaltliche Commitment ist.

In der Praxis der Volkspartei ist dieser Bereich aber seit den 1990er-Jahren sukzessive vernachlässigt worden.

Das aktuelle Parteiprogramm feiert nächstes Jahr seinen 20. Geburtstag und stammt aus einer Zeit, als das Internet nur Insidern bekannt war, Mobiltelefone noch als Statussymbole galten, Mark Zuckerberg (Facebook) seinen 11. Geburtstag feierte, der Euro noch nicht einmal als Buchgeld eingeführt war, George W. Bush als Gouverneur von Texas amtierte und Helmut Kohl noch deutscher Kanzler war.

In diesem Jahrtausend gab es noch keinen inhaltlichen Antrag auf einem Bundesparteitag, die Fachausschüsse fristen ein Schattendasein, Parteisprecher für wichtige Themenbereiche sind selbst Insidern kaum bekannt.

Es gibt kaum formelle inhaltliche Entscheidungsstrukturen, nicht einmal bei der Erstellung eines Wahlprogramms oder zur Vorbereitung von Regierungsverhandlungen. Inhaltliche Arbeit findet meist „zwischen Tür und Angel“ statt. Das macht Partizipation schwierig und geht zulasten der Qualität.

Einige Zeit kann man sich über die Vernachlässigung inhaltlicher Arbeit hinwegschwindeln und von der programmatischen Substanz oder zugeschriebenen Kompetenzen („Wirtschaftspartei“) zehren. Irgendwann spürt man die Auswirkungen in der politischen Kommunikation und die Partei wirkt orientierungslos. Beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ beispielsweise wird die ÖVP von der SPÖ seit Jahren getrieben, ohne eine Antwort entwickelt zu haben.

Der Mangel an Programmatik und verbindlich abgestimmten inhaltlichen Positionen befördert Gruppenegoismen und zentrifugale Tendenzen. Weil die Länder in vielen Fragen parteiübergreifend ähnliche Interessen haben, verlaufen die inhaltlichen Fronten heute immer öfter zwischen Bund und Ländern und nicht zwischen den (Regierungs-)Parteien.

Erfolg braucht Teamfähigkeit

Damit wäre leichter umzugehen, wenn der Umgang miteinander von Wertschätzung und einer belastbaren Grundsolidarität geprägt wäre. Es gibt in der politischen Auseinandersetzung Phasen der internen Diskussion und Phasen der unbedingten Geschlossenheit und Loyalität. Ein Wahlkampf gehört zu Zweitem. Das hat sich offenbar noch nicht überall herumgesprochen, sonst wären persönliche Profilierung zulasten des Spitzenkandidaten und die Konterkarierung der Wahlkampflinie durch einzelne Repräsentanten nicht möglich.

Erfolgreiche Politik ist – so bin ich fest überzeugt – nur möglich, wenn sich die handelnden Personen als Team sehen. Wolfgang Schüssel hat das in seiner ersten Kanzlerperiode bewiesen. Die NEOS haben diesen Teamgedanken ausgestrahlt, die letzte Regierung und die ÖVP nicht.

Wenn sich der Umgang, die gegenseitige Wertschätzung und der Teamgedanke innerhalb der Partei nicht entscheidend verbessern, wird es schwer werden, wieder auf die Erfolgsspur zu kommen.

Die NEOS haben auch Spaß und Lust an der Politik vermittelt, was zu ihrer Attraktivität gerade bei jüngeren Menschen beigetragen hat. Diese Lust muss auch in der ÖVP wieder spürbar werden.

Die kommenden Jahre werden Schlüsseljahre für die ÖVP. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben als staatstragende Partei. Und es wäre eine Illusion, würden Landesparteien, Teilorganisationen und Interessengruppen (z. B. in den Kammern) glauben, sich von der Entwicklung der Gesamtpartei abkoppeln zu können.

Die Reform der Partei wird schwierig, weil sie bei so vielen zentralen Bereichen gleichzeitig ansetzen muss. Dass das beliebte Spiel des Obmannwechsels allein keine Lösung bringt, scheint empirisch bewiesen. Gleichzeitig drängt die Zeit, weil einmal verlorene Milieus nur mit hohem Aufwand wieder zu gewinnen sind.

Viele der Probleme der ÖVP sind hausgemacht, sie können daher auch von ihr selbst in Angriff genommen und gelöst werden. Man muss es nur (endlich) tun.

Bürgerlich ist sozialer!

**Für eine moderne, bürgerliche Gesundheits- und Sozialpolitik
statt staatlicher Alimentierung und Abhängigkeit**

Peter McDonald

Herzstück der sozialen Sicherheit in Österreich ist neben einer starken Wirtschaft ein stabiles soziales Netz, das jeden von uns im Fall des Falles auffängt und auf das sich jede/r Einzelne verlassen kann. Das Wissen um dieses Netz stellt sicher, dass sich die Menschen in diesem Land auf ihre berufliche Tätigkeit und ihre Familien konzentrieren können. Der beste Sozialstaat ist daher jener, der Sicherheit bietet, aber wenig beansprucht werden muss. Ein Land mit niedriger Arbeitslosenrate, hoher Erwerbsbeteiligung und langer Berufstätigkeit im Alter kann für die wenigen, die den Sozialstaat in Anspruch nehmen müssen, eine wirksame soziale Sicherung besser leisten – und genau das muss unser Ziel sein. Gesunde Menschen und ein gesundes Sozialsystem werden nicht durch ein Mehr an Beitragsgeldern erreicht, sondern durch verstärkte Anstrengungen, soziale Bedürftigkeit und Krankheit zu vermeiden.

Sozialpolitik: Kein Monopol der politischen Linken

Die Wirtschaft ist das eine, das Soziale das andere: Diese Meinung ist weit verbreitet – und grundfalsch. Denn Wirtschaft und Soziales sind in unserem Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft die beiden Seiten der gleichen Medaille. Soziale Sicherheit ist kein isolierter Wert, sondern Resultat wirtschaftlicher Freiheit und Leistungskraft: Nur was vorher erwirtschaftet wurde, kann ge- oder verteilt werden.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die bürgerliche Wertegemeinschaft einen starken Fokus auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik gelegt und die Sozialpolitik weitgehend der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaftern überlassen. Das hat in Österreich die Vollversorgungsmentalität im „Vollkaskostaat“ gefördert und damit zu einem massiv wachsenden und kaum beherrschbaren

Ausgabenblock im Budget des österreichischen Staatshaushaltes geführt. Das wiederum hat eine Steuer- und Abgabenquote nach sich gezogen, mit der Österreich im internationalen Spitzenfeld liegt und die sowohl Wirtschaftswachstum als auch zusätzliche Beschäftigung hemmt.

Während die ÖVP die Sozialpolitik weitgehend der politischen Konkurrenz überlassen hat, lassen andere christdemokratische Parteien, wie die CDU, der Sozialdemokratie in diesem Feld vergleichsweise wenig Spielraum. Eine offensive bürgerliche Sozialpolitik ist aber auch deshalb unverzichtbar, weil die traditionelle Umverteilungspolitik der politischen Linken in jeder Hinsicht an ihre Grenzen stößt: Sie bietet weder Lösungen für strukturelle Veränderungen noch für Umbrüche, sie ist vielmehr Symptombehandlung, ohne die Ursachen für Herausforderungen anzugehen.

Sozialsystem neu denken

Die Alterung der Bevölkerung und die niedrige Geburtenrate, die Abnahme von Arbeitsplätzen und existenzsichernden Einkommensmöglichkeiten für gering Qualifizierte, der hohe Anteil bildungsferner Kinder insbesondere im migrantischen Bereich und wenig Spielraum für auch sozialpolitisch wünschenswerte Zukunftsinvestitionen (z. B. Bildung, Forschung & Entwicklung) durch die hohe Staatsverschuldung und den hohen sozialpolitischen Ausgabenblock erfordern grundlegende Reformen. Dafür ist es auch notwendig, Sozialsystem und Sozialstaat neu zu denken. Der bisherige Weg, dass Anspruchshaltungen an den Staat politisch gezielt gefördert werden, dass es kaum Anreize für Eigenverantwortung, Aktivierung und Prävention gibt, dass die Sozialpolitik keine klaren Ziele verfolgt und keine Auswege aus der Armut bietet, und dass der Gerechtigkeitsdiskurs populistisch und einseitig geführt wird („Die Reichen werden immer reicher“ ...), führt in gesellschaftspolitische Sackgassen. Die bestehenden sozialen Herausforderungen sind nicht mit Parolen nach mehr Gleichheit und Umverteilung zu beheben.

Mehr Wohlstand und mehr soziale Sicherheit durch bürgerliche Leitplanken

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen bürgerlichen Sozialpolitik im Sinne des Einzelnen und der gesamten Solidar- und Zahlergemeinschaft. Grundlegend für sie ist die Differenzierung von Wohlfahrt und Wohlstand: Wohlfahrt ist und bleibt Aufgabe der Sozialpolitik. Sie ist Ausdruck der Würde aller Menschen, indem ihre grundlegenden existenziellen Bedürfnisse erfüllt werden. Wohlstand ist hingegen eine Folge wirtschaftlicher Leistungen – und nicht von Sozialpolitik. Moderne, bürgerliche Politik zielt daher auf das Recht des Einzelnen auf Wohlfahrt wie auf die Chance des Einzelnen auf Wohlstand ab.

Nachfolgende vier Leitplanken sollen den Weg einer modernen, bürgerlichen Sozialpolitik deutlich machen und Anleitung des künftigen Handelns in der Sozialpolitik sein.

1. Proaktiv vermeiden statt nachträglich reparieren

Sozialpolitik soll die defizitär empfundenen Situationen Einzelner ändern, je nachdem, ob sich der Einzelne in einer für ihn mit seinen Mitteln nicht mehr zum Positiven zu wendenden Situation befindet (z. B. Krankheit) oder ob es um die Beseitigung eines gesellschaftlich zu verbessernden Zustandes geht (z. B. Armut). Bürgerliche Sozialpolitik handelt dabei nicht nur reaktiv, sondern proaktiv: Sie will zur Vermeidung jener Umstände beitragen, die sozialstaatliche Intervention erforderlich machen.

Wie wichtig das ist, zeigt sich im Bereich der Gesundheit: Im Gegensatz zu früher, wo das Gros der Krankheitsbelastung auf unbeeinflussbaren Infektionskrankheiten lag, liegen heute 80 Prozent der Krankheitslast auf mehr oder weniger beeinflussbaren Zivilisationskrankheiten, die durch die Reparaturmedizin nur mehr in geringem Maße heilbar sind. Trotzdem fließen 98 Prozent der Ausgaben im Gesundheitswesen in die Reparaturmedizin, und nur 2 Prozent werden in die Vermeidung von diesen Krankheiten investiert. Trotz

überdurchschnittlich hoher Ausgaben für das Gesundheitswesen, wo Österreich im internationalen Spitzenfeld liegt, werden die Österreicher zwar Jahr für Jahr älter, aber leider nicht gesünder. Obwohl die Lebenserwartung bereits auf über 80 Jahre angestiegen ist, verliert der durchschnittliche Österreicher 21 Jahre durch Krankheit und wir liegen mit weniger als 60 gesunden Lebensjahren anderthalb Jahre schlechter als der Durchschnittsbürger der Industriestaaten.

Auch was die Arbeitslosigkeit betrifft, wird überproportional in die Alimentierung und Schulung im Falle von Arbeitslosigkeit investiert, anstatt stärker auf die Vermeidung von Arbeitslosigkeit zu achten. Die verschlafene Weiterentwicklung des Bildungssystems trägt daran Mitschuld.

2. Mehr Freiheit und Eigenverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe statt Fürsorge und Abhängigkeit vom Staat

Sozialpolitik darf nicht auf staatliche Fürsorge reduziert werden und staatliche Abhängigkeiten schaffen. Das Bewusstsein für eigene Verantwortung und entsprechendes Handeln muss gestärkt werden. Für jene, die selbst mehr Verantwortung übernehmen, sollen Anreize geschaffen werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass Eigenverantwortung in allen Lebensbereichen wahrgenommen werden kann und Hilfe zur Selbsthilfe möglich ist. Diese Haltung umfasst auch ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit den sozial Bedürftigen. Aber Solidarität darf keine Einbahnstraße werden, weil Menschen für sich selbst nicht ausreichend Verantwortung wahrnehmen wollen.

3. Chancen- und Leistungsgerechtigkeit statt Gleichmacherei und grenzenloser Umverteilung

Gleichheit, getarnt als soziale Gerechtigkeit, wo jeder den gleichen materiellen Wohlstand haben soll, hat nichts mit Sozialpolitik zu tun, sondern ist die Umschreibung des Kommunismus. Gleichheit im Sinne materieller Ergebnisgleichheit ist kein Ziel bürgerlicher Sozialpolitik. Der Gleichheitsgrundsatz hat für die Gleichheit der Menschen

vor dem Gesetz unbedingte Gültigkeit. Er bedeutet aber nicht die Herstellung von materieller Gleichheit mit den Mitteln der Sozialpolitik. Anliegen bürgerlicher Sozialpolitik ist es nicht, materielle Ergebnisgleichheit durch staatliche Maßnahmen zu erzwingen, sondern vielmehr Chancengerechtigkeit für alle zu ermöglichen.

4. Die Rechte der einen sind die Verpflichtungen der anderen

Dem Recht auf soziale Leistung des einen geht zumeist die Finanzierung durch einen anderen voraus. Gerade in einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat müssen Rechte und Pflichten zwischen Personen und Institutionen transparent und in Balance sein, um den notwendigen Grundkonsens für sozialen Zusammenhalt zu sichern. Der Einzelne trägt als Erster die Verantwortung für sein Leben – soweit seine Möglichkeiten reichen und Eigenleistung zumutbar ist. Der Sozialstaat hat daher Möglichkeiten und Chancen des Einzelnen zu stärken und Prioritäten zu setzen, mit welcher Leistung er an welchen Stellen in Lebensverläufen ansetzt. Die sozialstaatliche Grundversorgung in Schicksalsfällen (z. B. Krankheit, Unfallfolgen) ist aus Sicht bürgerlicher Sozialpolitik ebenso unverzichtbar wie Beistand in bestimmten Lebensläufen (z. B. Kindererziehung, Alter). Unterstützungen Einzelner oder sozialer Institutionen sind im Sinn der Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstermächtigung auf Zeit und auf Lebenszyklen angelegt. Bürgerliche Sozialpolitik definiert und evaluiert daher Lebensrisiken. Sie verbindet deren Bewältigung mit sozialstaatlicher Hilfe auch mit zumutbaren Eigenleistungen. Der Sozialstaat soll schließlich keine Strukturen und Verhältnisse andauernder Alimentierung und daraus resultierender Abhängigkeit schaffen.

Die Steuer- und Abgabenbelastung für die Erwerbsbevölkerung ist erdrückend hoch. Um die Solidarität der Gruppe der Zahler zu erhalten und um den Wohlstand auch für die nächste Generation zu sichern, braucht es eine Entlastung und damit ein stetes Hinterfragen und Weiterentwickeln der Sozialsysteme mit dem Ziel, die Qualität und die Effizienz zu heben. Ineffizienter Einsatz von finan-

ziellen Ressourcen im Sozialwesen ist unethisch, da sie dort fehlen, wo sie benötigt werden würden.

Klare Prinzipien

Aus diesen Leitplanken bürgerlicher Sozialpolitik ergeben sich konkrete Prinzipien für die sozialpolitische Praxis.

Chancengerechtigkeit: Wohlstand für alle erfordert Chancen für jeden. Daher ist das wichtigste Ziel moderner, bürgerlicher Sozialpolitik das Herstellen von Chancengerechtigkeit. Kern von mehr Chancengerechtigkeit ist die Verbesserung der Bildungschancen für alle. Insbesondere mit Blick auf Jugendliche zielt moderne bürgerliche Sozialpolitik darauf ab, die Gefahr von „lost generations“ zu bekämpfen und sozialen Aufstieg zu forcieren.

Eigenverantwortung: Bürgerinnen und Bürger sollen nicht bevormundet oder abhängig gehalten werden. Es ist weder sinnvoll, noch soll es dem Staat obliegen, über einen komplizierten Förderungsdschungel tief in die Privatsphäre der Bürger eingreifen zu wollen. Sie sollen ihre Freiheit und Eigenverantwortung in allen Lebensbereichen wahrnehmen können. Ziel von Sozialpolitik kann daher nicht die Rundumversorgung von Personen in als defizitär betrachteten Lebenslagen in einem „Vollkaskostaat“ sein, sondern das Nutzen und Aktivieren ihrer Potenziale und Handlungsfähigkeiten. Dass Menschen eigenverantwortlich für ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft sorgen können, ist zentrales Ziel bürgerlicher Sozialpolitik. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist daher wegweisend.

Wirtschaftlichkeit: Sozialstaatliches Handeln muss für die Betroffenen effektiv und für die Gesellschaft effizient sein. Jene, die sozialstaatliche Leistungen finanzieren, haben ein Recht darauf, dass mit ihren – für sozialstaatliche Aufgaben verwendeten – Steuergeldern so effizient wie möglich umgegangen wird. Ökonomisches Handeln ist nicht der Feind des Sozialstaates, sondern dessen Bestandsvoraussetzung. Bürgerliche Sozialpolitik bekennt sich daher zur Steuerung des Sozialstaates mit ökonomischen Instrumenten

und Anreizsystemen (z. B. Wettbewerb, Management, Auslagerung, Transparenz).

Wahlfreiheit: In einer freien, eigenverantwortlichen Gesellschaft muss die personale Freiheit des Einzelnen auch gegenüber sozialstaatlich finanzierten Leistungen gesichert sein. Der Staat muss daher unterschiedliche Möglichkeiten zulassen, auf soziale Herausforderungen effektiv und effizient zu reagieren. Wo es unterschiedliche Lösungsmodelle gibt, muss der Einzelne die Wahlfreiheit haben, jenes Modell zu wählen, das den eigenen Anforderungen bestmöglich entspricht (z. B. durch Schecksysteme). Bürgerliche Sozialpolitik bekennt sich daher neben der Wahlfreiheit auf der Nachfrageseite zum Wettbewerb auf der Anbieterseite sozialstaatlich garantierter Leistungen.

Zivilgesellschaft: Sozialpolitik war und ist kein Monopol des Staates. Die in Österreich vielfältige und stark entwickelte Kultur von sozial engagierten Institutionen der Zivilgesellschaft zeigt, welche große Bedeutung und Wirkung freiwilliges Engagement für die Lösung sozialer Herausforderungen hat. Soziale Hilfswerke und Non-Profit-Organisationen sind integraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur und künftig verstärkt als Dienstleister staatlich garantierter Leistungen heranzuziehen. Der Staat soll steuern, nicht rudern. Nachdem nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im Sozialen Innovationskraft existenz- und zukunftsichernd ist, fördert und fordert bürgerliche Sozialpolitik Innovationen im Sozialbereich.

Prävention: In unterschiedlichen Bereichen der Sozialpolitik (z. B. Gesundheit, Arbeitsmarkt) zeigt sich, dass die „Reparatur“ aufgetretener Probleme enorme Aufwendungen nach sich zieht. Das Prinzip der Prävention muss daher im Sozialbereich stärker verankert und in sozialpolitischem Handeln realisiert werden. Die Entwicklung von Anreizen zur Prävention, wie sie sich in der gewerblichen Sozialversicherung bereits bewährt hat, ist daher ein wesentliches Projekt bürgerlicher Sozialpolitik. Von großer Bedeutung ist die Kapazität von Staat und Gesellschaft, gezielt

in jene Bereiche investieren zu können, wo zeitgerechte Interventionen langfristige Probleme vermeiden können (z. B. Jugendarbeitslosigkeit).

Transparenz: Wie jeder andere politische Gestaltungsbereich muss auch Sozialpolitik auf dem Boden der Empirie konzipiert und realisiert werden. Dies erfordert fundierte Expertise und Transparenz anstelle der Instrumentalisierung spezifischer Problemlagen. Sozialpolitik muss daher auf Transparenz und Evaluierung großen Wert legen, um bestmögliche Wirkung erzielen zu können.

Österreich braucht für die Zukunft eine Sozialpolitik jenseits der klassischen Umverteilungs- und Armutslinderungspolitik. Österreich braucht eine Sozialpolitik, die aktiviert und vorsorgt. Österreich braucht die neue Sozialpolitik der Volkspartei.

Ein neues Angebot legen

Was angesichts der strikten strukturellen Veränderungsverweigerung des Koalitionspartners kurzfristig getan werden muss, um wieder Anziehungspunkt für das sogenannte bürgerliche Lager werden zu können

Christoph Neumayer

Die Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers ist bei den vergangenen Nationalratswahlen noch stärker sichtbar geworden. Aufgeklärte und leistungsorientierte bürgerliche Wähler hatten erstmals wirklich ernsthafte Alternativen zur Österreichischen Volkspartei vorgefunden – sichtbares Zeichen ist der Einzug der NEOS in den Nationalrat. Für eine christdemokratische Partei, die in ihrem Namen und trotz aller Verluste den Anspruch stellt, „Volkspartei“ zu sein – und dies in einzelnen Bundesländern auch ist –, muss es jetzt darum gehen, möglichst schnell wieder jenen verloren gegangenen Wählern, die vor allem auch Nichtwähler sind, ein neues und überzeugendes Angebot zu legen. Schließlich stehen die nächsten bundesweiten Wahlen mit jenen zum Europäischen Parlament vor der Tür – ein Wahlgang, dessen Bedeutung gerade für die sich auch als „Europapartei“ verstehende ÖVP nicht zu unterschätzen ist.

Wo angesetzt werden muss

Es gilt, beispielhaft bei drei als Schwachfelder wahrgenommenen Entwicklungen anzusetzen:

1. Verbreiterung statt Verengung: Mitbewerb hat sich die Volkspartei in den vergangenen Jahren oft selbst produziert. Die Unzufriedenheit bzw. das Unbehagen mit der Rezeption neuer Ideen und der Integration engagierter Persönlichkeiten, die nicht zwingend die parteiinterne Ochsentour absolviert haben, ist ein Phänomen, das alle etablierten Parteien auf Bundesebene seit Längerem begleitet. Gegenstrategien mit „Quereinsteigern“ haben sich auch nicht immer als erfolgreich erwiesen, spätestens dann nicht, wenn sich jene oft honorigen Persönlichkeiten als

der fordernden und mit Untiefen versehenen Tagespolitik nicht gewachsen gezeigt haben.

Wie also gegensteuern? Zum einen muss mehr Augenmerk auf die nachhaltige (!) professionelle Personalentwicklung gelegt werden. Diese muss innerhalb der Parteistrukturen, aber ebenso außerhalb jener stattfinden. Wer inhaltlich kompetent, politisch interessiert ist und letztlich auch an der Weiterentwicklung des Landes positiv mitarbeiten will, muss die Chance der politischen Entfaltung erhalten – auch abseits der den gesellschaftlichen Realitäten meist ohnehin nicht mehr entsprechenden innerparteilichen Strukturen oder regionalen Überlegungen. Wie es beispielsweise gelingen kann, sich über Engagement ein politisches Mandat auf Landesebene zu erkämpfen, das funktioniert zumindest in der Volkspartei Niederösterreich gut.

Zum anderen müssen Bindungsinstrumente über Sachthemen gefunden werden – nicht jede, nicht jeder will (Partei-)Politikerin/Politiker werden. Sachkoalitionen mit bürgergesellschaftlichem Engagement können für eine gewisse Zeit das inhaltliche bzw. thematische Angebot der Partei verbreitern und das erwünschte Signal der Breite und der Sensibilität für gesellschaftlich brennende Themen geben. Engagierte Bürgerinnen und Bürger werden zu Gesprächs- und sachpolitischen Koalitionspartnern.

2. Teamgeist statt Ansammlung von Ich-AGs: Das Arbeiten im Team ist in der unternehmerischen Welt seit Langem gelebte Realität. Mit Persönlichkeiten, denen Eigenprofilierung um jeden Preis und Ignoranz vor dem gemeinsamen Arbeiten in einer Partei oder in einem Regierungsteam auf Landes- oder Bundesebene wichtiger als abgestimmtes Teamplay sind, wird kein nachhaltiger Erfolg möglich sein. Der Team-Kapitän hat auf die Teamentwicklung, den Teamgeist zu achten und den Teamerfolg sicherzustellen, die Teamspielerinnen und -spieler haben ihren Beitrag und ihr Bestes für den Gesamterfolg zu geben. Erfahrungsgemäß bleibt dabei ohnehin genug Potenzial für die Selbstpräsentation und -verwirklichung. Das ist die Erwartungshaltung der Bürgerin-

nen und Bürger, somit des Souveräns an eine politische Partei, die Regierungsverantwortung trägt.

3. Im Zweifel geht Österreich vor die Partei: Wie oft wird gerade in den sogenannten „staatstragenden“ Parteien geklagt, dass es den Populisten um so vieles besser gelingt, in der öffentlichen Meinung – und damit womöglich auch in der Wahlzelle – zu reüssieren, weil sie das für die Zukunft Notwendige verweigern und dagegen polemisieren. Für eine christdemokratische Volkspartei gilt das Gegenteil: Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen. Das bedingt exzellente und dramaturgisch entwickelte Kommunikationsarbeit, jene abhandengekommenen Narrative, die es ermöglichen, die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich für Reformvorhaben zu gewinnen. Das bedingt den Anspruch der politischen Gestaltungskraft abseits von Kleinklein. Strukturelle Veränderung kann nicht vollständig an die Verhandlungsgruppen von Kammern und Interessengruppierungen ausgelagert werden – wer nicht mehr in der Lage oder nicht willens ist, kraft seiner politischen Funktion Entscheidungen zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung eines Landes zu treffen, wird von bürgerlichen Wählerinnen und Wählern keinen Zuspruch erhalten. Wer Österreich und seine Zukunft glaubwürdig in den Mittelpunkt stellt, wird für jene wieder attraktiv werden, denen es ebenso um die Zukunft des Landes und der nächsten Generationen geht.

Mehr ist machbar

Das gegenwärtige Regierungsprogramm verzichtet weitgehend auf die von vielen erwarteten und gewünschten strukturellen Veränderungen, was übrigens nicht die (überwiegende) Schuld der ÖVP ist. Es enthält viele Absichtserklärungen und sehr allgemein gehaltene Formulierungen. Das ist schade, aber auch eine große Chance: Wer als Teil der Regierung in aller Breite, mit einer starken Teamleistung sichtbar macht, dass mehr machbar sein muss und die dazugehörigen Themen besetzt und kommunikativ „übersetzt“, der wird auch in dieser herausfordernden Situation wieder für jene Menschen at-

traktiv werden, die es zu versammeln gilt: Jene, die das Land positiv gestalten wollen und sich nicht in reiner Klientelpolitik, Schönreden und Zukunftsverweigerung ergehen.

Für eine bessere ÖVP

Warum die ÖVP der „letzten Stimme“ Gehör schenken muss

Stephan Pernkopf

„Weil die Wahrheit dessen, was man redet, das ist, was man tut, kann man das Reden auch lassen.“ Dieser Satz stammt vom deutschen Schriftsteller Bernhard Schlink und beschreibt auf den Punkt gebracht die Erfahrung, die ich in neun Jahren als Gemeinderat (durch Vorzugsstimmen von einem hinteren Listenplatz hineingewählt), in acht Jahren als Ministersekretär und Kabinettschef im Lebens- und Finanzministerium und nun inzwischen seit fünf Jahren als Mitglied der Landesregierung in Niederösterreich in und mit der ÖVP gemacht habe.

Weckruf und Aufforderung

Zu viele Menschen haben mir im letzten Wahlkampf zu verstehen gegeben: „Eigentlich kann ich Euch nicht mehr wählen, aber einmal habt ihr noch meine Stimme“. Dieses immer häufigere „letzte Mal“ muss endlich als Weckruf verstanden werden, als ultimative Aufforderung, doch etwas zu bewegen im Sinne einer enkeltauglichen Politik, von mehr Entscheidungsfreudigkeit und wieder größerer Bürgernähe. Einer Bürgernähe, die über die gesamte Legislaturperiode, wochentags genauso wie am Wochenende, gelebt wird. Dann wird es auch nicht mehr vorkommen, dass die Menschen fast negativ überrascht sind, wenn sie in Bundeswahlkämpfen einmal in fünf Jahren einen „lebendigen“ Minister vor Ort sehen.

Der Drohung, der „letzten Stimme“ Gehör zu schenken, erscheint mir die allerletzte Chance einer Wiederbelebung der ÖVP zu sein. Es gilt das Reden durch das Tun zu ersetzen.

Einsicht, Erneuerung, Einsatz

Vor der viel zitierten „Entfesselung“ braucht es daher drei andere „E“: Einsicht, Erneuerung und Einsatz. Die Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und sozialen Bedürfnisse der Menschen. Gleichzeitig den Willen zur Erneuerung und schließlich die Bereitschaft, vollen Einsatz zu bringen, ja auch persönliches Risiko zu übernehmen, um Veränderungen auf den Weg zu bringen. Solange politische Parteien eher wie persönliche Karrierenetzwerke wahrgenommen werden, wird es weiterhin an Glaubwürdigkeit fehlen.

Als Mitautor in der Perspektivengruppe bin ich überzeugt davon, dass sich hier vieles substanziell bewegen lässt, ohne dabei die eigene Wertebasis verlassen zu müssen. Dennoch: Wir müssen über den eigenen Schatten springen. Schon in den 1990ern rief der damalige Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel (völlig zu recht) zur „Eroberung der Städte“ auf. Was damit aber sicher nicht gemeint war – so scheint es aber von vielen auf dem bundespolitischen Wiener Parkett verstanden worden zu sein –, war die komplette Abnabelung vom ländlichen Raum, dem riesigen „Basis-Camp“ der ÖVP. Dort, wo wir als Volkspartei im Lebensgefühl der Menschen noch eine ganz natürliche Rolle spielen, wo ehrenamtliche Arbeit, Anpacken für die Gemeinschaft, Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds und Zusammenhalt zwischen den Generationen untrennbar mit der Volkspartei verknüpft sind.

Ideen- und Wirtschaftsmotor

Bei aller Wichtigkeit und Notwendigkeit urbaner Themen und moderner Zugänge dürfen wir diese Wurzel nicht leichtfertig austrocknen lassen. Wir brauchen den ländlichen Raum als Wirtschaftsmotor genauso wie als Ideenmotor. Dafür müssen wir weiter an gleichwertigen Lebensverhältnissen und gleichmäßiger Chancenverteilung arbeiten. Das bedarf aber vor allem auch einer (realistischen) Imagekorrektur. Die bekannten „Bilderbuchlandschaften“, gesunde Lebensmittel und intakte Natur gibt es ja tatsächlich. Da wird nichts vorgegaukelt! Dahinter stecken aber immer auch harte Arbeit, große

Leistungsbereitschaft und beeindruckende Innovationskraft. Dieses Potenzial dürfen wir nicht verleugnen. Wir müssen es ausbauen. Und wir müssen uns auch parteipolitisch wieder mehr darauf besinnen. Denn nur wer ein festes Fundament hat, hat auch den Boden unter den Füßen, um kräftig abspringen zu können. Nur so werden wir auch die Städte „erobern“. Und das ist mit Sicherheit die größte Herausforderung. Das geht nur mit authentischer politischer Arbeit: Urbanität erfordert Modernität und das Ernstnehmen neuer Lebenswelten. Das Gefährlichste, was der ÖVP passieren kann, ist das Land zu verlassen, ohne in der Stadt angekommen zu sein.

Zur Einsicht und Erneuerung: Wodurch definieren sich Parteien eigentlich? Im Wesentlichen durch Inhalte, Personen und Emotionen. Also wo sind die Inhalte der ÖVP? Und warum gelingt es momentan nicht, positive Emotionen zugunsten unserer ÖVP zu erzeugen?

Alein an der Basis, den Wählerinnen und Wählern und den vielen tausenden freiwilligen Funktionärinnen und Funktionären – als deren Verbündeter ich mich fühle – liegt es mit Sicherheit nicht. Vielmehr warten sie sehnsüchtig auf Signale von „oben“. Signale kann aber nur aussenden, wer selbst weiß, wofür er steht und wer auch neue Themen bewusst anspricht. Nur ein Beispiel: Während in Deutschland die Energiewende von beiden Regierungsparteien zur absoluten Chefsache gemacht wird, ignoriert man in Österreich diese schon längst zur Bürgerbewegung gewordene Thematik. Die nächste Zukunftsansage könnte man sofort mit der Steuerreform machen, wenn sie konsequent ökosozial ausgerichtet wird.

Spielraum nach oben

Eines erwarte ich mir als einer in der Basis fest Verwurzelter von der Spitze unserer ÖVP: Als christdemokratischer Politiker hat man in erster Linie seine eigene persönliche politische Überzeugung zu vertreten und nicht mit jenen Botschaften zu kommen, die irgendwelche Agenturen zum Scheinwohl der Partei und ihrer potenziellen Wählerinnen und Wähler auserkoren haben. Auch hier sei wieder an Bernhard Schlink erinnert.

Unsere Funktionärinnen und Funktionäre in den Gemeinden haben eine starke Polit-Pyramide unserer Volkspartei gebaut: Wir stellen knapp die Hälfte der politischen Vertreter auf Städte- und Gemeindeebene. Und immerhin fünf von neun Landeshauptleuten. Die Erkenntnis ist daher klar: Es gibt auf Bundesebene gewaltigen Spielraum nach oben. Die Spitze der Pyramide ist also aufgerufen, die richtigen und verständlichen Signale an das starke und tragfähige Fundament zu senden. Eines muss allerdings auch klar sein: Zum Regieren braucht man einen Koalitionspartner, der ein Grundverständnis für Verantwortung der nächsten Generationen gegenüber und den notwendigen Mit-Erneuerungswillen aufbringt. Die ÖVP muss aus eigener Kraft ihre absolute Stärke als Volkspartei für Österreich zurückgewinnen.

Ich wünsche mir in unserer Österreichischen Volkspartei mehr politische Handwerkskunst einer Angela Merkel und mehr Aufbruchsstimmung eines Papst Franziskus – daran müssen und werden wir gemeinsam arbeiten!

Literatur

Schlink, B. (1997):

Der Vorleser.

Zürich: Diogenes Verlag

ÖVP – noch auf Kurs?

Ein Vorschlag, strategische Anleihen aus der Wirtschaft zu nehmen

Georg Platzer

Erfolgreiche Unternehmen sind sich dessen bewusst, dass die Veränderungen im internen und externen Umfeld eine laufende Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen sowie organisationaler Strukturen erfordern.

Anforderungen der Kunden und anderer erfolgsrelevanter Stakeholder stellen dabei die wesentlichen Orientierungspunkte dar. Wie sonst sollen die Attraktivität der angebotenen Produkte und Dienstleistungen und somit der nachhaltige Unternehmenserfolg und die damit verbundene Überlebensfähigkeit sichergestellt werden? Parteien unterliegen aus meiner Sicht in großem Maße ähnlichen Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten.

Entrepreneure haben schon lange die Notwendigkeit erkannt, sich und ihr Unternehmen kontinuierlich einer Evaluierung und dem Prozess der strategischen Weiterentwicklung zu stellen. Gerade in einem Umfeld, das von wirtschaftlichen und marktbezogenen Turbulenzen geprägt ist, setzen Unternehmen diese Instrumente kontinuierlich ein, um wieder auf Kurs zu kommen oder um den sich ändernden Marktbedingungen angepasst auf Kurs zu bleiben.

ÖVP weiterentwickeln

Welche Analogie lässt sich daraus für die ÖVP ableiten? Die nachfolgenden Gedanken sollen ein Denkanstoß und Diskussionsbeitrag für einen in die Zukunft gerichteten Weiterentwicklungsprozess der ÖVP sein.

Jede sinnvolle strategische Planung beruht auf Handlungsfeldern, die sich aus klar definierten Erfolgsfaktoren und deren Entwicklung

ableiten lassen. Ich möchte mich auf drei aus meiner Sicht für die strategische Weiterentwicklung der Bundespartei äußerst relevante Handlungsfelder konzentrieren:

- ▶ Die strategische Ausrichtung und Entwicklung der Gesamtpartei
- ▶ Die organisatorische Gestaltung und Entwicklung der Parteizentrale als erfolgreiches Dienstleistungszentrum
- ▶ Die Gewinnung von überzeugten, kompetenten und motivierten Parteimitarbeitern und freiwilligen Funktionären

Strategie als Basis für die langfristige Erfolgssicherung

Viele Unternehmen sehen sich einem kontinuierlichen Veränderungsdruck ausgesetzt. Externe Faktoren, wie Bedürfnisse der Kunden, Technologien, Lieferanten, Gesetzgebung etc., verändern sich laufend. Aber auch interne Erwartungen, wie jene der Eigentümer oder Mitarbeiter, unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Diese Veränderungen, die maßgebliche Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg haben, sind oftmals vorhersehbar. Es ist somit eine Kernaufgabe von Führungskräften, das Unternehmen entsprechend den absehbaren Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. Dazu braucht es ausgeprägte Leadership und umfassende Kompetenzen im strategischen Management.

Leadership ist geprägt von visionärem Denken und der Fähigkeit, berufliche und ehrenamtliche Führungskräfte und Mitarbeiter für Veränderung zu begeistern – nur diese Begeisterungsfähigkeit führt zu kreativer und motivierter Aufgabenerfüllung.

Strategisches Management ist für mich von der Vorstellung geprägt, ressourcenbezogene und organisationale Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erlauben, nachhaltige Veränderungen in den Inhalten (Märkte/Produkte) und den Strukturen entsprechend der Zielsetzungen zu planen, umzusetzen, zu steuern und zu kontrollieren.

In vielen erfolgreichen Unternehmen haben sich Strategieprozesse etabliert, die im Führungskreis im Rahmen der Mittel- und Langfristplanung durchlaufen werden und folgende Schritte beinhalten:

- 1) Analyse der Entwicklung von externen und internen Erfolgsfaktoren in den vergangenen und kommenden z. B. fünf Jahren (Szenarienanalyse)
- 2) Analyse der Stärken und Schwächen sowie Chancen und Gefahren des Unternehmens (SWOT-Analyse) vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklungen
- 3) Reflexion von Vision (Langfristziel des Unternehmens), Mission (Kernauftrag) sowie der zentralen Unternehmenswerte (Leitbild)
- 4) Erarbeitung von smarten (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminiert) strategischen Zielen. Diese beschreiben den Zielzustand am Ende des Planungshorizonts entsprechend den zentralen internen Erfolgsfaktoren (z. B. Finanzen, Kunden, Produkte, Prozesse, Mitarbeiter).
- 5) Projektierung der Maßnahmen für die strategische Entwicklung, um die strategischen Ziele erreichen zu können. Für jede Maßnahme sind die Verantwortlichkeiten, Aufgaben sowie die erforderlichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu definieren, die in die Jahres-, Mittelfrist- sowie Langfristplanung einfließen müssen.
- 6) Die erarbeiteten strategischen Ziele sind mit den Führungskräften, z. B. im Rahmen von Ziel- bzw. Mitarbeitergesprächen, zu vereinbaren.
- 7) Um einen effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten, ist in regelmäßigen Abständen eine Fortschrittsbeurteilung vorzunehmen. Dazu werden Instrumente, wie z. B. die Balanced Scorecard, eingesetzt.

Leadership und Strategisches Management helfen dem Management, das Schiff langfristig auf Kurs zu halten. Orientierung, Sicherheit, Commitment und Motivation sind für die Organisation der Lohn, der sich in den Ergebnissen und den positiven Wirkungen für das Unternehmen ausdrückt.

Gerade die ÖVP sieht sich mit einer zunehmenden Anzahl an Parteien, gesellschaftlichen Strömungen sowie internen strukturellen und personellen Herausforderungen konfrontiert. Die richtige Strategie wird damit zur Grundvoraussetzung für die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung und zum Gradmesser für einen erfolgreich eingeschlagenen Kurs. Die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie in der Parteileitung, aber auch auf allen Ebenen der Partei kann dazu genutzt werden, gemeinsame Bilder einer erfolgreichen Entwicklung zu schaffen, Orientierung und Sicherheit den Parteimitarbeitern und Funktionären zu geben und die Motivation für den gemeinsamen Erfolg zu stärken.

Parteizentrale als erfolgreiches Dienstleistungszentrum

In vielen großen und breit diversifizierten Unternehmen kann das Pendeln zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung von Aufgaben und Entscheidungskompetenzen beobachtet werden. Ich bin der Ansicht, dass es bei Unternehmen mit einer Vielzahl von Töchtern so viel Autonomie braucht, dass ein effizientes und effektives Agieren entsprechend den Anforderungen des Marktes und des Gesamtunternehmens bei gegebenen Ressourcen und gegebener Loyalität möglich ist.

Von der Zentrale als Know-how- und Servicierungsdrehscheibe ist sicherzustellen, dass die operativen Einheiten bestmöglich (strenger Service- und Synergieanspruch!) mit entscheidungsrelevanten Informationen versorgt und durch Dienstleistungen unterstützt werden (innerparteiliches Wissensmanagement im Sinne der Wissenskonservierung und Wissensmultiplikation zur Vermeidung von Redundanzen, ÖVP-Thinktank, Koordination von Aus- und Weiterbildung innerhalb der Parteiorganisation; Themen- und Innovationsführerschaft, Management eines Berater- und Dienstleisterpools, Management einer professionellen, bundesländer- und organisationsübergreifenden Jobrotation innerhalb der Gesamtorganisation etc.). Dieser Anspruch bedingt eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung.

Dezentralisierung kann nur dann erfolgreich sein, wenn es eine gemeinsame Basis in Hinblick auf die Identität, die Politik (Spielregeln), die grundsätzlichen Strategien und das Verständnis bezüglich der Umsetzung von operativen Aktivitäten gibt. Nur so kann die gemeinsame Stärke voll entfaltet und der gemeinsame, aber auch individuelle Erfolg erreicht werden. Die sich daraus ableitende zentrale Frage ist, wie Informations-, Kommunikations-, Entscheidungs- und Leistungsprozesse idealerweise gestaltet werden können, um die Erreichung der Vision (langfristiges Unternehmensziel) und die Erfüllung der Mission (Unternehmenszweck) entsprechend den Anforderungen im Umfeld sicherzustellen.

Auch die ÖVP befindet sich immer wieder im Spannungsfeld zwischen Zentralität und Dezentralität. Diese Wechselwirkung ist stets vor dem Hintergrund des übergeordneten gemeinsamen Ziels zu sehen (Sicherstellung einer maximalen Unterstützung in der österreichischen Bevölkerung, dokumentiert durch Wahlerfolge). So wie Länderorganisationen in Unternehmen ihre individuellen Geschäftsziele bestmöglich zu erreichen versuchen, so sind dies bei den Landesparteien und daraus abgeleitet auf Ebene der Bezirke und Orte die spezifischen wahlbezogenen Ziele. Diese individuelle Sicht der nachgelagerten Organisationseinheiten ist wichtig und richtig. Es muss aber durch organisationale Strukturen (Kultur, Strategie, Aufbau- und Ablauforganisation) und Instrumente sichergestellt werden, dass das übergeordnete Ziel nicht aus den Augen verloren und im Sinne des eigenen Erfolges kontinuierlich verfolgt wird.

Ich sehe die ÖVP-Bundesparteizentrale zukünftig als eine moderne serviceorientierte Organisation, die dem Viable System Model entsprechend (einem organisationstheoretischen Modell aus der Systemtheorie des Briten Stafford Beer) über fünf lebensnotwendige Systeme verfügt, die kontinuierlich vor dem Hintergrund interner und externer Anforderungen hinterfragt und weiterentwickelt werden müssen.

► **Identität** (System 5 nach Beer): Jede Organisation verfügt über eine Struktur, in welcher die grundsätzlichen identitätsrelevanten

Entscheidungen getroffen werden. Es ist Aufgabe der Bundespartei-Zentrale, Prozesse kontinuierlich zu initiieren, zu gestalten und zu begleiten. Diese Prozesse führen zu Grundsatzentscheidungen und stärken die gemeinsame Identität bzw. Ausrichtung (Programmdiskussionen, Wahlprogramme, Kernwerte, ideologische Weiterentwicklung, Aufgabe und Leistungen der Bundespartei-Zentrale etc. etc.).

- ▶ **Strategie** (System 4): Jede Organisation muss für sich die für den Erfolg relevanten Entwicklungen im internen und externen Umfeld identifizieren, analysieren und geeignete Initiativen in Form von strategischen Zielen und strategischen Maßnahmen umsetzen. Es ist Aufgabe der Bundespartei-Zentrale, diese Analysen vorzunehmen, Strategien zu entwickeln, diese von den zuständigen Parteiorganen beschließen zu lassen sowie die Umsetzung der strategischen Entwicklungsmaßnahmen zu gewährleisten.
- ▶ **Ressourcenmanagement** (System 3): Der Einsatz von knappen finanziellen und personellen Ressourcen muss in jeder Organisation geplant, gesteuert und kontrolliert werden. Oftmals muss in diesem Zusammenhang auch der Spagat zwischen operativem Betrieb und strategischer Entwicklung bewältigt werden. Es ist Aufgabe der Bundespartei-Zentrale, den Controllingkreislauf (Planung, Steuerung, Information und Kontrolle) zu initiieren, zu begleiten und laufend zu optimieren, um einen möglichst effizienten effektiven Ressourceneinsatz zu gewährleisten.
- ▶ **Information & Koordination** (System 2): Für jede Organisation gilt es, die operativen Einheiten (System 1, s. o.) bestmöglich zu führen. Dazu ist es erforderlich, dass es zu einem kontinuierlichen Informationsaustausch hinsichtlich der Leistungen des operativen Bereiches und personeller Entwicklungen im operativen Bereich oder aber zu Entscheidungen der Firmenzentrale kommt. Es ist daher Aufgabe der Bundespartei-Zentrale, Kommunikations- und Informationsstrukturen mit den nachgelagerten Organisationseinheiten (Landesparteien, Bünde etc.) so zu entwickeln, dass gestaltungs- und entscheidungsrelevante Informationen effizient

und effektiv über unterschiedlichste (von persönlich bis virtuell) Kanäle zeitnah und verwertbar transportiert werden.

Ich bin davon überzeugt, dass durch die Analyse und Weiterentwicklung der Bundespartei-Zentrale vor dem Hintergrund dieser fünf Systeme ein wesentlicher Meilenstein für die Dynamik und den Erfolg der Gesamtpartei gesetzt werden kann.

Motivierte, kompetente Mitarbeiter als Grundlage für langfristigen Erfolg

Der „War for Talents“ ist voll im Gange. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Überalterung unserer Gesellschaft und den erhöhten Anforderungen der „Knowledge Economy“ werden talentierte, motivierte und loyale Mitarbeiter zunehmend zu einem knappen und damit gesuchten Gut. Damit Unternehmen im Wettbewerb um die besten Köpfe die Nase vorn haben, haben sie für sich erkannt, dass sie verstärkt auf ihr Image als Arbeitgeber achten. Nur wer sich klar positioniert, sich aus der Masse abhebt und ein einzigartiges Profil entwickelt, ist für „High Potentials“, die bereits im Unternehmen arbeiten bzw. die erforderlich sind, um den zukünftigen Personalbedarf zu decken, attraktiv. Die Employer Brand signalisiert Mitarbeitern und Bewerbern, wofür das Unternehmen als Arbeitgeber steht, was es einzigartig macht und warum es sich lohnt, für dieses tätig zu sein. Diese Herausforderung führt dazu, dass Unternehmen ähnlich wie bei Produkten an einer starken nach innen und außen gerichteten Arbeitgebermarke systematisch arbeiten. Diese Aktivitäten werden unter dem Begriff Employer Branding subsumiert.

Employer Branding ist ein ganzheitliches, auf der strategischen Ausrichtung des Unternehmens beruhendes Konzept zur Entwicklung einer starken, nach innen und nach außen wirkenden Arbeitgebermarke, die nachhaltig dazu beitragen soll, dass

- qualifizierte und engagierte Mitarbeiter für das Unternehmen gewonnen bzw. stärker an das Unternehmen gebunden werden,
- die Unternehmenskultur verbessert wird,
- die Qualität der Leistungen des Unternehmens optimiert wird,
- die Unternehmens-Marke bzw. die Produktmarken des Unternehmens in der Öffentlichkeit gestärkt werden.

Employer Branding für die ÖVP

Auch für die Entwicklung des Arbeitgeberimages gilt der auf Paul Watzlawick beruhende Satz, dass man nicht nicht Image entwickeln kann. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die bereits bestehenden Personalmarketingaktivitäten aus strategischer bzw. Employer-Branding-Sicht zu bewerten und weiterzuentwickeln. Klassische Employer-Branding-Projekte setzen sich aus folgenden Teilschritten zusammen:

- 1) Analyse des Status quo, der die Aufnahme von bestehenden Aktivitäten, Informationen zum Arbeitgeberimage und den angebotenen Arbeitgeberleistungen sowie deren Evaluierung beinhaltet.
- 2) In einem nächsten Schritt ist eine Imageanalyse im bestehenden und potenziellen internen und externen Arbeitnehmerumfeld durchzuführen. Allein schon diese Aktivität trägt massiv dazu bei, dass sich ein potenzieller Arbeitgeber als attraktiv in internen und externen Zielgruppen positioniert.
- 3) Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen wird die zielgruppengerechte Positionierung erarbeitet. Dabei werden sowohl die entsprechenden attraktiven Arbeitgeberleistungen als auch die Botschaften und Kommunikationsmedien erarbeitet.
- 4) Um eine nachhaltig erfolgreiche Arbeit an der Arbeitgebermarke zu gewährleisten, braucht es eine organisationale Struktur, die die Verantwortlichkeiten und Mitwirkungserfordernisse klar de-

finiert und die kontinuierliche Planung, Umsetzung und Evaluierung von gesetzten Maßnahmen sicherstellt. Wichtig ist, dass in den Employer-Branding-Prozess sowohl Vertreter der Personalabteilung, des Marketings, als auch der Führungskräfte einbezogen werden.

Ähnlich wie Unternehmen steht auch die ÖVP vor unterschiedlichsten Herausforderungen hinsichtlich der Gewinnung und Bindung von kompetenten, motivierten und entwicklungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Einerseits ist es das „Branchenimage Politik“, welches eine Herausforderung darstellt. Andererseits ist eine Partei als Arbeitgeber in Form von fixen Dienstverhältnissen oder freiwilligen Funktionstätigkeiten oftmals unbekannt. Auch der ÖVP muss es gelingen, sich als attraktiver Arbeitgeber nach innen und außen zu positionieren, um für den nachhaltigen Parteierfolg die richtigen Mitarbeiter zu haben. Dies erfordert neben der richtigen Kommunikation der Arbeitgeberleistungen (Was hat man davon, Mitarbeiter bzw. Funktionär der ÖVP zu sein?) auch deren kontinuierliche Weiterentwicklung. Hier schließt sich wieder der Kreis zur Strategie.

Die ÖVP braucht eine klare strategische Ausrichtung und eine kontinuierliche inhaltliche und organisationale Weiterentwicklung, um erfolgreich zu sein und von einer breiten Basis als attraktiv empfunden und getragen zu werden.

Die Zukunft ist ökosozial

Was die Umsetzung ökosozialer Ordnungspolitik bedeutet

Klemens Riegler-Picker

Der ehrbare Kaufmann: Ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass diese Bezeichnung – die so altbacken daherkommt – eine Renaissance erlebt? Unlängst haben mir deutsche Kollegen erzählt, dass an einer deutschen Universität Vorlesungen zum ehrbaren Kaufmann überrannt werden, während in solchen zu CSR & Co oft gährende Leere herrscht. Der ehrbare Kaufmann und die ehrbare Kauffrau: Das weckt in uns anscheinend eine Sehnsucht. Nach einem ehrlichen, geradlinigen, aufrichtigen Miteinander mit Handschlagqualität? Ehrbar: Das klingt nach einem Wirtschaften, bei dem man sich nicht über den Tisch gezogen fühlt. Bei dem das Kündigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht die Bilanz verbessert. Bei dem ethisches Handeln belohnt wird – nicht der gerissenste Egoismus, wie wir es vor, während und leider auch noch immer „nach“ der Finanzkrise beobachten müssen. Während die Jugendarbeitslosigkeit in der EU in die Höhe schnellte, sind die Gewinne des Finanzkapitalismus wieder dort, wo sie vor der Krise waren. Und es klingt nach einer Wirtschaft, die Freude bereitet, statt Burn-out zu verursachen. Die gegenteilige harte Realität spiegelt sich in Umfrageergebnissen wider, nach denen sich 32 % der Österreicherinnen und Österreicher in der Natur am glücklichsten fühlen, 32 % im eigenen Zuhause – aber nur 1 % am Arbeitsplatz.

Anreize und Regeln für Verantwortung

Was haben der ehrbare Kaufmann und die ehrbare Kauffrau mit ökosozialer Ordnungspolitik zu tun? Viel. Ökosozial Wirtschaften heißt Wirtschaften mit Verantwortung. Für die Menschen im und rund um das Unternehmen, für die Natur, in der wir eingebettet sind, für die nächsten Generationen, denen wir wohl eigentlich

etwas Schönes hinterlassen wollen. Zu guter Letzt heißt ökosozial Wirtschaften auch Wirtschaften mit Verantwortung für sich selbst.

Eine kluge ökosoziale Ordnungspolitik schafft genau jene Anreize und Regeln, die ein ehrbares und verantwortungsvolles Wirtschaften möglicher machen. Am einfachsten lässt sich das immer noch am Steuersystem aufzeigen: „Gutes belohnen, Schlechtes bestrafen“ – das ist ein einfaches Motto für eine ökosoziale Steuerreform mit einem mehrfachen Nutzen. Wenn man nach diesem Prinzip unerwünschtes Verhalten stärker besteuert (wie zum Beispiel das Verbrennen fossiler Energie und damit das Anheizen des desaströsen Klimawandels) und Erwünschtes weniger stark (wie zum Beispiel Arbeit), dann tut das der Umwelt gut, schafft das Jobs und bringt sogar mehr Wirtschaftswachstum. Diese mehrfache Dividende wurde oftmals belegt, sei es durch die Erfahrungen in anderen Ländern wie Schweden oder Dänemark sowie durch diverse wissenschaftliche Studien. Wer das Gegenteil behauptet, hat nicht hinreichend recherchiert oder verteidigt mit hoher Wahrscheinlichkeit Klientelinteressen. Das ist zwar auch legitim, aber gut für das Land und seine Leute ist es nicht.

Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft

Die Ökosoziale Marktwirtschaft steht ganz in der Tradition von Walter Eucken und den geistigen Vätern der Sozialen Marktwirtschaft – Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard. Müller-Armack wollte „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt verbinden“. Die Soziale Marktwirtschaft wollte über Wachstum Wohlstand für alle schaffen – was in vielen Teilen Europas auch gut gelungen ist –, auch wenn man über eine faire Verteilung natürlich streiten kann und muss, was auch daran liegt, dass wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft selbst zugunsten eines marktliberaleren Ansatzes leider verlassen haben. Aber wir stoßen auch mit der Sozialen Marktwirtschaft heute an zumindest zwei Grenzen:

Erstens ist sie, was die Auswirkungen unseres Wirtschaftens auf die Natur anbelangt, vielleicht nicht gerade blind, aber zumindest kurz-sichtig. Unser Ressourcenverbrauch ist so hoch, dass wir ca. drei Erden bräuchten, wenn alle Menschen auf dem Globus unseren österreichischen Lebensstil kopieren würden. Der durch unser Wirtschaften und Leben verursachte Klimawandel wird nur mehr von Menschen bestritten, die sich weigern, die Ergebnisse der Klimaforschung von den dafür zuständigen Klimaforscherinnen und -forschern zu lesen und so ernst zu nehmen wie vielleicht die Steuertipps ihres für Steuerfragen zuständigen Steuerberaters. Wirksame Antworten auf diese Herausforderungen sind noch nicht in Sicht. Mit einer Verbesserung der Effizienz und technischen Lösungen werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen. Dazu ist die nötige Kurskorrektur zu groß. Während unsere Wirtschaft seit 1990 um rund 56 % gewachsen ist, hat sich beispielsweise die Energieeffizienz nur um 8 % verbessert. Der Energieverbrauch ist um 44 % gestiegen. Bumerang-Effekt nennt man dieses leidige Problem, dass eingesparte Energie gerne in zusätzlichen Komfort investiert wird. Ein VW-Käfer Baujahr 1968 hatte mit 7,5 Litern genau den gleichen Verbrauch auf 100 Kilometern wie ein VW-Beetle 40 Jahre später. Klar ist er bequemer und schneller. Der Effekt für die Umwelt ist aber gleich negativ geblieben. Mit Technik und Effizienz schafft man daher vielleicht eine leichte Kurve, aber keine Kehrtwende, wie wir sie im Zusammenhang mit den Treibhausgasemissionen innerhalb weniger Jahre brauchen.

Zweitens bietet die Soziale Marktwirtschaft keine Antwort auf die Frage, wie wir mit Zeiten niedriger Wirtschaftswachstumsraten umgehen sollen. Die politische Antwort ist derzeit so simpel wie unzureichend – auch wenn sie verständlich ist: der Ruf nach mehr Wirtschaftswachstum. Auch auf Kosten sozialer und ökologischer Errungenschaften. Aber das wird das Problem nicht lösen, sondern vielleicht ein wenig nach hinten schieben. Und uns dafür soziale und ökologische Probleme einhandeln. Woran es mangelt, sind Antworten, wie unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch in Zeiten niedrigen Wachstums oder sogar ohne Wachstum funktionieren kann. Nicht weil es ein Ziel ist, nicht zu wachsen. Sondern weil uns das Wirtschaftswachstum im bisherigen Sinne an die ökologischen

Grenzen führt, und weil es in entwickelten Volkswirtschaften langfristig mit den Wachstumsraten bergab geht. Österreich hatte nach dem Zweiten Weltkrieg teils ähnlich hohe Wachstumsraten wie einige Schwellenländer heute – im Schnitt in den 1950er-Jahren 6,4 %. Die Wachstumsraten sind kontinuierlich gesunken und lagen von 2000 bis 2010 bei durchschnittlich 1,7 %. Also: Es ist hoch an der Zeit, Hirnschmalz in die Frage zu investieren, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen und wie unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eventuell auch ohne Wachstum funktionieren kann. Um nicht fahrlässig am Wachstumsfetisch hängen zu bleiben wie ein Süchtiger an der Nadel. Das unreflektierte, blinde Festhalten am Wirtschaftswachstum ist auch aus einer anderen Perspektive bedenklich: Jared Diamond, ein amerikanischer Evolutionsbiologe, hat in seinem Buch „Kollaps“ aufgezeigt, warum Kulturen wie die Mayas, die Osterinsulaner oder die grönländischen Wikinger untergegangen sind. Ein gemeinsames Merkmal des Scheiterns war das Festhalten an bisherigen Erfolgsstrategien, auch wenn der Karren bereits offensichtlich gegen die Wand steuerte. Man baute intensiver an, wenn die Böden schlechter wurden, man schlug mehr Holz als nachwuchs. Die Wikinger wären nicht ausgestorben, hätten sie Fisch gegessen, als ihre Nahrung ausging. Aber Fisch galt in ihrer Kultur als nicht essbar. So einfach kann man aussterben. Alternativlosigkeit führt zu einem Tunnelblick, der geradewegs in die Katastrophe führt.

Ökosoziale Alternative

Daher: Es gibt immer eine Alternative! Und die Alternative ist heute ökosozial. Die Ökosoziale Marktwirtschaft sucht die Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anliegen. Ein ökosozialer Ordnungsrahmen anerkennt den Wert der Natur und gibt ihr – wo es sinnvoll ist – einen Preis. Das führt zu mehr Kostenwahrheit und einem nachhaltigeren Wirtschaftssystem. Und der ökosoziale Ordnungsrahmen zieht da Grenzen ein, wo der Markt nicht funktioniert. So wie das Eigentumsrecht das Eigentum schützt, das Arbeitsrecht vor Ausbeutung und das Kartellrecht vor einer zu starken Konzentration von Wirtschaftsmacht, braucht es genauso definitive Grenzen bei der Nutzung von Ressourcen und Natur. Dass wir da-

ran vor allem auf internationaler Ebene noch scheitern, offenbaren die alljährlichen Klimaverhandlungen: Ein Beistrich-Feilschen auf dem Text-Basar statt einer gemeinsamen, solidarischen Kraftanstrengung. Ein erbärmliches Schauspiel, bei dem gerade die „reiche“ Welt und die Wirtschaft eine positivere Führungsrolle übernehmen müssten. Aber es wird keine Entschuldigung geben. „Denn sie wissen, was sie nicht tun“ – um es abgewandelt christlich-sozial zu formulieren.

Der ehrbare Kaufmann und die ehrbare Kauffrau wüssten nicht nur, was sie zu tun hätten. Sie würden es auch machen. Schön, dass ihre Vorlesungen gut besucht sind.

Liegt die Wahrheit in der Mitte?

Versuch einer politischen Verortung der Volkspartei

Michael Strugl

Als die Herausgeber dieses Buches an mich herangetreten sind mit dem Vorschlag, einen Beitrag zum Thema „Weiterentwicklung der ÖVP“ aus meiner Sicht zu verfassen, dachte ich: Gut, ein weiterer Beitrag in einer unendlichen Reihe von klugen und gut meinenden Vorschlägen zu einer Frage, die mich seit meinem Einstieg in die Politik begleitet. Dabei sehe ich das gar nicht negativ, im Gegenteil: Die Diskussion über Entwicklungsperspektiven und Strategien für die Österreichische Volkspartei ist ein Zeichen für die Lebendigkeit innerhalb dieser Gesinnungsgemeinschaft. Eine Diskussion, die natürlich auch einer politischen Konjunktur folgt und nach weniger erfolgreichen Wahlen immer ihre Kulminationspunkte hat.

Für mich geht es dabei nicht um das Ob, sondern um das Wie. Wenn sich die Spitzenrepräsentanten der Volkspartei nach einem wochenlangen Akt der Selbsterfleischung zur nächtlichen Sitzung in der Politischen Akademie zusammenfinden, um am nächsten Tag zu erklären, nichts wurde infrage gestellt und es handelte sich um eine Routinesitzung, so ist das ein beredtes Zeugnis für die mangelnde Streitkultur innerhalb der Partei. Beim politischen Beobachter löst dies Kopfschütteln aus, die Parteibasis ballt die Fäuste in der Hosentasche.

Harte Diskussionen im inneren Kreis

Natürlich ist es kontraproduktiv, der Parteiführung ständig öffentlich auszurichten, dass man ihre Linie nicht mitträgt. Das kann in Einzelfragen notwendig sein, aber es kann nicht zur Grundmaxime des politischen Handelns erhoben werden oder gar konzertiert erfolgen. Die sachliche, wenn erforderlich auch harte Diskussion über inhaltliche Fragen muss geführt werden – dort, wo sie hingehört – im

inneren Kreis der Partei. Dort aber in aller Offenheit und ohne unangebrachte Diplomatie.

Das Problem unserer Partei ist: Wir machen es umgekehrt. In den Gremien verschweigen wir uns, weichen den Konflikten aus, die Debatte führen wir medial. Ich breche eine Lanze für eine kontroverse inhaltliche Diskussion mit Leidenschaft in unseren Versammlungen, bei unseren Klausuren, in unseren Gremien. Eine spannende, herausfordernde Auseinandersetzung statt üblicher Sitzungsrituale, das würde möglicherweise auch die Entscheidungslogik innerhalb der Partei verändern.

Partei der Mitte

Also auch in diesem Zusammenhang die Frage: Wohin geht diese Volkspartei? Welchen Weg geht sie? Die Partei gibt sich die Antwort selbst: Wir sind die Partei der Mitte.

Das wirft zunächst die Frage auf: Was ist die Mitte? Wo verortet sich die ÖVP im ideologischen Spektrum? Exakt – also mittig – zwischen links und rechts? Was ist mit Mitte sonst gemeint? Mainstream? Mittelstand? Mittelalter? Liegt die Wahrheit in der Mitte? Ist der Kompromiss gemeint, der tagespolitisch gelebte Pragmatismus? Also etwa: nicht Fisch, nicht Fleisch?

Die ideologische Antwort gibt die innere Verfasstheit der Volkspartei, ihre politische DNA. Die Volkspartei ist konstruiert als soziale Integrationspartei, die auf einem christlich-sozialen demokratischen Wertefundament fußt. Das ist der Wesenskern dieser Partei. Diese Grundlagen haben seit der Gründung der Partei Gültigkeit. Und das, obwohl sich die Welt um die ÖVP herum im Laufe der Jahrzehnte dramatisch verändert hat. Zwangsläufig stellt sich die Frage: Ist diese Programmatik noch zeitgemäß?

Der Vorteil der Volkspartei ist: Sie muss sich nicht neu erfinden. Ihre politischen Grundwerte sind nicht modern in dem Sinne, dass sie einer Mode folgen. Sie sind zeitlos und damit allgemein gültig. Viel-

mehr stellt sich die Frage, ob sie auch nach außen erkennbar sind. Kann die ÖVP ihre Werte in einer veränderten Gesellschaft verständlich machen?

Mit dem Strukturwandel, den sozialökonomischen Umbrüchen in unserer Gesellschaft ist auch ein Wertewandel einhergegangen. Politische Grundhaltungen werden nicht mehr an die nächste Generation weitergegeben. Urbanisierung, Individualisierung und die Informationsgesellschaft haben neue politische Milieus geschaffen. Das führt auch zu Umbrüchen in der Parteienlandschaft. Haben SPÖ und ÖVP bis in die 1980er-Jahre noch 90 Prozent des Wählerspektrums abdecken können, sind es heute nur mehr 50 Prozent. Auf den ersten Blick scheint das politische Angebot der ehemaligen Großparteien an Aktualität verloren zu haben. Oder sprechen wir von einem Marketingproblem?

Tugenden der Volkspartei

Die Literatur über die Wirkungszusammenhänge in der politischen Kommunikation ist mannigfaltig. Modelle zur Lokalisierung neuer Wählerschichten in einer veränderten politischen Demografie, neue revolutionäre Ansätze im Polit-Marketing, die Professionalisierung der Parteiarbeit – all das ist heute Teil eines immer intensiveren politischen Wettbewerbs. Aber das ist eben Handwerk, nicht mehr und nicht weniger. Mit Social Media allein wird man auch heute nicht mehrheitsfähig.

Auch für die Volkspartei wird auf dem politischen Markt eine Frage entscheidend sein: Treffen wir mit unserem politischen Angebot den Nerv, also die Bedürfnisse und die Lebenswirklichkeit der Menschen und sind wir mit unserer Botschaft authentisch und glaubwürdig?

Worin bestehen die Tugenden der Volkspartei? Schauen wir noch einmal auf ihre Kernwerte: unser christliches Menschenbild, unser Bekenntnis zu Österreich, Leistung und Eigenverantwortung, Subsidiarität und Solidarität mit den Schwächeren, die Familie als Grundbaustein unserer Gesellschaft. Das soll im politischen Handeln

erkennbar sein. Daraus leiten wir unsere politischen Grundhaltungen ab: Wirtschaftskompetenz gepaart mit sozialer Verantwortung, ein differenzierender bildungspolitischer Ansatz, der die Begabungen und die individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine kraftvolle europäische Vision des politischen Gestaltens im Zeitalter der Globalisierung. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Eine Politik für die nächste Generation, für die wir die Verantwortung tragen.

Manchmal habe ich das Gefühl, wir sind die erste Politikergeneration, die ihren Nachfolgern weniger übergibt, als sie von ihren Vorgängern übernommen hat. Wer selbst Kinder hat, weiß, was ich meine. Wenn wir an unsere Kinder denken, bekommen die Folgen, unter Umständen die Spätfolgen unserer Politik auch ein Gesicht. Wollen wir, dass unsere Kinder die Rechnung dafür bezahlen, was wir uns geleistet haben? Tun wir wirklich alles, um die Talente und Potenziale dieser jungen Menschen zu fördern, und geben wir ihnen so die Chance, ihre eigenen Träume und Vorstellungen zu verwirklichen und machen wir ihnen damit einen Zuwachs an Lebenschancen nutzbar? Wenn wir in der Volkspartei diese Fragen in den Mittelpunkt unserer politischen Entscheidungen rücken, werden wir auch als Partei zukunftsfähig sein.

Lebensentwürfe kennen

Wenn wir das vermitteln können, dann sollten wir die Menschen auf diesem Weg auch mitnehmen können, und das ist kein vordergründiges Marketingproblem. Dabei ist vielmehr entscheidend, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, nicht, wo wir selbst stehen. Menschen, deren Vertrauen wir gewinnen wollen, werden einen einfachen Maßstab an ihre Wahlentscheidungen anlegen: Verstehen die Volkspartei und ihre Politiker, was mich bewegt, was mich betrifft, was meine Probleme sind? Dazu müssen wir ihre Lebensentwürfe kennen und verstehen lernen und die Volkspartei darf sich nicht in Parallelwelten bewegen und von den Realitäten ihrer Wähler abkapseln.

Das heißt nicht, dass wir einen Catch-All-Ansatz verfolgen müssen oder es gar jedem recht machen wollen. Es heißt aber im Grunde, dass wir uns in den großen Fragen nicht gegen die Mehrheit stellen sollen. Die Politik der Volkspartei sollte immer mehrheitsfähig sein. Erfolgreiche Volksparteien in den Bundesländern praktizieren das seit vielen Jahren erfolgreich, sehr oft ihrem politischen Instinkt und weniger politikwissenschaftlich hinterlegten Strategien folgend. Wer eine Partei der Mitte sein will, braucht auch diese Breite. Das hat nichts mit Mainstream oder Populismus zu tun, das ist eine Frage des politischen Hausverstandes.

Das ist auch nicht der Weg des geringsten Widerstandes. Politik braucht klare und zeitnahe Entscheidungen, das erfordert manchmal Mut. Mut zur Veränderung, Mut, Probleme nicht nur zu benennen, sondern Handlungserfordernisse klar auszusprechen. Wie sagte der langjährige CSU-Fraktionsvorsitzende und Landtagspräsident Alois Glück kürzlich bei einem Vortrag in Linz: Die Zukunft gehört nicht den Ängstlichen.

Es geht auch nicht darum, dass wir dem Volk nach dem Mund reden. Das hat auch Franz Josef Strauß nicht gemeint, als er von der Lufthöhe über den Stammtischen sprach. Es geht um eine klare, verständliche, nachvollziehbare politische Linie, die das Profil der Volkspartei klar konturiert und scharf stellt. Die politische Debatte verläuft heute entlang neuer Konfliktlinien, etwa in Fragen der Generationengerechtigkeit oder zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Das erfordert vielfach Verständnis für ökonomische Zusammenhänge. Je komplexer politische Sachverhalte sind, desto wichtiger sind klare und verständliche politische Aussagen. Wenn die Sprache der ÖVP zum politischen Idiom degeneriert, zu einer Sprechweise einer abgegrenzten Gruppe, wird niemand verstehen, was wir meinen, und sei unsere Programmatik noch so gut. Und: Zur Sprache gehört auch die Körpersprache einer Partei, ihre politische Stilistik.

Auch das ist ein Synonym für die Partei der Mitte. Mitten im Leben, mitten unter den Menschen. So wünsche ich mir die Volkspartei – in Inhalt und Form.

Papiertiger oder Parteibewegung?

Über Customer Relationship Management in der Politik und die Potenziale der Volkspartei

Andreas Würfl

In der Wirtschaftswelt hat man die Herausforderung erkannt: Der verschärfte Wettbewerb und damit verbundene Umsatzrückgänge haben immer mehr Unternehmen dazu motiviert, ihre Geschäftserfolge langfristig durch verbesserte Kundenbeziehungen abzusichern. Statt Massenmarketing mit der „Gießkanne“ zu betreiben, versuchen Unternehmen, ihre Kunden möglichst „individuell“ zu betreuen. Das Verhältnis zwischen Kunden und Unternehmen wird so zu einer Beziehung, die man gestalten muss. Außerdem ist es deutlich aufwändiger, einen neuen Kunden zu gewinnen, als bestehende Kunden mit weiteren Produkten und Dienstleistungen zu versorgen.

All diese Veränderungen in den Beziehungen zu Kunden sind im Konzept des Customer Relationship Management (CRM) gebündelt. Dabei geht es nicht um technische Lösungen, sondern um eine Management-Grundhaltung, die den systematischen Aufbau und die professionelle, nachhaltige Gestaltung von Kundenbeziehungen in den Mittelpunkt stellt. Die Rolle des Kunden verändert sich dabei durchaus in Richtung Partnerschaft. So bemühen sich viele Unternehmen darum, die Erfahrungen und Anforderungen von Kunden für Innovationen zu verwerten – usergenerierte Innovation lautet dazu das Schlagwort.

Existenzielle Herausforderung

In der Welt der Politik stellt sich die Situation etwas anders dar. Auch hier gibt es verschärften Wettbewerb und „Umsatzrückgänge“ in Form sinkender Wählerstimmenanteile. Bemühungen, Alternativen zum politischen Massenmarketing zu entwickeln, stecken jedoch noch in den Kinderschuhen. Abgesehen von der Inflation an Zielgruppen-Aussendungen ist soziodemografisches Marketing vielfach

noch ein Fremdwort. Das liegt nicht nur an mangelndem fachlichen Know-how, sondern oft auch an mangelndem Engagement. Parteiorganisationen, die nicht wissen wollen, wohin sie „rennen“ sollen, rennen eben nicht.

CRM für die Volkspartei

Außer Frage steht, dass politisches Customer Relationship Management (CRM) unterschiedliche Kunden adressieren muss: die Funktionäre, die Parteimitglieder sowie die Wählerinnen und Wähler. Funktionäre, die zu viel mit sich selbst beschäftigt sind; Parteimitglieder, die nur Papiertiger in Mitgliedskarteien sind; Wählerinnen und Wähler, die nicht mobilisiert werden – zwischen all diesen Problemen und Phänomenen besteht ein direkter Zusammenhang. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Volkspartei diesbezüglich vor allem im urbanen Bereich vor enormen und letztlich existenziellen Herausforderungen steht. In vielen großen Städten ist sie auf dem Weg zur Nummer fünf.

Wie könnte nun ein CRM-Programm für die Kunden der Volkspartei aussehen? Welche Leistungen muss eine Partei wie die ÖVP gegenüber ihren Kunden erbringen – und womit muss sie im Gegenzug rechnen können? Vier Themen sind in diesem Zusammenhang zu diskutieren: das politische „Produkt“ und seine Struktur, der Dialog mit den Kunden und deren Mobilisierung.

Schlank, offen, klar

- **Produkt:** Zunächst muss Klarheit über das „Produkt“ geschaffen werden. Was will die Volkspartei, wofür steht die Volkspartei, was möchte sie erreichen? Für eine Partei, die sich aus unterschiedlichen inhaltlichen und strukturellen Quellen speist, ist die Arbeit am „Produkt“ besonders wichtig. Je zersplitterter und uneinheitlicher sich eine Partei präsentiert, desto schwieriger ist es, sie den „Kunden“ zu vermitteln.

Die Auseinandersetzung mit politischen „Produkten“ erfordert allerdings auch zu hinterfragen, ob das jeweilige Produkt in seiner jetzigen Form überhaupt noch nachgefragt wird. Ein Vergleich aus der Wirtschaftswelt zeigt, worum es geht: Die finnische Firma Nokia arbeitete laufend an der Verbesserung ihrer Handys mit exzellenter Tastatur – dies aber auch dann noch, als die Kunden längst Smartphones mit touch screens nachfragten. Umgelegt auf die Politik muss man sich heute fragen, ob die Bürger insbesondere im urbanen Bereich nicht nach anderen politischen „Produkten“ Nachschau halten als nach traditionellen Parteien. Man erwartet sich von politischen Akteuren schließlich nicht mehr Antworten auf alle Fragen der Zeit, sondern Antworten zu den großen Themen des Lebens in der Stadt, wie Lebensqualität, Wohnen, Verkehr oder Jobs.

Möglicherweise müssen politische „Produkte“ im urbanen Bereich heute wesentlich „schlanker“ und gleichzeitig offener gestaltet sein, als das bisher der Fall ist. Die lineare Weiterentwicklung und gleichförmige Verbesserung des bisher schon jahrzehntelang angebotenen Produkts wäre somit der falsche Weg. Wer Erfolg haben will, muss den Schwerpunkt auf wenige, klare inhaltliche Anliegen legen – das Ergebnis sind Themen, wo in der Partei tatsächlich alle an einem Strang ziehen müssen. Angesichts der Entwicklung der Volkspartei in großen Städten besteht ohnehin akuter Handlungsbedarf. Neue, innovative Modelle müssen offensiv und offen diskutiert werden.

Engagement fördern statt verhindern

- **Strukturen:** Ein politisches „Produkt“ braucht angemessene (Vertriebs-) Strukturen. Wenn die Zukunft politischer Parteien darin liegt, nicht mehr auf alle Fragen des Lebens, sondern auf entscheidende Fragen des Zusammenlebens Antworten zu geben, dann muss sich dies auch in den Parteistrukturen niederschlagen. Der bereits legendäre Bericht von Sebastian Kurz über seine anfänglichen Engagementversuche bei der ÖVP – die Bezirksorganisation seines Heimatbezirks wies ihn ab, er sollte wiederkommen, wenn er älter sei – zeigt, dass bestimmte Parteistrukturen

und -„kulturen“ politisches Engagement verhindern, anstatt es zu befördern.

Es braucht eine gemeinsame strukturelle Basis statt unnötige Zersplitterung. So ist etwa in Wien die bündische Struktur der ÖVP auf Bezirksebene zu hinterfragen – es gibt hier ja keine Kammern auf Bezirksebene –, während sie auf Landesebene durchaus Sinn macht. Entscheidend ist, dass ein starker inhaltlicher und struktureller Kern der Partei mit kleinen, effizienten Gremien auch unterschiedliche Andockstationen für unterschiedliche Initiativen und Anliegen bietet. Nicht die Aussicht auf eine lebenslange Funktionärskarriere, sondern thematisch definiertes, temporäres und entsprechend selbstbewusstes Engagement muss Zukunft haben. Engagement mit einem klaren Ziel, einer konkreten Aufgabenstellung und einem absehbaren Zeit-horizont macht Politik konkret und sorgt auch für bessere Ergebnisse. Im angelsächsischen Raum ist es weit verbreitet und gehört zum guten Ton, sich eine Zeit lang auf regionaler Ebene zu engagieren. Strukturen, die diese Form des Engagements zulassen, erweitern auch den Pool zur Rekrutierung politischen Spitzenpersonals.

Kommunikation und Interaktion

- Dialog: Der kontinuierliche Dialog mit den Kunden ist eine Kernleistung politischer Parteien – und wo er das nicht ist, muss er es dringend werden. Die Frage der Kommunikation von Politik steht in engem Zusammenhang zum „Produkt“. Wie kommuniziert eine Partei mit ihren Mitgliedern? Viel, wenig oder gar nicht? Kommuniziert sie nur dann mit den Mitgliedern, wenn sie von ihnen etwas will?

Kommunikation mit den Kunden ist eine Daueraufgabe. Die Kunden müssen in den politischen Prozess eingebunden und „Teil der Firma“ werden: durch Information, aber auch durch Interaktion. Die Parteibasis darf nicht zur schweigenden Mehrheit degradiert werden, sie muss sich äußern können. Die neuen Medien ermöglichen dabei eine Vielzahl an Varianten, die die ÖVP intensiv nutzen sollte.

Ein Gutteil der Protestwähler verdankt sich wohl auch der mangelnden Information und Einbindung. Eine Partei muss mehr von ihren Wählerinnen und Wählern wollen, als nur gewählt zu werden. Dies muss auch Funktionären bewusst sein, die sonst höchstens vor Wahlen „auf der Straße“ anzutreffen sind. Parteiintern gilt natürlich auch, dass „Außenseitermeinungen“ als Teil des Spektrums auch zugelassen und respektiert sein müssen.

Offensive statt Zurückhaltung

- Mobilisierung: Ein wesentlicher Aspekt des Verhältnisses zwischen einer Partei und ihren Kunden ist die Mobilisierung. Parteipolitische Mobilisierung stiftet Identität und bringt gemeinsame Anliegen möglichst machtvoll und jedenfalls sichtbar auf den Punkt. Die Frage, ob die ÖVP im urbanen Bereich Mobilisierungsschwächen hat, ist klar zu beantworten. Dass andere Parteien, auch traditionell mobilisierungsstarke wie die SPÖ, Schwächen haben, mindert das Problem nicht. Mangelnde Mobilisierung steht in Zusammenhang mit den zuvor angesprochenen Themen „Produkt“, „Strukturen“ und „Dialog“. Je klarer und überzeugender das Produkt, je effizienter die Strukturen und je intensiver der Dialog, desto einfacher fällt die Mobilisierung. Das gilt auch für die bürgerliche Klientel, der nachgesagt wird, schwerer mobilisierbar zu sein. Das ist jedoch nicht der Fall.

„Parkpickerl“ als Erfolgsbeispiel

Entscheidend ist, dass Mobilisierungsthemen offensiv genutzt werden. Mehr oder weniger noble Zurückhaltung ist fehl am Platz. Die Anti-Parkpickerl-Kampagne der ÖVP Wien war ein Beispiel, wie sich eine Mobilisierungsinitiative auch trotz anfänglicher innerparteilicher Skepsis durchsetzen konnte. Das Ergebnis ist bekannt: Der ÖVP gelang mit ihrer Initiative gegen die rot-grüne Stadtregierung ein außergewöhnlicher Mobilisierungserfolg mit mehr als 150.000 aktiven Unterstützern und Unterzeichnern.

Gerade diese 150.000 Personen – mehr als die Wählerinnen und Wähler der ÖVP Wien – sind Kunden, die eine entsprechende Betreuung brauchen und ein bemerkenswertes Potenzial darstellen. Das Beispiel der Anti-Parkpickerl-Initiative zeigt, dass politische Mobilisierung zu konkreten Themen kein Auslaufmodell, sondern eine Zukunftsperspektive gerade für eine bürgerliche Partei darstellt. Aktuell kann man das gerade an den Protesten rund um die Neugestaltung der Mariahilfer Straße in Wien beobachten. Tatsache ist auch: Aktivismus und Aktionismus dürfen nicht Gruppen links der politischen Mitte überlassen werden. Die Aktionen gegen Rot-Grün haben deutlich gemacht, dass auch die sprichwörtliche Dame mit Stöckelschuhen aus einem Wiener Nobelbezirk mobilisierbar ist.

Partei in Bewegung bringen

Die große Herausforderung etablierter Parteien liegt darin, die Partei in Bewegung zu bringen und zur Bewegung zu machen. Das benötigt ein klares „Produkt“, modernere Strukturen, den Dialog mit den Kunden und ihre Mobilisierung, die letztlich in ihrem eigenen Interesse ist. Damit der Informations- und Motivationsfluss zwischen Partei und Mitgliedern bzw. Sympathisanten funktioniert, braucht es mehr denn je neue Dynamik auf Funktionärebene. Erstarre Strukturen sind dafür Gift. Das politische Recruiting muss den heutigen Anforderungen an Funktionäre Rechnung tragen. Wo sich bündische Strukturen bewährt haben, gibt es keinen Grund, sie infrage zu stellen. Wo sie einer modernen Parteiorganisation entgegenstehen, sind neue, bessere Wege zu finden. Parteistrukturen sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck, um aus unterschiedlichen Positionen eine gemeinsame politische Bewegung zu machen. Im Ziel aller Bemühungen muss der Kunde stehen – als Partner, nicht als Papiertiger. Unternehmen wissen, dass sie ohne Kunden keine Zukunft haben. Dieses Grundgesetz muss man sich auch in der Politik zu Herzen nehmen.

Autorenporträts & Interviewpartner

Clemens Martin Auer

Dr. Clemens Martin Auer, seit 2005 Sektionschef im Gesundheitsministerium (Gesundheitssystem und Präsidium), davor 1993 bis 2003 Leiter der Politischen Abteilung der ÖVP-Bundespartei und 2003 bis 2007 Kabinettschef von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat.

Gernot Blümel

Der studierte Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler (Wien und Dijon) Gernot Blümel begann seine politische Karriere 2006 als Internationaler Sekretär der JVP. Im Zeitraum von 2006 bis 2008 war er parlamentarischer Mitarbeiter und im Büro des zweiten Nationalratspräsidenten tätig. Während seiner Zeit als Vizepräsident der Jungen Europäischen Volkspartei holte ihn Michael Spindelegger als Referent ins Außenministerium, bevor er von 2011 bis 2013 im Kabinett des Vizekanzlers für Ministerratskoordinierung und Regierungsarbeit zuständig war. Der ÖVP-Bundesparteivorstand hat Gernot Blümel im Dezember 2013 einstimmig zum Generalsekretär bestellt.

Michael Borchard

Dr. Michael Borchard ist geboren 1967 in München. Verheiratet, Vater von zwei Söhnen und einer Tochter. Von 1989 bis 1994 Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und des Öffentlichen Rechts in Bonn. 1994 Magister Artium. 1995 bis 1998 Promotionsstudium. Dissertation zum Thema „Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage für die beiden deutschen Staaten und die Westmächte 1949–1955“. 1995 bis 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesarchivs. 1998 freier Mitarbeiter in

der Politischen Abteilung des Bundeskanzleramtes. Von 1998 bis 2003 Leiter des Referates „Reden, Textdokumentation, Fragen des gesellschaftlichen Wandels“ in der Thüringer Staatskanzlei. Vorbereitung der Reden von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel. 2003 Leiter der Arbeitsgruppe Innenpolitik in der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit Dezember 2003 Leiter der Hauptabteilung „Politik und Beratung“.

Magnus Brunner

BR Dr. Magnus Brunner stammt aus einem Familienbetrieb und studierte Rechtswissenschaften in Innsbruck, Wien und London. Über den ehemaligen Landeshauptmann von Vorarlberg Herbert Sausgruber kam er mit der Politik in Berührung. Bei ihm war er Kabinettschef und Pressesprecher, bevor er als politischer Direktor in den Österreichischen Wirtschaftsbund nach Wien wechselte. Danach übernahm er Aufgaben in der Energiewirtschaft und ist seit 2007 Vorstand der OeMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG. Seit 2009 ist Dr. Magnus Brunner auch Mitglied des Österreichischen Bundesrates, wo er die Interessen des Landes Vorarlberg vertritt.

Christopher Drexler

Mag. Christopher Drexler ist seit 2003 Klubobmann der Steirischen Volkspartei im Steiermärkischen Landtag. Zuvor war er als Landessekretär des Steirischen ÖAAB, Geschäftsführer des Modells Steiermark und in der Werbewirtschaft tätig. Er studierte Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz. Drexler ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Asdin El Habbassi

Abg. z. NR. Asdin El Habbassi, BA ist Jugendsprecher der ÖVP und Bundesobmann-Stv. der Jungen ÖVP. Der Betriebswirt und ausgebildete Trainer studierte Betriebswirtschaft und Informationsmanagement an der Fachhochschule in Salzburg. Seine politische Karriere begann El Habbassi als Schülervertreter und Bildungssprecher der Jungen ÖVP. Er wirkt in mehreren Think-

tanks zum Thema Bildung und Demokratieentwicklung mit und ist als Vortragender für verschiedene Institute im In- und Ausland tätig.

Aurelius Freytag

Aurelius Freytag ist Rechtsanwalt und Partner von Eversheds Austria / Stoltzka & Partner Rechtsanwälte OG; diese ist Mitglied der Eversheds International Ltd mit 3.100 Juristen in 50 Büros und 29 Ländern. Aurelius Freytag studierte Rechtswissenschaften in Wien. Er ist einer der Gründer der Plattform für Offene Politik und zählte zu den Programmgestaltern der Septemberakademie der Julius Raab Stiftung in den 1990er-Jahren; deren Ergebnisse wurden in dem von ihm mitherausgegebenen Buch „Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts“ (Frankfurt am Main / New York 1999) publiziert.

Dietmar Halper

Dr. Dietmar Halper, geboren 1969 in Oberwart, ist seit 2008 Direktor der Politischen Akademie der ÖVP und in diversen Funktionen und Gremien der Österreichischen Volkspartei. Davor war er von 2001 bis 2008 Landesgeschäftsführer der ÖVP Burgenland, 1996 bis 2001 Klubdirektor im ÖVP Landtagsklub Burgenland, davor Rechtsanwaltsanwärter. Halper ist Autor diverser Publikationen und unter anderem Mitherausgeber des „Jahrbuchs für Politik“.

Peter Haubner

Peter Haubner ist seit 2008 Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes und Vizepräsident der Julius Raab Stiftung sowie Klubobmann-Stellvertreter im Parlamentsklub der ÖVP. Der Salzburger Unternehmer ist seit 2001 Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat, seit 2011 ÖVP-Wirtschaftssprecher und seit Dezember 2013 auch Vorsitzender des Wirtschafts-Ausschusses im Parlament.

Sebastian Kurz

Sebastian Kurz wurde 1986 in Wien geboren. Er begann sich im Jahr 2003 in der Jungen ÖVP zu engagieren und nahm ein Jahr darauf sein Studium der Rechtswissenschaften in Wien auf. Nach einigen Jahren Engagement auf Bezirksebene wurde er im Jahr 2007 zum Landesobmann der Jungen ÖVP Wien und ein Jahr später zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt. Bis er im April 2011 zum Staatssekretär für Integration bestellt wurde, war er als Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat tätig. Am 16. Dezember 2013 wurde er als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten angelobt.

Peter Lehner

Peter Lehner ist Vizebürgermeister und Referent für Wirtschaft und Stadtentwicklung in Wels. Als ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft Österreich nehmen die Themen Kinder, Familie, Wirtschaft, Pensionen sowie Generationengerechtigkeit einen besonderen Stellenwert in der politischen Arbeit des Unternehmers und Familienvaters ein. Peter Lehner ist darüber hinaus Erster Obmann-Stellvertreter in der österreichischen Pensionsversicherungsanstalt (PVA).

Bettina Lorentsichitsch

Bettina Lorentsichitsch MSc, MBA ist Vizepräsidentin des österreichischen Wirtschaftsverbandes und Obfrau der Bundessparte Handel in der WKÖ. Als Vorsitzende des Beirats des Zentrums für humane Marktwirtschaft engagiert sie sich auch für Fragen der Weiterentwicklung der Ökosozialen Marktwirtschaft sowie für Aus- und Weiterbildung im Bereich Nachhaltigkeit und verantwortungsvolles Unternehmertum. Sie ist Autorin mehrerer Beiträge insbesondere zu Fragen der Wirtschaftsethik. Lorentsichitsch ist selbst Unternehmerin und leitet mehrere Betriebe ihrer Familie. Zudem ist sie Aufsichtsrat der Würth-Hohenburger GmbH.

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank „demokratie. morgen“ und das Metis Institut für ökonomische und politische Forschung.

Lukas Mandl

Mag. Lukas Mandl wurde 2008 und 2013 für den Bezirk Wien-Umgebung durch Vorzugsstimmen in den NÖ Landtag gewählt und arbeitet dort auch als Vorsitzender des Europa-Ausschusses. Mandl leitet eine Lehrveranstaltung an der Wirtschaftsuniversität Wien. Außerdem begleitet er Menschen im politischen Wettbewerb. Mandl gründete das Meeting Mauerbach als Thinktank und Netzwerk. Aus diesem ist das Institut für die Qualität der Politik entstanden. Mandl lebt mit seiner Frau und den drei gemeinsamen Kindern in Gerasdorf bei Wien.

Josef Mantl

Dr. Josef Mantl ist ein österreichischer Kommunikationsunternehmer mit Schwerpunkt auf Strategie, Kampagnen, Events & Digital Media und Publizist zu Kommunikations-, Digital- und Gesellschaftsthemen. Er promovierte an der Juridischen Fakultät in Wien und absolvierte als Fulbright-Stipendiat einen Master in Integrated Marketing Communications am Emerson College of Communications in Boston. Mantl ist Vorstandsmitglied der Mobile Marketing Association, Gründer der „Sustainable Future Campaign“ und „Al Gore Climate Leader“.

Walter Marschitz

Mag. Walter Marschitz ist seit 2001 Geschäftsführer des Hilfswerk Österreich, einer der größten österreichischen Sozialorganisationen mit den Schwerpunkten Pflege, Kinderbetreuung, soziale Arbeit und Entwicklungszusammenarbeit. Der studierte Jurist war in der Schüler- und in der Studentenvertretung, u. a. als Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft und der Aktionsgemeinschaft tätig. Unter Parteiohmann Busek (1991–1995) war er Büroleiter im Generalsekretariat, u. a. für die Erstellung des ÖVP-Grundsatzprogrammes 1995 zuständig. Danach arbeitete er als Geschäftsführer der Julius Raab Stiftung und Studienleiter an der Politischen Akademie. Seit 1996 ist er Sprecher der Plattform für offene Politik, seit 1999 war er Tagungsleiter bei allen ÖVP-Bundesparteitag.

Peter McDonald

Mag. Peter McDonald (40) ist Direktor des Österreichischen Wirtschaftsbundes, führt die Geschäfte der Sozialversicherung der Selbstständigen (SVA) und sitzt als stv. Vorsitzender der Konferenz aller Österreichischen Sozialversicherungsträger vor. Er war bei der letzten Nationalratswahl Kandidat der Bundesliste der ÖVP und ist deren erster Nachrücker im Parlament.

Christoph Neumayer

Mag. Christoph Neumayer ist Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV). Zuvor war er zehn Jahre als Bereichsleiter „Marketing und Kommunikation“ in der IV tätig. Er baute unter anderem den IV-Newsroom auf, war als Bundesgeschäftsführer der Jungen Industrie (JI) sowie als Pressereferent tätig, bevor er zum Marketing- und Kommunikationschef bestellt wurde und für Strategie und sämtliche Kommunikations- und Marketingmaßnahmen der IV verantwortlich zeichnete. Neumayer studierte Geschichte und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien, absolvierte eine postgraduale Managementausbildung an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Autor mehrerer politischer und (Industrie)historischer Publikationen.

Stephan Pernkopf

Dr. Stephan Pernkopf ist Präsident des Ökosozialen Forums und als Landesrat in Niederösterreich für Umwelt, Landwirtschaft und Energie zuständig. Der 1972 geborene Wieselburger war nach Abschluss seines Jus-Studiums unter anderem politischer Referent der VP Niederösterreich und Kabinettschef von Josef Pröll.

Georg Platzer

Der Oberösterreichische Mag. Georg Platzer (43) ist Eigentümer und Geschäftsführer des Strategieberatungsunternehmens Ramsauer & Stürmer Consulting mit Büros in Linz und Wien. Die Beratungsschwerpunkte seines Unternehmens liegen im Bereich der Industrie, bei Banken und Versicherungen und auf allen Ebenen der Öffentlichen Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden) sowie im politischen Umfeld. Er ist Gemeindepartei- und Fraktionsobmann in seiner Heimatgemeinde Sierning.

Klemens Riegler-Picker

Mag. Klemens Riegler-Picker ist Jung-Unternehmer. Er baut gerade den ChangeTank auf und war bis Ende 2013 Geschäftsführer des Ökosozialen Forums. Der Psychologe ist leidenschaftlicher Vor- und Querdenker und Brückenbauer für ein enkeltaugliches, nachhaltiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Mit seiner Erfahrung arbeitet er an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Klemens Riegler-Picker ist glücklich in zweiter Ehe verheiratet und Vater von vier Kindern.

Michael Spindelegger

Dr. Michael Spindelegger ist Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich. Davor war er unter anderem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, II. Präsident des Nationalrats und Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit dem 20. Mai 2011 ist er Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei. Er studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1983 an der Universität Wien. Vor seiner Laufbahn als Politiker war der ÖVP-Bundespar-

tejobmann unter anderem an der Universität Wien und in der Privatwirtschaft tätig. Michael Spindelegger ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Michael Strugl

Mag. Dr. Michael Strugl MBA ist Landesrat für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Tourismus, Raumordnung, Europa, Staatsbürgerschaft und Sport in Oberösterreich. Zuvor war er Klubobmann und Landesgeschäftsführer der OÖVP und für zahlreiche Wahlkämpfe auf Bundes- und Landesebene verantwortlich. Strugl studierte in Linz Rechtswissenschaften und in Toronto Wirtschaftswissenschaften.

Andreas Würfl

Mag. Andreas Würfl ist selbstständiger Vermögensberater. Der zweifache Vater studierte Publizistik, Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien, wo er sich hochschulpolitisch für die Aktionsgemeinschaft engagierte. Als Funktionär des Wirtschaftsbundes und der ÖVP Ottakring ist Würfl mit politischer Basisarbeit bestens vertraut. Seine Kampagnenerfahrung reicht von der EU-Beitrittsinitiative „Junges Europa“ über die Anti-Parkpickerl-Kampagne der ÖVP Wien bis hin zu Nationalratswahlkämpfen. Sowohl bei den vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament als auch heuer leitet Würfl die Kampagne von ÖVP-Spitzenkandidat Othmar Karas.